

## **Universitäts- und Landesbibliothek Tirol**

### **Das Reichs- und Staatsproblem Oesterreich - Ungarns in der franz. Auffassung vom Jahre 1866 - 1914**

**Egert, Alexandra**

**[1933]**



DISSERTATION  
\*\*\*\*\*

" Das Reichs - und Staatsproblem Oesterreich - Ungarns  
in der franz. Auffassung vom Jahre 1866-1914 "

eingereicht an der Leopold - Franzens - Universität zu Innsbruck

Alexandra Egert.

UB INNSBRUCK



+C89193406

Das Reichs - und Staatsproblem Oesterreich - Ungarns  
in der franz. Auffassung vom Jahre 1866-1914.  
+++++

GLIEDERUNG :  
+++++

- I. Teil : Darstellung der Probleme.
- 1. Kapitel : Historische Einleitung bis 1866 . . . S. 1
  - 2. Kapitel : Die Verfassungsgesetze des Jahres  
1867 und ihre Auswirkungen . . . 20
    - 1. in Oesterreich  
(Staatsprobleme)
    - 2. in Ungarn
    - 3. auf das gegenseitige Verhältniß beider  
Staaten (Reichsprobleme).
- II. Teil : Die Ideologie der französ. Aussenpolitik in ihren  
Beziehungen zu den innerpolitischen Problemen der  
Donaumonarchie . . . . . 48
- III. Teil : Die französische Auffassung des <sup>bst/</sup>Reichs- und Staats-  
problems in der Literatur Frankreichs seit 1866. . 66

V e r z e i c h n i s  
+++++

der benützten Literatur.

ANDRASSY : Ungarns Ausgleich mit Oesterreich im Jahre 1867, Leipzig, 1897;

AUERBACH Bertrand: Les races et les nationalités en Autriche-Hongrie, Paris, 1898;

BIBL Viktor : Der Zerfall Oesterreichs, 1.Bd.:Kaiser Franz und sein Erbe; Wien-Berlin-Leipzig, 1922;  
2.Bd.: Von Revolution zu Revolution;W.-B.-L. 1924;

BIDERMANN J.H. : Geschichte der österr.Gesamtstaatsidee v.1526-1804, Innsbruck, 1867 -1889;

CHERADAME André : L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XX<sup>e</sup> siècle, Paris 1901;

" " " : L'Allemagne, la France et la question d'Autriche, Paris, 1902;

DEBIDOUR Antonin : Histoire diplomatique de l'Europe contemporaine, 1815-1916; 4 Bde., Paris 1916;

DENIS Ernest : La Bohême depuis la montagne blanche, Paris 1903;

" " : La question d'Autriche, les Slovaques; Paris 1917;

EISENMANN Louis : Le compromis austro-hongrois de 1867 - Etude sur le dualisme - Paris 1904;

FISCHEL Alfred : Das österreichische Sprachenrecht, Brünn 1901;

FRIEDJUNG Heinrich : Das Zeitalter des Imperialismus 1884-1914; 3 Bde. Berlin 1919-1922;

" " " : Der Ausgleich von 1867, Preussische Jahrbücher, Bd.169; 1917;

" " " : Oesterreich vom Jahre 1848- 1860;

- FRIEDJUNG Heinrich : Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1857- 1866; Stuttgart 1898;
- GEIST-LANYI Paula : Die Nationalitäten auf dem Kremsierer Reichstag, Dissertation 1929;
- HENNEBERT : L'Autriche en 1877, Paris 1888;
- JÁSZY D. : Magyariciens Schuld und Ungarns Sühne.
- LEGER Louis : Le monde slave, Paris 1873;
- " " : Histoire de l'Autriche-Hongrie depuis les origines jusqu'à l'année 1894; Paris 1895;
- " " : Le panslavisme et l'intérêt français, Paris 1917;
- LUSCHIN von Ebengreuth, Oesterreichische Reichsgeschichte, Bamberg 1896;
- MAYR Michael : Der Irredentismus. Innsbruck, 1917;
- MEINECKE Friedrich : Weltbürgertum und Nationalstaat, München-Berlin 1919;
- PREUX : Etude sur la question des langues en Autriche sous le ministère Taaffe 1879-1887. (Sonderdruck aus dem Bulletin de la société de législation comparée, Paris 1888).
- REDLICH Josef : Die Reichs- und Staatsprobleme der Oesterr.-Ung.Monarchie, 2 Bde; Leipzig 1920;
- " " : Kaiser Franz-Joseph von Oesterreich, Berlin 1928;
- RENNER Karl : Grundlagen und Entwicklungsziele der Oesterr.-Ung.Monarchie, Wien 1906;
- (Rudolf Springer)
- " " : Nation und Staat , Wien 1902;
- SCHUESSLER Wilhelm : Die Verfassungsprobleme der Oesterr.-Ungar.Monarchie, Wien, Leipzig 1918;
- " " : Oesterreich und das deutsche Schicksal, Leipzig 1925

- SEIGNOBOS Charles : Histoire politique de l'Europe contemporaine, 1814-1896, Paris 1896;
- SETON-Watson : Die Südslawische Frage im Habsburgerreiche, Berlin 1913;
- SIEGER Robert : Die geographischen Grundlagen der Oest.-Ung. Monarchie und ihrer Aussenpolitik (Sonderdruck aus der geograph.Zeitschrift, 1915);
- SOREL Albert : L'Europe et la révolution française, Paris 1885-1905;
- SOSNOSKY v.Theodor : Die Balkanpolitik Oesterreichs seit 1866, Stuttgart 1913-1914;
- SREBIK v.Ä. : Metternich, Wien 1925;
- STEINACKER Harold : Zur Frage nach der rechtlichen Natur der Oest.-Ung.Gesamtmonarchie; Beitrag zur Kritik der magyar.Auslegung des Ausgleiches von 1867 (erweiterter Sonderdruck aus d. Oest.Rundschau, Bd.XXIII, Heft 4 und 5, 1910).
- " " " : Auswirkungen des Raumes in der Österr.Geschichte in der Zeitschrift für Geopolitik, 8.Jahrg.Jänner 1931;
- " " " : Die geschichtlichen Voraussetzungen des österr.-ung.Nationalitätenproblems bis z.Jahre 1867 (Druckbogen z.bevorstehenden Sammelwerk von Hugelmann über das Nationalitätenrecht des alten Oesterreich.)
- TEZNER : Wandlungen der Oesterr.-Ung.Reichsidee, Wien 1905
- " : Ausgleichsrecht u.Ausgleichspolitik, " 1907
- TURBA G. : Die Pragmatische Sanktion mit besonderer Rücksicht auf die Länder der Stefanskronen (Oest.-Ung Revue, Bd.33; Wien 1906)

- TURBA G. : Die Pragmatische Sanktion, Wien 1913;
- UHLIRZ M. : Handbuch der österr. Geschichte, 2 Bde., Prag-Wien-  
Leipzig 1927, 1930;
- ULBRICH : Oesterr. Staatsrecht, Tübingen 1909;
- WERTHEIMER : Graf Julius Andrassy und seine Zeit, 3 Bde.,  
Stuttgart 1910-1913;
- ZOLGER : Der staatsrechtliche Ausgleich zwischen Oesterreich  
und Ungarn, Leipzig 1911.

V e r z e i c h n i s  
 ++++++

der mir nicht zugänglichen franz.Literatur, die sich mit österr.

Fragen befasst :

- ASSELINE : L'histoire d'Autriche depuis Marie-Therèse jusqu'à nos jours, Paris 1877;
- BOURLIER : Les Tchèques et la Bohême contemporaine, Paris 1897;
- CHEROIN : L'Autriche et la Hongrie de demain, Paris 1915;
- FOURNOL : De la succession d'Autriche-Hongrie, Paris 1918;
- LAVELEYE : La Prusse et l'Autriche depuis Sadova, 2 Bde. Paris 1870
- LEGER L. : La Save, Le Danube, le Balcan, Paris 1884;
- " " : Russes et Slaves, " 1891;
- " " : La liquidation de l'Autriche-Hongrie, Paris 1915;
- LEVY : L'Autriche-Hongrie, ses institutions et ses nationalités, Paris 1871.
- MARBEAU E. : Slaves et Teutons, Paris 1882;
- " " " : Un apôtre de l'unité yougoslave (Monseigneur Strossmayer) , Paris 1919;
- SCHMIDT-Beauchez, La lutte de la Bohême contre le pangermanisme, Paris 1898;
- SAINT-Réné Taillandier, Tchèques et Magyars, Paris 1869;
- VALFREY : L'empire constitutionnel d'Autriche et ses lois fondamentales, Paris 1868.

1. Teil :  
 ++++++

DARSTELLUNG DER PROBLEME.

1. Kapitel.

Das furchtbare Schicksalsjahr von 1866, das allen Ansprüchen Oesterreichs auf Geltung in Deutschland und Italien ein Ende setzte, bildete den Anstoss zu einer grundlegenden Aenderung der Struktur des Donaureiches und der Politik seiner Dynastie. Denn von 1866 an wurde zum erstenmal seit dem Bestand der Monarchie ausschliesslich österr. Staats- und nicht mehr Reichspolitik gemacht. Von diesem Zeitpunkt an standen die österr. Interessen im Vordergrund und da war es das Wichtigste, die Magyaren, die seit 1849 sich grollend fernhielten, wieder heranzuziehen.

Und so wurden die Verhandlungen, die der Kaiser schon einige Zeit vorher mit den Vertretern Ungarns aufgenommen hatte (1), jetzt nach der Schlacht von Königgrätz energisch wieder aufgenommen und in der Hoffnung, mit den versöhnten Ungarn bald wieder einen Revanchekrieg gegen Preussen führen zu können, sehr rasch im Jahre 1867 abgeschlossen (2).

Von diesem Zeitpunkt an hörte das alte Kaisertum Oesterreich auf zu bestehen und an seine Stelle trat die österreichisch-ungarische Monarchie, die aus den beiden nahezu vollständig souveränen,

---

(1) Redlich, "Die Reichs-u. Staatsprobl. d. öst. ung. Monarchie", II. Bd.

(2) Zolger, "Ausgleich von 1867". Steinacker, Aufsatz i. d. Geopolitik.

selbständigen Staaten, dem Königreich Ungarn und den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern, wie der offizielle Titel für Oesterreich lautete, bestand.

Eine Reihe von gemeinsamen Angelegenheiten machte den Verband zwischen den beiden Reichshälften zu einer Realunion (1) und ermöglichte es, dass der grosse, innerpolitische Riss, wenigstens anfänglich, dem Auslande gegenüber nicht hervortrat. Die schweren Schäden und Nachteile, die diese Regelung besonders für Oesterreich hatte, zeigten sich bald und bildeten bis zum Untergang der Monarchie gemeinsam mit einer ~~andern~~ Reihe von andern Problemen die Quelle zu immer neuen Stürmen und Krisen, die den uralten Bau aufs heftigste erschütterten und zermürbten.

Will man die Ursache der zerrütteten Zustände, die in Oesterreich- Ungarn während der letzten Jahrzehnte herrschten, nicht leichtfertig und oberflächlich mit dem Urteil derer erklären, die die Monarchie geographisch als Monstrosität ansehen, historisch in ihr nicht eine lebendig gewachsene Gemeinschaft von Völkern, sondern nur das Kunstprodukt der masslosen Machtgier eines Herrscherhauses erblicken und politisch vollends den gedeihlichen Bestand der zusammengewürfelten Ländermassen für eine Unmöglichkeit halten (2), so muss man, um das tiefste Wesen und den Urgrund aller Schwierigkeiten zu erfassen, sehr weit in die Vergangenheit, ja eigentlich bis zur Reichsgründung zurückgehen.

Vor allem wird man sich über die Umstände klar zu werden suchen, die zum Zusammenschluss dieser Länder geführt haben. Denn

---

(1) Zolger, "Ausgleich von 1867"; Steinacker, Aufsatz i. d. Geopolitik

(2) Weitergehende Anführung u. Kritik dieser Ansichten bei Sieger, "Die geogr. Grundlagen d. österr.-ung. Monarchie", Einleitung S. 2.

dass durch die wechselseitigen Erbverträge nach dem Tode des letzten Jagellonenkönigs in der Schlacht zu Mohács Ferdinand I. von Habsburg, der Bruder Karls V. von ihren Ständen zum gemeinsamen Herrscher gewählt wurde, war nur der Schlussstein der seit Jahrhunderten zum Zusammenschluss drängenden Entwicklung.

Zum erstenmal im 7. Jahrhundert vom legendären Samo (1) und später von verschiedenen Herrscherhäusern (Ottokar II.) wurden die natürlichen Bestrebungen Ungarns, Böhmens und der österreichischen Erblande zur Errichtung eines grossen Herrschaftsgebietes benützt. Dieses Ziel konnte aber nie auf längere Zeit verwirklicht werden. Erst als zu den natürlichen Voraussetzungen noch die drohende Türkengefahr kam, konnte es Ferdinand I. von Habsburg gelingen, einen dauernden Verband durchzuführen.

Diese natürlichen Grundlagen setzt Robert Sieger in Uebereinstimmung mit fast allen österreichischen Geographen, vortrefflich auseinander. Er weist auf das schärfste die Ansichten zurück, die die Monarchie als monströses Staatengebilde ohne inneren Zusammenhang und ohne natürliche Grenzen bezeichnen und sieht im Gegenteil in Oesterreich-Ungarn einen Beweis für den staatenbildenden Einfluss geographischer Verhältnisse (2).

Das mittlere Donaugebiet ist der Kern des Reiches, der von vier natürlichen Landschaften, den Ostalpenländern, dem böhmischen Massiv, der ungarischen Tiefebene und den dinarischen Ländern begrenzt wird. Alle diese Teile besitzen genügend geographische Selbständigkeit um unabhängige Klein- und Mittelstaaten zu bilden. Dass diese Länder trotzdem nicht auf die Dauer auch ihre politische Selbst-

(1) L. Eisenmann, "Le compromis austro-hongrois" S.2.

(2) Robert Sieger, "Die geogr. Grundlagen der Österreichisch-ungarischen Monarchie und ihrer Aussenpolitik".

ständigkeit bewahren konnten, ist durch folgende geographische Bedingungen (nach Sieger) zu erklären:

I. Die Verknüpfung aller Länder durch die Donaulinie, die zusammen mit der Südostrichtung der dinarischen Faltenzüge, und dem sudeten-nordkarpathischen Gebirgswall Handel und Verkehr, der politischen und kulturellen Expansion eine gemeinsame Richtung weist.

II. Die Geschlossenheit der die einzelnen Länder umrandenden Gebirgswälle, anderseits aber ihrer alle gemeinsame Oeffnung gegen das Wiener Becken und das Zusammentreffen der wichtigsten Zugänge und damit der besten Vermittlung der gegenseitigen Beziehungen darin.

Als letztes sei noch der vielleicht wichtigste Faktor erwähnt, nämlich die gemeinsame Lage an der Grenze der europäischen Halbinsel gegen den Osten.

In den ersten zwei Jahrhunderten des Bestandes der Monarchie bildete der Abwehrkampf gegen das Heranfluten der grossen orientalischen Welle, abgesehen von den rein dynastischen Hausmachtsideen, die Reichs- und Staatsidee überhaupt und liess in den Völkern ein erstes Gemeinsamkeits- und Zusammengehörigkeitsgefühl gegenüber dem äussern Feind entstehen.

Aber noch eine andere Wirkung hatte diese äussere Gefahr auf die Gestaltung des Reiches, denn dadurch wurde schon gleich anfangs die Frage nach der Vormachtstellung zugunsten des deutschen Elementes entschieden, dessen Herrschergeschlecht im Abwehrkampf nicht nur auf die Hilfsquellen des eigenen Landes angewiesen war, sondern als römische Kaiser deutscher Nation das ganze deutsche Reich ins Feld rufen konnte.

Dass die Reichsidee mit der Zeit in den Völkern festen Fuss

fasste, beweist der Zusammenschluss der Stände am Ende des 16. und zu Anfang des 17. Jahrhunderts, der sich in dieser Zeit der neuerlich drohenden Türkengefahr in verschiedenen Pakten, die in einzelnen Städten, wie Linz und Pressburg, von ihren Vertretern geschlossen wurden, äusserte. Diese Ansätze zur Entwicklung eines Gemeinsamkeitsgefühls, die Generallandtage der österreichischen und böhmischen Landstände wurden aber von Ferdinand II. mit Misstrauen beobachtet, besonders weil er fürchtete, dass sich darunter protestantische Bestrebungen verbergen könnten, und sie wurden nach längeren Kämpfen, da sich die Stände, besonders in Böhmen nicht gutwillig der kaiserlichen Gewalt fügen wollten, in der Schlacht am weissen Berge (1621) blutig unterdrückt. Nach Ausweisung der Protestanten, welche die kulturell und sozial führenden Schichten des Landes waren, konnte Ferdinand ohne grosse Schwierigkeiten durch die Restitutionsedikte die völlige Eingliederung Böhmens in sein Reich vorbereiten, die dann unter Kaiserin Maria-Theresia ihren Abschluss fand.

In Ungarn, das damals allerdings nur zu einem Drittel unter der Herrschaft der Habsburger stand, - ein Drittel des Landes hatten die Türken schon 1540 erobert und hielten es eineinhalb Jahrhunderte unter ihrer Herrschaft - das letzte Drittel, Siebenbürgen war türkischer Vasallenstaat - hätte man vielleicht durch die gleichen radikalen Mittel wie in Böhmen die alte Verfassung beseitigen und eine völlige Verschmelzung mit den übrigen Ländern durchführen können. Allein der 30jährige Krieg mit seinen folgenschweren Erschütterungen für die ganzen deutschen Lande machte dies unmöglich.

Als es Prinz Eugen in mehreren Feldzügen gelang, Ungarn von der Türkenherrschaft zu befreien, hat der Pressburger Reichstag 1687 die Erblichkeit der ungarischen Krone den Habsburgern zugestanden und

nach dem die Grenzen der Türkei so weit wie noch nie zurückdrängen- den Frieden von Passarowitz (1718) die pragmatische Sanktion Karls VI. anerkannt. Allerdings knüpften sie daran die Bedingung der Bestätigung ihrer alten Privilegien (1).

Der siegreichen Beendigung des Kampfes gegen den Erzfeind war es zu danken, dass im ersten befreiten Aufatmen auch die böhmischen und österreichischen Stände die pragmatische Sanktion widerspruchslos annahmen. Bei den nicht in unmittelbarer Gefahrenzone sich befindenden Völkern war es wohl mehr die psychologische Wirkung des ungeheuren Sieges, die sie, die miteinander gekämpft und geblutet hatten, jetzt willfährig machte, zu einer Union verschmolzen zu werden.

Diese erste Festlegung der Beziehungen der Länder und ihres Verhältnisses zum Gesamtstaate, darf man nicht nur als Sicherung der weiblichen Erbfolge auffassen, sie stellt im Gegenteil die Erfüllung der von hervorragenden Staatsmännern seit langem erhobenen Forderung nach einer staatsrechtlichen Verbindung der habsburgischen Länder dar, ein Staatsgrundgesetz, das die Unteilbarkeit des Reiches und die wechselseitige Unterstützung der einzelnen Teile unter der praktisch unbegrenzten Herrschaft der Dynastie gewährleistete.

Die pragmatische Sanktion war gegenüber dem früheren Rechtszustande ein ungeheurer Fortschritt. Zum erstenmal war für die Vereinigung der bis dahin nur durch Personalunion und einige gemeinsame Zentralbehörden für gewisse staatliche Aufgaben zusammengehaltenen Völker eine staatsrechtliche Formulierung gefunden und diese Union

---

(1) Diese Bestätigung bedeutete nicht nur die absolute Sonderstellung der Länder der Stephanskronen gegenüber den andern Ländern des Herrscherhauses, sondern auch innenpolitisch die unbedingte Herrschaft des Adels und ferner seine vollkommene Steuerfreiheit, Freiheit vom Kriegsdienste, und schliesslich noch Einfluss des Reichstages auf die Gesetzgebung.

wurde von einer machtvollen Reichsidee beherrscht : "Oesterreich, ein aus vielen Gliedern zusammengesetztes christliches Grenzreich gegen den Islam".(1)

Der staatsrechtliche Ausdruck der Reichsidee allein hätte aber nicht genügt, um sie den Völkern, bei denen sie latent lange Zeit schon vorhanden war, praktisch vor Augen zu führen. Dazu bedurfte es einer strafferen Zentralisation der Verwaltung, die in genialer Weise von der grossen Nachfolgerin Karls VI., Maria-Theresia, durchgeführt wurde.

Den äusseren Anlass dazu boten nicht neue Gebietserwerbungen oder Siege, sondern der Verlust Schlesiens und die weiterandauernden Erfolge Preussens gegen Oesterreich. Dies führte ganz von selbst dazu, nach den innern Gründen des preussischen Aufschwunges zu fragen und bald kam man darauf, sie auf innenpolitischem Gebiete zu suchen und zu finden. In Preussen war nämlich schon vom grossen Kurfürsten, besonders aber vom Vater Friedrichs des Grossen und diesem selbst die grosse Bedeutung der französischen "Staatskunst-" Methoden (Mazarin, Richelieu, Colbert) für die bessere Verwaltung und die Bedeutung der Ideen über den französischen Einheitsstaat und dessen Verwaltung und Wirtschaftspolitik erkannt worden und sie hatten ihr mittelalterliches "Territorium" in einen "Staat", einen Obrigkeitsstaat umgewandelt.

Aber während in den europäischen Staaten des Westens und Nordens diese Entwicklung sich schon im 17. Jahrhundert langsam vollzogen hatte, fand Maria-Theresia bei ihrem Regierungsantritt ein Reich vor, das sich aus einer grossen Zahl von Territorien zusammensetzte, die in ihren alten Landesverfassungen beharrten, rechtlich durch ver-

---

(1) Rudolf Springer (Pseudonym f. Karl Renner) : "Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie" (1906).

schiedene Landesrechte, wirtschaftlich durch Mauten und Zölle voneinander getrennt waren, und einer einheitlichen Verwaltung im modernen Sinne die grössten Schwierigkeiten entgegensetzten und die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes verhinderten.

Die Kaiserin erkannte nun darin den Hauptgrund für die Rückständigkeit Oesterreichs und es war ihr unvergängliches, geniales Werk aus der Vielheit von Komplexen eine Einheit, einen "Staat" geschaffen zu haben.(1) Sie ging dabei in den von Ferdinand I. und Ferdinand II. vorgezeichneten Bahnen in der Innenpolitik weiter, führte aber alles von den beiden Herrschern nur vorsichtig Begonnene mit solcher Kraft und Konsequenz durch, dass binnen kurzem die innere Staatsorganisation vollkommen modernisiert und umgestaltet war. Das ganze Reich wurde von einer grossen Zahl von staatlichen Landesbehörden geleitet und dadurch das ständische Verwaltungswesen, das bis dahin Träger der öffentlichen Verwaltung war zum Staatsorgan erhoben und unter die Aufsicht der Zentralstellen gebracht. Diese hatten so die Möglichkeit über Streitfälle in letzter Instanz zu entscheiden.

So wurde unter Maria-Theresia die Dynastie als einziges Bindeglied des Reiches durch die Gesamtheit der Verwaltung, den Staat, ersetzt, der es fertig brachte in den verschiedenen Völkern mit der Zeit ein lebendiges Gefühl der Verbundenheit zu erwecken.

Gegenüber den beiden grössten Ländern der Monarchie war ihre Politik eine durchaus verschiedene. Während die Kaiserin durch Gründung der vereinigten österreichisch-böhmischen Hofkanzlei jeden Rest staatlichen Sonderlebens des böhmischen Königreiches radikal aufhob,

---

(1) Redlich, "Reichs-u. Staatsprobleme der österr.-ungar. Monarchie", I. Bd.

ging sie mit Ungarn viel vorsichtiger zu Werke.

In Ungarn war die Ständevertretung seit Beginn der Neuzeit immer mehr zu einem Schutzorgan der wirtschaftlich und sozial privilegierten Kaste erstarrt, die sich hauptsächlich deshalb gegen das Kaiserhaus auflehnte, weil dieses die bürgerlich-städtischen und bäuerlichen Interessen vertrat. Und die Hilfe der Ungarn zu Beginn ihrer Regierung zu gewinnen, musste Maria-Theresia im Jahre 1741 durch Bestätigung der alten, avitischen Verfassung ( "independentia", "non ad normam aliarum provinciarum" - das 2. Schlagwort stammt erst vom Jahre 1791 - ) erkaufen. Dennoch gelang es, ihr, immer, im Rahmen der gewährleisteten Verfassung bleibend, Ungarn viel enger als bisher mit den österreichischen Ländern zu verknüpfen.

Wenn man rückschauend sich nochmals vergegenwärtigt, dass Maria-Theresia die ausserungarischen Länder ihrer Krone zu einem festen, geschlossenen, einheitlichen Staatsgebilde gemacht und in den Ländern der Stephanskronen auf friedlichem Wege eine möglichste Angleichung angebahnt hat, so sieht man, dass sie ganz mit Recht als die Begründerin der Monarchie, des Einheitsstaates angesehen wird. 1)

Leider hatte ihr Sohn und Nachfolger Josef II. trotz aller Genialität nicht die richtige Art um das so glücklich begonnene Werk gut fortzuführen und zu vollenden. Maria-Theresia war trotz aller Zentralisierung jedem Schematismus in der Verwaltung ihrer so verschiedenen Länderkomplexe abgeneigt und berücksichtigte bei allen Massnahmen immer die Individualitäten und Bedürfnisse der Völker; und so konnte man unter ihrer Regierung von einem Nationalitätenproblem, im Sinne der Abwehr gegen das Deutschtum, noch nicht sprechen.

---

(1) Vgl. Guglia, "Maria-Theresia"; Kretschmayr, "Maria Theresia"; Andreas Kuntzel, "Kaunitz"; Khevenhüller, "Tagebuch".

Denn obwohl der ganze Beamtenstand deutsch war, lehnte sich doch niemand dagegen auf, da die Beamten ja die Bringer und Förderer jeder Kultur und jedes Fortschrittes waren und ausserdem die Volkssprachen dabei nicht verfolgt, sondern geschont wurden. Die gesamte wirtschaftliche und kulturelle Hebung der Länder war ja das Verdienst der Deutschen und jeder, der etwas erreichen wollte, konnte das nur im Rahmen des deutschen Kulturkreises.

Josef II. nun wollte diese langsame, friedliche Entwicklung, das Aneinanderschliessen der verschiedenen Teile nicht abwarten, sondern gewaltsam und auf kürzestem Wege die österreichische und ungarische Hälfte seines Reiches vollständig in einem deutschen Zentralstaat verschmelzen. Zur ausschliesslichen Amts- und Verwaltungssprache wurde das Deutsche gemacht und sogar in Ungarn das durch Jahrhunderte geübte Latein dadurch ersetzt.

Aber die Hauptursache für die furchtbaren Aufstände und Revolten, die bald darauf in Böhmen und besonders in Ungarn ausbrachen, waren nicht so sehr die zentralistischen Neuerungen in verwaltungstechnischer Hinsicht als die durchgreifenden Reformen des Kaisers in der sozialen Gesetzgebung. So hob er die uralte Steuerfreiheit des ungarischen Adels auf und leitete die allgemeine Befreiung der Bauern von der Leibeigenschaft in die Wege.

Unbewusst pflanzte Kaiser Josef damit die ersten Abneigungen gegen das Deutschtum bei den nichtdeutschen Völkern ein, denn durch deutsche Beamte wurden ja die einschneidenden Verordnungen verkündet und ausgeführt und so schlich sich in die Abwehr gegen zentralistische Reformen auch schon das erste Erwachen des Nationalbewusstseins ein, das dann durch die strengen Sprachenverordnungen in helle Empörung und Hass gegen die deutschen Unterdrücker ausartete.

Josef II., der den Schlussstein unter die Jahrhundertelange *Entwicklung* setzen und den deutschen Einheitsstaat einschliesslich Ungarns begründen wollte, war so der unglückliche erste Anlass für eine Bewegung, die man damals natürlich in ihrer Tragweite für den Bestand der Monarchie noch nicht annähernd abschätzen konnte. (1)

Die kurze Regierung seines klugen, staatsmännisch begabten Bruders Leopold II. war zum Grossteil mit der Beruhigung des aufständischen Adels ausgefüllt, den er in Ungarn erst durch weitgehende wirtschaftliche und soziale Konzessionen, im viel gezähmteren Böhmen dagegen auf leichte Art wiedergewann.

Mit Maria-Theresia und ihren beiden Söhnen war der grosse Zug und die beständige Fortentwicklung aus der Regierung gewichen und unter den Kaisern Franz II. und Ferdinand I. blieb das Gesetz der Beharrung, ein ideenloses, starrsinniges Festhalten am Bestehenden oberstes Staatsprinzip.

Die erste Hälfte der Regierung Franz II. war eine Zeit tiefster Demütigung in aussenpolitischer Hinsicht, innenpolitisch aber zeigten sich jetzt in Oesterreich die Früchte der jahrhundertelangen dynastischen Bemühungen, nämlich ein starkes Einheits- und Staatsgefühl innerhalb der verschiedenen Völker, eine Zusammengehörigkeit, die sich hauptsächlich auf kulturellem Wege von Wien ausgehend über das Reich verbreitet hatte. Diesem Zusammengehörigkeitsgefühl, das sich sogar über die Städte Ungarns auszubreiten begann, ist es auch zu danken, dass der Kaisertitel, der die Stellung des Monarchen in allen seinen Ländern gleichmässig umschrieb, im Jahre 1804 widerspruchslos hingenommen wurde. (2) (2. Kodifikation der Reichsidee).

(1) Vgl. zur Politik Josef II. Mitrofanow, "Josef II." übersetzt von Demelitsch; Redlich, "Die Reichs- u. Staatsprobleme der österr.-ungar. Monarchie". I. Bd.

(2) Tezner, "Der Kaiser".

Nach dem Sturze Napoleons wurde Europa auf dem Wiener Kongress noch einmal nach den überlebten Grundsätzen des 17. und 18. Jahrhunderts eingeteilt und geordnet. Die konservativen Herrscher waren gegen das moderne Frankreich siegreich gewesen. Dies hob ihr schon etwas ins Schwanken geratene Selbstbewusstsein wieder ganz bedeutend und besonders Kaiser Franz hielt sich für den Hort und Schirm der konservativen Richtung von ganz Europa und für den Schutzpatron aller um ihre absolute Macht besorgten Fürsten.

Von diesem Standpunkt aus war es sehr begreiflich, dass sich jetzt sein Hauptaugenmerk darauf richtete, nachdem die kriegerische Ausbreitung der Ideen der französischen Revolution glücklich verhindert war, auch die friedliche Infizierung seiner Völker an diesem gefährlichen Gift zu vermeiden. Zu diesem Zwecke wurde das ganze Reich zu einem streng zentralistischen Polizeistaat gemacht. Das Aufgabefeld dieser Einrichtung wurde auf alle Gebiete des öffentlichen und privaten Lebens ausgedehnt, jede freiere Regung in Kunst, Literatur und Wissenschaft durch die berüchtigte Zensur systematisch unterdrückt. (1)

Diese Zustände lösten bei allen Bevölkerungsschichten eine grosse Erbitterung gegen das herrschende System aus, welche noch durch finanzielle Schwierigkeiten des Staates, Kreditkrisen, Missernten und Hungersnöte gesteigert wurde.

So fiel die Nachricht von der französischen Revolution <sup>1848</sup> auf einen sehr aufnahmefähigen Boden und einige Wochen später kam es in Wien zu gefährlichen Aufständen. Obwohl man auch in Hofkreisen schon seit längerer Zeit die Volksstimmung kannte und sich über die Notwendig-

(1) Vgl. über das Zeitalter Franz II. Srbik, Bibl. "Der Zerfall Oesterreichs" I. Bd.

*Metternich*

keit einer Neuregelung der Verhältnisse im klaren war, war die Bestürzung und Kopflosigkeit im entscheidenden Augenblick doch ungeheuer und in überraschend kurzer Zeit wurden alle Forderungen des Volkes bewilligt : konstitutionelle Verfassung, Nationalgarde, Pressfreiheit.

Schwerwiegender aber waren die Zugeständnisse an Böhmen und Ungarn betreffend ihre staatsrechtlichen Sonderstellungen. Durch das Reskript Kaiser Ferdinands vom 17. März 1848, in welchem Ungarn ein verantwortliches, konstitutionelles Ministerium bewilligt wurde, war der Dualismus praktisch eingeführt und die Verselbständigung Ungarns in national-magyarischem Sinne konnte ihren Anfang nehmen.

Zur Mitwirkung an der Verfassungsgesetzgebung in Oesterreich wurde im Juli 1848 der konstituierende Reichstag für die deutschen und slawischen Länder nach Wien einberufen und später nach Kremsier verlegt.

In Ungarn kam unter Führung Ludwig Kossuths eine radikale Partei ans Ruder, die sich mit den gegebenen Zugeständnissen nicht begnügte, sondern eine reine Personalunion mit den übrigen Ländern des Kaisers forderte und im Verlaufe der Revolution noch darüber hinaus die Absetzung der Habsburger aussprach. Der Aufstand wurde mit russischer und kroatischer Hilfe niedergeworfen und, da Windischgrätz vorher in Prag und Wien alle Unruhen mit Waffengewalt unterdrückt hatte, zudem in Italien früher schon militärische Erfolge erzielt wurden, hob sich das dynastische Machtgefühl des jungen Kaisers Franz-Josef ganz bedeutend. Einer seiner ersten Regierungsakte war die Auflösung des Kremsierer Reichstages, in dem die Vertreter ganz Zislethaniens, vor allem die Deutschen und die Tschechen, mit ehrlichem Willen die Grundlinien für einen Neubau des Reiches in mühevollen Verhandlungen ge-

schaffen hatten.(1)

Die Problematik des Verfassungskampfes gipfelte in der einen Frage, ob die jahrhundertealte Gemeinschaft der Völker, die durch den Absolutismus in ein Staatsgebilde zusammengeschlossen worden waren, ihre Anziehungskraft auch behalten würde, wenn man allen diesen einzelnen Teilen die politische Freiheit des Liberalismus und des jungen Nationalismus zugestehen würde.

Die Grundstimmung auf dem Kremsierer Reichstag war naturgemäss von der damals grössten geistigen Kraft, dem Nationalismus und daneben, besonders bei den politisch am weitesten fortgeschrittenen Deutschen, dem Liberalismus, beherrscht. Es ist deshalb eine kurze Erklärung für dieses scheinbar plötzliche Erwachen der Nationen notwendig. Die Ideen der Philosophie des 18. Jahrhunderts, besonders die Rousseau's von schrankenloser Freiheit des Individuums waren durch die französische Revolution zum erstenmal praktisch durchgeführt worden. Napoleons Siegeszug durch ganz Europa liess überall im Abwehrkampf gegen den Feind das völkische Bewusstsein erwachen und war besonders für die weitere Entwicklung in Deutschland und Italien von ausschlaggebender Bedeutung.

Durch die deutsche Romantik, besonders Herder, den grossen Anwalt der Slawen, mächtig gefördert, drang dieses Nationalbewusstsein immer mehr in alle Volkskreise und erlangte seine grösste Expansionskraft durch die in den letzten Jahren vor 1848 erfolgte Vereinigung und Verschmelzung mit den demokratisch-liberalen Ideen. Von der Forderung

---

(1) Vgl. Redlich, "Die Reichs- u. Staatsprobleme der österr.-ungar. Monarchie".

L. Eisenmann, "Le compromis austro-hongrois"; Denis, "La Bohème depuis la montagne blanche"; Seton Watson, "Die südslawische Frage"; Paula Geist-Lanyi, "Die Nationalitäten auf dem Kremsierer Reichstag"; Steinacker, Druckbogen zu Hugelmann's Sammelwerk "Die gesch. Voraussetzungen des österr. Nationalitätenproblems u. seine Entwicklg bis zum Jahre 1867".

nach Freiheit des Individuums war es nur mehr ein Schritt zur Forderung nach nationaler Freiheit des ganzen Volkes. So sah sich im März 1848 die österreichische Regierung der geschlossenen Front aller ihrer nichtdeutschen Untertanen gegenüber, die alle einen nationalen Staat für sich, allerdings noch im Rahmen der Gesamtmonarchie, anstrebten. Die Deutschen befanden sich diesen ausgeprägten Forderungen gegenüber im Nachteil, weil ihnen als bisherigem Herrenvolk der Anlass zu einer so stark nationalistischen Erziehung gefehlt hatte.

Es war von vornherein klar, dass sich auf dem Kremsierer Reichstag, wo sich zum erstenmal die Exponenten dieser neu erwachten Richtungen trafen, schwere Differenzen ergeben mussten, einestells wegen der vielen gemischtsprachigen Gebiete, die eine klare Lösung sehr erschwerten, andererseits, weil die historischen Nationen den "Geschichtslosen" nicht das gleiche Recht auf staatsrechtliche Selbständigkeit zugestehen wollten. Alle Schwierigkeiten der inneren Politik von damals bis zum Jahre 1918 entsprangen daraus, dass der ersehnte Konstitutionalismus in den Weststaaten Europas wohl sozial gegliedert, aber national einheitlich war, während in Oesterreich-Ungarn die Konstitution von vornherein national vieldeutig war und blieb.

Es kam zu einer Kompromisslösung, die zwischen den oft ganz entgegengesetzt laufenden Expansionsbestrebungen nach Möglichkeit einen Mittelweg suchen musste; denn mit der Forderung nach nationalem Eigenleben zeigte sich sehr bald das Streben nach nationaler Beherrschung der Minderheiten unlösbar verknüpft.

Einen scharfen Gegensatz zwischen den Deutschen und den andersleithanischen Völkern (Ungarn war auf diesem Reichstag überhaupt nicht vertreten) bildete auch der letzteren übertriebenes föderalistisches Programm. Wenn sie auch die Einheit der Monarchie immer ge-

wahrt wissen wollten, stellten sie doch Forderungen, die so weit gingen, dass lebenswichtige Interessen des Gesamtverbandes davon berührt wurden. Und so wurden die Deutschen, die anfangs die gleichen Ideen wie die andern vertraten, als das Staatsvolk schliesslich in Abwehrstellung gedrängt und mussten jetzt um ihre Position zu behaupten, zu Verteidigern des Zentralismus und des Staates, dessen System sie ebenso leidenschaftlich bekämpften, werden.

Denn seit sie sich bewusst geworden waren, was ihre Vorherrschaft im weiten Donaauraum in nationaler Hinsicht für das Deutschtum bedeutete, mussten sie sich gegen jede Zerreissung des Reichsgebietes, das sie zuerst militärisch und später in mühevoller Kulturarbeit gewonnen hatten, unbedingt zur Wehr setzen. Und als ungefähr zu gleicher Zeit in der Frankfurter Paulskirche die Nationalversammlung tagte und man den Deutschen Oesterreichs vorschlug, ihre nichtdeutschen Völker aus dem Verband zu entlassen und einen Teil des neuen Grossdeutschland zu bilden, mussten sie das ebenso ablehnen -(allerdings lehnten sie die diesbezüglichen Vorschläge nicht von vornherein ab, sondern gaben zuerst den §§ 2 und 3 ihre Zustimmung), nicht aus kleinlicher Verkennung der grossdeutschen Idee, sondern einer noch gewaltigeren Idee zuliebe, die ihnen seit Jahrhunderten im Blut lag: Grenzland, Ostmark zu sein, die schwere und verantwortungsvolle Vermittlerstellung zwischen Westen und Osten einzunehmen als wichtigstes Bindeglied im west-östlichen Kulturgefälle. (1)

Nach der Auflösung des Kremsierer Reichstages wurde von der Regierung die Stadionsche Verfassung, die im wesentlichen dem Entwurf von Kremsier sehr ähnlich war, oktroyiert, die aber von den Völkern

---

(1) Schlegler, "Oesterreich und das deutsche Schicksal".

mit grosser Skepsis aufgenommen wurde, da man am ehrlichen Willen zu ihrer Ausführung zweifelte. Tatsächlich sollte sie auch nie in Kraft treten und nach den diplomatischen Erfolgen Schwarzenbergs, die Oesterreich noch einmal die Vorherrschaft im deutschen Bunde sicherten, wurde sie durch das Sylvesterpatent vom Jahre 1851 endgültig begraben.

Die Gelegenheit zu einem friedlichen Ausgleich aller österreichischen Völker war unwiederbringlich versäumt und noch einmal, zum letztermale wurde Oesterreich mit Einschluss Ungarns auf die alte Gewaltmethode, streng absolutistisch und zentralistisch regiert. Noch einmal waren, äusserlich wenigstens, die alten Gewalten siegreich; Ungarn durch ZerreiSSung in fünf Provinzen und durch deutsch-zentralistische Verwaltung so eng wie noch nie mit Wien vereinigt, in Deutschland und Italien die alte Vormachtstellung behauptet, bis die Niederlagen von Solferino und Magenta die erste Bresche in das stolze Gebäude legten.

Jetzt mehrten sich selbst am Hofe die Stimmen, die Abkehr vom Gewaltsystem und verfassungsmässiges Regieren forderten und nach langwierigen Verhandlungen trat die Regierung am 20. Oktober 1860 mit dem Oktoberdiplom vor ihre Untertanen; dieses bildete ein Gemisch von zentralistischen, föderalistischen und dualistischen Grundsätzen. Das Zentralistische daran war die Feststellung, dass mit Rücksicht auf die Einheit des Reiches die gemeinsamen Angelegenheiten der Länder auch gemeinsam parlamentarisch behandelt werden müssten; föderalistisch ist die Anerkennung der historischen Länder als Bestandteile der Monarchie, der "historisch-politischen Individualitäten" und die Ueberlassung aller nicht ausdrücklich als gemeinsam erklärten Ange-

legenheiten an die Landtage. Die Landesangelegenheiten werden Ungarn im Sinne seiner Verfassung von vor 1848, den andern Ländern im Sinne der oktroyierten Landesordnungen übergeben. Diese Erklärung von der Rechtsverschiedenheit war der dualistische Einschlag des Oktoberdiploms.

Schon nach kurzer Zeit zeigte sich, dass das neue Staatsgrundgesetz den Bedürfnissen der Völker nicht angepasst war und keineswegs zu ihrer Beruhigung diente. Die zentralistisch orientierten Deutschen sahen in ihm den ersten Schritt zur Zertrümmerung des Einheitsreiches, die Ungarn, die sich vielleicht nach der Niederlage bei Világos 1849 mit den Zugeständnissen abgefunden hätten, waren jetzt nach dem Schicksalsjahr von 1859 nicht mehr damit zufrieden, da sie ihre zwei wichtigsten Befugnisse, das Recht zur Rekruten- und Steueraushebung nicht mehr erhalten hatten. Die Ungarn standen nämlich immer noch auf dem Boden der Rechtskontinuität der Verfassung von 1848, während die Wiener Staatsmänner jedes alte Recht durch die 49er Revolution für verwirkt erklärten und Zugeständnisse als einen Gnadenakt ansahen.

Wirklich befriedigt von dieser Lösung waren nur die Slawen, deren alte föderalistische Träume jetzt in Erfüllung zu gehen schienen. Die Anerkennung der historischen Länder hatte ausserdem noch die unbeabsichtigte Folge, dass sich die Einwohner dieser Länder als Herrenvölker fühlten und zur völligen Unterdrückung der andern Nationalitäten in ihren Territorien für berechtigt hielten.

Als alle diese Uebelstände schon nach kurzer Zeit offen hervortraten, wurde der Kurs gründlich und schnell gewechselt und im Februar 1861 erblickte die "nähere Erklärung des Oktoberdiploms", in Wahrheit aber dessen gerades Gegenteil, das sogenannte Schmerlingpatent, das Licht der Welt. War das Oktoberdiplom streng föderalistisch, so



## 2. Kapitel.

Seit dem Nikolsburger Frieden, der den preussisch-österreichischen Krieg abschloss, musste Oesterreich auf alle direkte Einflussnahme auf die politische Entwicklung Deutschlands und Italiens verzichten und diese notgedrungene Beschränkung auf den Rahmen des eigenen Reiches führte, wie eingangs erwähnt wurde, mit andern Faktoren zusammen zu einer inneren Neugestaltung, die hauptsächlich einer Aussöhnung der Magyaren dienen sollte.

Seit Inkrafttreten des Februarpatentes nämlich entwickelte sich das parlamentarische Leben so schlecht wie möglich. Wegen Nichterscheinen der Abgeordneten der ungarischen Reichshälfte musste man den geplanten weiteren Reichsrat wieder zu einem engeren, nur auf die zisleithanischen Länder beschränkten erklären. Die Magyaren fühlten nämlich durch das Patent die Integrität der ungarischen Krone verletzt, weil Kroatien und Siebenbürgen als selbständige Länder Abgeordnete zu entsenden hatten; die Serben waren empört, weil man ihre Woywodenschaft wieder mit Ungarn vereinigt hatte und die Kroaten waren über die Undankbarkeit der Wiener Regierung verstimmt, die ihnen immer noch die Erfüllung ihrer illyrischen Träume vorenthielt. Die Tschechen endlich waren nur erschienen, um gestützt auf ihr altes Staatsrecht gegen das zentralistische Patent Sturm zu laufen. Die Konflikte verstärkten sich schliesslich so, dass sie 1863 auch den Reichstag verliessen.

Zuerst wurde nun anfangs des Jahres 1867 durch kaiserliches Reskript die ungarische Verfassung wiederhergestellt, die ungarische und siebenbürgische Hofkanzlei aufgehoben und ein ungarisches Ministerium gebildet, dessen Leiter Graf Andrassy die Ausgleichsverhand-

lungen mit dem Kaiser führte, die dann auch im Sinne Ungarns beendet wurden. Um die absolute Ueberlegenheit Ungarns bei den Verhandlungen zu verstehen, muss man sich die inneren Zustände, die in Oesterreich und Ungarn ganz verschiedene waren, vor Augen führen. In den 10 Jahren von 1849 - 1859 war Ungarn ebenso wie die andern Länder der Monarchie deutsch-zentralistisch, streng römisch-katholisch und absolutistisch regiert worden und hatte sich gegen alle drei Ideen verzweifelt zur Wehr gesetzt. Nach 1859 wurden die Magyaren wieder zu Vorkämpfern des Konstitutionalismus und des Liberalismus in konfessionellen Dingen und als Franz Deák schliesslich noch in einem Gesetzentwurf den Nationalitäten ein Existenzminimum einräumte, nämlich gewisse Sprachenrechte innerhalb der Komitate und Zusagen über das Schulwesen, da hatten sie die Wiener Regierung, die die Berechtigung all dieser Forderungen noch nicht einsehen wollte, ideologisch schwer geschlagen. Als Oesterreich nun durch den verlorenen Krieg sehr geschwächt wurde, musste im Interesse der Revancheidee gegen Preussen mit den Magyaren eine Aussöhnung eingegangen werden. So befanden sie sich in dem kritischen Zeitpunkt, der über die ganze Zukunft des Reiches entscheiden sollte, in einer so günstigen Situation wie nie zuvor und nützten sie auch gegen den schwachen Verhandlungspartner nach Kräften aus.

Ungarn wurde ein staatsrechtlich völlig selbständiger, unabhängiger Staat der ausser durch die Person des gemeinsamen Herrschers nur durch folgende gemeinsame Angelegenheiten mit dem übrigen Reich verbunden war.

1. Durch die auswärtigen Angelegenheiten,
2. Durch das Kriegswesen mit Einschluss der Kriegsmarine, jedoch ohne die Wehrgesetzgebung. (Rekrutenbewilligung, Dienstzeit und Auf-

enthaltortbestimmung, sowie Verpflegung wurden ganz getrennt behandelt).

Die budgetären und kommerziellen (Zollgesetzgebung, Münzwesen, die das Interesse beider Reichshälften berührenden Eisenbahnen us.w.) wurden nicht gemeinsam festgelegt, sollten aber nach gleichen, von Zeit zu Zeit (alle 10 Jahre) zu vereinbarenden Grundsätzen behandelt werden.

Die aus den ersten zwei Punkten hervorgehenden gemeinsamen Ausgaben wurden nach einem besonderen, immer auf 10 Jahre geschlossenen Uebereinkommen nach den Steuereingängen <sup>aufgeteilt</sup> festgesetzt, wobei Oesterreich mit 70% der Gesamtkosten belastet wurde, während Ungarn nur 30% zu zahlen hatte (sogenannte "Quote").

Bevor nun die parlamentarische Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten <sup>ein Gesetz</sup> erörtert wird, sagt der Gesetzartikel XII : 1867, der das Grundgesetz des Dualismus vorstellt, unter welchen Voraussetzungen Ungarn dazu bereit ist : einerseits die Garantie der Verfassung Ungarns und andererseits der volle Konstitutionalismus in den andern Ländern des Kaisers sind die Bedingungen. Wenn diese erfüllt werden, erklärt sich Ungarn mit einem für die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten notwendigen gemeinsamen Ministerium einverstanden, lehnt jedoch gleichzeitig ein Zentralparlament welcher Art immer, oder einen gesamten Reichsrat für die Dinge, die nicht in den Kreis der Regierung gehören, ab. Die "unerlässliche Voraussetzung" dieser parlamentarischen Behandlung ist die vollständige Parität zwischen den beiden gleichberechtigten Teilen der Monarchie. Aus diesem Prinzip heraus folgt dann die Einrichtung der Delegationen, die statt eines Zentralparlamentes die parlamentarische Vertretung der Monarchie sind. Diese Delegationen, je 60 Vertreter des ungarischen, bzw. österreichischen

Parlamentes, tagen aber nicht gemeinsam, sondern streng getrennt und wenn sich in ihren Beratungen Meinungsverschiedenheiten herausstellen sollten, muss durch Boten eine Vermittlung versucht werden; sollte auch dies versagen, dürfen die Delegationen zusammenkommen, aber nicht um sich auszusprechen, sondern nur zur gemeinsamen Abstimmung. An dieser Abstimmung dürfen auf österreichischer und ungarischer Seite immer nur gleich viele Delegations-Mitglieder teilnehmen.

Das war der wesentliche Inhalt des österreichisch-ungarischen Ausgleiches. Daraus ergibt sich, "dass sich das Wesen der 1867 umgestalteten oder neu begründeten Monarchie in der absoluten staatsrechtlichen Einheit der Heeresgewalt des Monarchen und der äusseren Vertretung erschöpft". (1) Weiters noch, dass die Einheit des Heeres und der völkerrechtlichen Person "die Fundamente eines die Sicherheit und das internationale Ansehen beider Staaten verbürgenden gewaltigen Festungsbaues sind, der durch das Steuer- und Rekrutenbewilligungsrecht und die grundsätzliche Anerkennung der wirtschaftlichen Selbständigkeit Ungarns unterminiert ist." (2)

Das Heer ist tatsächlich der einzige und ausschliessliche Träger der Reichseinheit. Welche Folgen aber das Ausgleichsgesetz für diese wichtigste völkerverbindende Institution hatte, wird sofort klar, wenn man die Unzahl von Organen bedenkt, die dadurch, dass die ganze Wehrgesetzgebung beiden Vertragspartnern getrennt überlassen wurde, darauf Einfluss nehmen konnten. Da waren: "Der Kaiser, der Reichskriegsminister, beide Ministerpräsidenten, beide Volkskammern und Herrenhäuser, zwei Quotendeputationen, zwei Wehrgesetzdeputationen. Jede Störung in einem dieser Teilorgane kann rückwirken auf das

---

(1) Tezner, "Ausgleichsrecht und Ausgleichspolitik", S.36.

(2) " , a.a.O. S.72.

Ganze der Institution." (1)

Da in der Praxis eine Verschiedenheit der Auffassungen und daraus entstehende Reibereien an der Tagesordnung waren, und die Krone "statt zwei divergierende Willen zusammenzuhalten, hin und her gezerrt wurde" (2), kamen die heillosen, durch den Dualismus geschaffenen Zustände an den Tag. Denn Franz Deák "liess gemeinsame Organe zu, aber nicht Willengebende, sondern durchführende Organe, Diener, welche zwei Herren gehorchen sollten." (3)

Ganz das gleiche, wie für das Heereswesen gilt auch für die Finanzen und Springer zeigt das Wesen des Dualismus ganz richtig, wenn er sagt: "Er war kein Mittel der Einheit, sondern der Trennung, also rein juristisch ein Unding, da er zwei souveräne Parlamente mit gleicher Rechtsmacht nebeneinander stellte und bei jeder abweichenden oder gegensätzlichen Beschlussfassung des entscheidenden Dritten entbehrte." (4) Der Grund, dass diese an sich unmögliche Konstruktion doch über 50 Jahre lang gehalten hat, ist einerseits die lange Regierungszeit Kaiser Franz Josefs und andererseits das sich immer mehr zu Gunsten Ungarns verschiebende "paritätische" Verhältnis, sodass dann tatsächlich die Leitung des Gesamtreiches nicht mehr von zwei gleichen Faktoren bestimmt, sondern entscheidend von den Ungarn beeinflusst wurde.

Die Gründe, die zur Annahme dieses für Oesterreich so ungünstigen Abkommens führten, sind schon früher auseinandergesetzt worden. Für den Kaiser war ausschlaggebend, dass er auch weiterhin oberster Herr der gemeinsamen Armee war und die Aussenpolitik leiten konnte.

- 
- (1) R. Springer, "Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie", S.145.  
 (2) " " " "a.a.O." S.148.  
 (3) " " " "a.a.O." S.156.  
 (4) " " " "a.a.O." S.156.

Die zersetzenden Folgen, die der Ausgleich auf das Heer ausüben sollte, ahnte er damals noch nicht voraus.

Dass die Deutschen so kampflös auf die Hälfte ihres Wirkungskreises verzichteten, liegt in den Bestimmungen des Ausgleiches selbst begründet. Denn dieser stützte sich ja auf die Herrschaft der Magyaren in der östlichen und -angeblich- die der Deutschen in der westlichen Reichshälfte. Das letztere erwies sich allerdings sehr bald als Illusion, und diente nur dazu, dass ausländische Beobachter, die nicht eingehend in die Verhältnisse eingeweiht waren, sich ein vollständig falsches Bild von der Stellung der Deutschen in Cisleithanien machten. Immer wurde Zentralismus mit Germanisierung verwechselt. Man machte sich nie klar, dass ja auch unter dem Bach'schen Regime nicht die Deutschen die Nutzniesser der zentralisierenden Methoden waren, sondern dass sie wie alle anderen Völker auch unter dem Druck der Bürokratie zu leiden hatten, aber weil zum grössten Teil durch deutsche Beamte die Regierung vertreten wurde, setzte man sie mit dem Deutschtum gleich. Den zweiten Köder für die liberalen Deutschen stellte die Forderung des Ausgleiches nach konstitutioneller Verfassung in beiden Reichshälften vor.

Es gab allerdings schon damals warnende Stimmen genug unter den Deutschen, die den Ausgleich nicht als eine endgültige friedliche Lösung des Reichsproblems ansahen, sondern in ihm den Anfang vom Ende der Monarchie erkannten und tatsächlich ist von Jahr zu Jahr mehr von den Völkern an den Schranken, die er ihnen setzte, gerüttelt worden.

Die Hauptschuld, dass er nie populär wurde, liegt wohl daran, dass er die 1867 gegebenen Machtverhältnisse der Völker starr festlegte und nicht auf die unablässig weiterschreitende Entwicklung

Rücksicht nahm. Der beste Beweis dafür ist, dass die Kreise, die trotz seiner Fehler und Mängel in ihm die Mittel zur Erhaltung der Grossmacht sahen, mit den Jahren immer weniger wurden; und auch die beiden durch ihn zur Herrschaft bestimmten Völker wandten sich immer *mehr* von ihm ab. Die Deutschen sahen nur den ganz unverdienten Erfolg der Magyaren gegenüber der Nachgiebigkeit des Kaisers und die Mehrheit des magyarischen Volkes war enttäuscht über das Misslingen ihres Strebens nach vollständiger staatlicher Unabhängigkeit. Franz Deák hatte nämlich alle übertriebenen Forderungen in dieser Hinsicht zurückgedrängt, was für die Magyaren nur von Vorteil war.

Entscheidend für das tragische Schlusskapitel der Habsburgermonarchie war die ganz verschiedene Entwicklung, die die beiden Staatsvölker in ihrem Verhältnis zu den andern Nationen nahmen.

Die Deutschen hatten die Entwicklung des nationalen Gedankens ebenso mitgemacht wie die Magyaren und alle andern Völker Europas, die langsam von politisch passiven Völkern zu national aktiven Gemeinschaften wurden. Aber vielleicht, weil sie nie genötigt gewesen waren sich vor Entnationalisierung zu schützen, konnten sie sich nicht so schnell zu Chauvinisten entwickeln und waren natürlich im Nachteil gegenüber den anderen, abgesehen davon, dass ihrem ganzen Wesen und Charakter eine rücksichtslose Unterdrückung der andern Nationen nicht so lag wie dem Herrenvolk der Magyaren und sie von den demokratisch-liberalen Ideen so ehrlich durchdrungen waren, dass sie auch den andern Völkern im Rahmen des Gesamtreiches eine gewisse Freiheit zuzubilligen wollten und sie das erste Jahrzehnt nach dem Ausgleich, wo sie noch die Führung in ihrer Reichshälfte hatten, sich mehr um freie Schule und freie Gemeinde kümmerten als um eine gesetzliche Regelung ihrer Vormachtstellung. Noch ein anderer Grund war für dieses Ver-

säumnis bestimmend. Die Deutschen waren als kulturell hochstehendes Volk durch weltanschauliche und soziale Verschiedenheiten gespalten und bildeten sehr differenzierte Klassen und Parteien, die sich in ihren nationalen Forderungen und staatsrechtlichen Zielen nie einig waren und über der Erreichung ihrer Sonderinteressen die grossen politischen Entwicklungslinien übersahen. Wegen der Vielheit dieser Interessen und dem Mangel einer planmässigen Führung gelang es auch nicht sie mit einer einheitlichen Staatsidee zu durchdringen und zu einem geschlossenen Block zu machen, der durch keine anderen Rücksichten gebunden, unentwegt in der vorgezeichneten Richtung vorgedrungen wäre.

Dieser Mangel war in politischer Hinsicht von den verhängnisvollsten Folgen für die Deutschen begleitet. Im Gegensatz zu ihnen, die während der 50 Jahre des Bestandes der dualistischen Monarchie, nie eine klare Linie vor sich sahen und nach einem grossen, wohlüberlegten Plan diese Forderungen bewilligten, jenen aber sich energisch verschlossen, wussten ihre Verhandlungspartner ganz genau, was sie wollten und gingen vollständig geschlossen vor.

Ihre Forderungen waren, wie schon erwähnt, von den neuen Anschauungen über Staat, Nation und deren gegenseitiges Verhältnis bestimmt, wie es zum erstenmal von der französischen Revolution in der Verfassung von 1789 ausgesprochen wurde :

"Die Souveränität ist einheitlich und unteilbar, die volle Souveränität steht der Nation zu."

In Konsequenz dieser Grundidee verkündet Mazzini, der Vorkämpfer der italienischen Irredenta, um das Jahr 1830 herum das Nationalitätsprinzip mit seiner doppelten Forderung : Jede Nation ein Staat - die ganze Nation nur ein Staat. (Siehe Renner, Staat und Nation, S.9).

Alle früheren Ideen und Vorstellungen vom Staat haben ihre Giltigkeit verloren "und die Nation ist die weltgeschichtliche Persönlichkeit schlechtweg, der Staat ist nichts als das Machtinstrument dieser Persönlichkeit !" (1)

Sowie diese Anschauung in ihrer ganzen Bedeutung bei den Völkern Oesterreichs Fuss gefasst hatte, musste naturnotwendig das Streben jeder einzelnen Nation dahin gehen, das Machtinstrument, die Staatsführung der Allgemeinheit, oder besser den Deutschen zu entreissen und in die eigene Hand zu bekommen. Die Nationen begnügten sich nicht mehr mit dem Selbstbestimmungsrecht, sondern sie spannten ihre Forderungen und Ansprüche viel höher. Das heissersehnte Ziel war nicht <sup>2</sup> nur <sup>1</sup> mehr: jede Nation ein Staat, sondern die Berechtigung auf Ausdehnung der Machtsphäre und auf Unterdrückung anderer. (Nationaler Imperialismus). Dieser Umstand trat ganz besonders bei jenen Nationen in Erscheinung, die ihre Ansprüche ausser auf das neuerwachte Nationsprinzip auch noch auf historische Rechte stützen konnten, bei den Magyaren, Tschechen und Polen. Naturgemäss gingen deren Forderungen, da sie auf einen ehemals national geeinten Staat zurückgreifen konnten, viel weiter als die der übrigen Völker, die immer in Abhängigkeit gelebt hatten und denen nationale Verwaltung und Anerkennung ihrer Sprache vorläufig schon die Erfüllung ihrer kühnsten Träume bedeutete.

Die Polen forderten, wie im Jahre 1848, einen souveränen Landtag für Galizien und volle Autonomie. Diese Ansprüche wurden zwar auch im Jahre 1867 nicht bewilligt, aber durch ihre geschickte Politik, die sie im Ausgleich auf Seite des Kaisers stehen liess, errangen sie doch einige nicht unwesentliche Zugeständnisse, besonders in ver-

---

(1) Springer, a.a.O. S.9.

waltungstechnischer Hinsicht, die ihnen gegenüber den andern Völkern eine bevorrechtete Stellung einräumten. Diese benützten sie dazu, um die Ruthenen Galiziens, ein tiefstehendes Bauernvolk, möglichst zu unterdrücken und zu entnationalisieren. Und es lag in der Linie dieser Politik, dass sie der Unterdrückung der Slawen in Ungarn nie Hindernisse in den Weg legten und sich nur gegen jede zentralistische Massnahme Wiens auflehnten, da diese ja den Ruthenen einen Rückhalt geboten hätte.

Die Polen genossen wegen ihrer Stellung als Zünglein an der Wage, da die Regierung ihre Zustimmung brauchte um gegen die Obstruktion der Tschechen Vorlagen durchsetzen zu können, eine zu ihrer Zahl unverhältnismässig grosse Begünstigung; so wurden z.B. eine ganze Reihe von Ministerpräsidenten und leitenden Beamten von ihnen gestellt. Da sie in ihren nationalen Ansprüchen durch ihre halbsouveräne Stellung gesättigt waren, machten sie der Regierung auch weiter keine Schwierigkeiten, zumal sie wirtschaftliche Förderung in reichem Masse genossen. So waren sie bis zum Untergang des Reiches treue Stützen der Dynastie und des Ausgleiches und wegen ihres alten Hasses gegen Russland liessen sie sich auch nicht in die panslawistische Bewegung unter russischer Führung hineinziehen.

Ganz anders stand es mit der Stellung der Tschechen zum Staate. Sie waren von Anfang an die ärgsten Gegner des Ausgleiches, da sie nie einsehen wollten, dass die Magyaren eine staatliche Sonderstellung errungen haben sollten, während sie, als politisch am weitesten vorgeschrittenes, slawisches Volk nicht einmal so viel wie die Polen erreicht hatten. Sie, die bis zum Jahre 1860 von den liberal-demokratischen Ideen beherrscht waren, wurden durch die Idee vom böhmischen Staatsrecht zu einem Zusammengehen mit dem böhmischen Feudaladel ge-

wonnen, der damit die Mittel in die Hand bekam, seine Vorrechte zu wahren und gegen das liberale, zentralistische Deutschtum zu arbeiten. Schliesslich wurde auch der Kaiser für den Gedanken gewonnen, die Führung der deutschen Verfassungspartei, die ihm durch ihre liberal-demokratischen Ideen unsympathisch und unbequem war, im Jahre 1879 durch ein slawisch-klerikal-feudales Regime, den sogenannten eisernen Ring, zu ersetzen. Die Regierung glaubte die Slawen würden sich zum Dank für diese Begünstigung zu ebenso treuen Staatsbürgern entwickeln, wie es die Deutschen waren; sie aber entwickelten sich durch diese Förderung nur kulturell und wirtschaftlich in hohem Masse (während der zwei Jahrzehnte des slawischen Kurses wurde die ganze untere und mittlere Verwaltung in den slawischen Gebieten slawisiert), schüttelten die Adelsvorherrschaft ab und 1891 kam die jungtschechische Bewegung ans Ruder, die unter Führung von radikal<sup>en</sup> Männern wie Kramar immer höhere Forderungen erhob. Die Politik der Regierung hatte nur die Wirkung, dass die Tschechen glaubten, sie könnten sich im Schutze der Krone alles erlauben, da diese sie als Gegengewicht gegen die Deutschen brauchte (1). Bald genügte auch der Wunsch nach staatsrechtlicher Sonderstellung nicht mehr, ihr Nationalismus wurde immer imperialistischer und sie strebten die Führung über ganz Oesterreich an, das zu einer slawischen Grossmacht werden sollte.

Als die Deutschen sich endlich durch die tschechischen Sprachverordnungen Badenis im Jahre 1897 aufs äusserste empört für die Wah-

---

(1) So reiste z.B. der Bürgermeister von Prag Srb in offizieller Eigenschaft des öftern nach Paris zu politischen Verbrüderungsfesten. Bei einer Gedenkfeier für Palacky im Juni 1898 erschien unter den Teilnehmern der russische General Komarow in voller Uniform und forderte alle Slawen zur Bekämpfung ihres gemeinsamen Feindes, der Deutschen auf, "bis die Welle, die sich jetzt gegen das Slawentum heranwölzt, wieder dorthin zurückgeworfen sein wird, woher sie kam". Bei dieser Erklärung unendlicher Jubel der Versammlung. - (Friedjung, "Zeitalter des Imperialismus" I. Bd., S. 343.)

rung ihrer nationalen Rechte kräftig einsetzten, ging der Kaiser nach zweijährigem Kampfe von der slawischen Politik ab; jetzt aber waren die Tschechen in ihren Hoffnungen so schwer enttäuscht, dass sie sich allmählich immer mehr von Oesterreich abwandten und vom Ausland die Erreichung ihrer Pläne erhofften. Sie begannen mit Frankreich und besonders mit den slawischen Grossmächten zu konspirieren und auf die Zertrümmerung der Monarchie hinzuarbeiten.

Eine grosse Gefahr für Oesterreich-Ungarn bedeuteten die irredentistischen Bestrebungen auf der italienischen Halbinsel; seit der nationalen Einigung Italiens hatten sich diese bedeutend verstärkt. Mit der Zeit wurden alle intellektuellen Kreise, das Bürgertum in den Städten, Lehrer und Geistliche auf dem Lande davon erfasst und für den Kampf um die Erlösung Welschtirols und der italienischen Provinzen gewonnen. Die Erbitterung steigerte sich, als man die Errichtung einer italienischen Universität in Trient abschlug, während andere Nationen (<sup>aber nicht</sup> ~~auch~~ <sup>nur</sup> solche von 700.000 Seelen) in Oesterreich das Gleiche längst erreicht hatten; zudem war die Regierung unklug genug in mehreren scharf durchgeführten Hochverratsprozessen dem italienischen Volk Märtyrer zu schaffen. Als nach der Annexionskrise Italien immer mehr vom Dreibund abrückte, wirkte sich das auch in der ungehemmten Agitation gegen die Monarchie aus und da diese nicht gutwillig ihre italienischen Besitzungen abtreten wollte, rief man öffentlich zum Krieg gegen sie auf (1).

Die Wiener Regierung aber musste diesem Treiben tatenlos zusehen, da sie ihre Hände durch den offiziellen Freundschaftsvertrag mit Italien gebunden fühlte und sich wohl auch nicht stark genug

---

(1) Vgl. Michael Mayr, "Der Irredentismus".

schien, um eine offene Krise hervorzurufen (1).

Unter den geschilderten Verhältnissen und der verwirrenden Fülle von einander durchkreuzenden und sich widersprechenden Forderungen und Wünschen tagte das österreichische Parlament und sollte in der Lage sein an der Regierung und Leitung dieses Wälderchaos kräftig teilzunehmen.

Nach dem Ausgleich von 1867 waren zuerst nur die Deutschen, Tschechen und Polen im Reichsrat vertreten, weil die anderen Nationen nur aus zurückgebliebenen Bauernmassen unter der Führung ihrer Geistlichen bestanden. Im Laufe der Zeit entwickelten sie sich aber kulturell und wirtschaftlich und bildeten einen niederen und höheren Mittelstand, der sich politisch zu betätigen begann und die Führung übernahm. Andererseits wurden durch die Wahlgesetze (1872, 1885, 1896) immer weitere Volkskreise zur Teilnahme am Staat herangezogen, sodass sich Ende des 19. Jahrhunderts acht gleichberechtigte Nationen auf der politischen Arena gegenüberstanden, deren steigenden Ansprüchen die Regierung hilflos gegenüberstand. Hatte sie früher nur gegen die Obstruktion der Tschechen zu kämpfen gehabt, die <sup>sie</sup> in zwei Jahrzehnten slawischen Kurses vergeblich für den Staat zu gewinnen hoffte, so standen dadurch <sup>jetzt</sup> auch die Deutschen in der Opposition; als sie durch die Zurücknahme der Sprachengesetze 1899 wieder gewonnen waren, hatte sich die Situation grundlegend geändert. Die Evolution der Klassen und Nationen hatte sich vollzogen und jede meldete ihre Ansprüche auf den Staat ungestüm an.

All diesen Schwierigkeiten wurde von der Regierung nie eine klare Linie entgegengesetzt, nie nach einem grossen Plan, der für alle Völker annehmbar gewesen wäre, vorgegangen; berechnete Ansprüche

---

(1) Siehe näheres über die Pläne zu einem Präventivkrieg und deren Ablehnung durch den Kaiser, Conrad von Hötzendorf "Aus meiner Dienstzeit".

wurden nie rechtzeitig bewilligt, sodass man sie mit Dank empfangen hätte, sondern immer erst zu dem Zeitpunkte, an dem die Regierung um eine Vorlage durchzusetzen, eine Majorität brauchte. Dass sie sie brauchte, war aber nicht ihre Schuld, sondern eine zwangsläufige Folge der Bedingungen, die der Dualismus von 1867 für Cisleithanien geschaffen hatte, nämlich die <sup>der</sup> konstitutionellen Regierung.

So wurde durch die "Brosamenpolitik" kein Volk wirklich befriedigt, aber der Appetit eines jeden bedeutend gesteigert, da man gesehen hatte, wie vorteilhaft man eine Zwangslage der Regierung ausnützen konnte. Mochte der Kampf auch um scheinbare Kleinigkeiten, wie um eine Schule, um die Amtssprache in einer Gemeinde oder um die Besetzung einer Beamtenstelle toben, so konnte sich doch niemand darüber täuschen, dass diese geringfügigen Angelegenheiten nur Etappen auf dem Wege jeder Nation waren, dass dahinter, offen oder versteckt der Anspruch nach staatlicher Unabhängigkeit <sup>oder</sup> ~~und~~ nach Beherrschung des Gesamtverbandes stand.

Um diesen unerträglichen Zuständen des politischen Kuhhandels, ein italienischer Abgeordneter hatte das Parlament treffend als "luogo di traffico" bezeichnet, ein Ende zu machen, wurde im Jahre 1907 das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht eingeführt. Der Anlass zu diesem Experiment war durch die unhaltbare parlamentarische Lage in Ungarn gegeben, wo das Parlament jahrelang beschluss- und arbeitsunfähig war. So wurde wie so oft, die cisleithanische Politik in Folge des Dualismus nicht nach den Bedürfnissen Cisleithaniens gemacht, sondern musste sich den Verhältnissen <sup>Ungarns</sup> des Reiches anpassen. Der Eindruck, dieser Verfügung, die Oesterreich in die erste Reihe der modernen Verfassungsstaaten stellte, <sup>1871</sup> ~~wurde~~ in den meisten Kreisen günstig ~~aufgenommen~~ und bestärkte die Volkstümmlichkeit des alten

Kaisers. Der Zersetzungsprozess war aber schon zu weit vorgeschritten um durch diese Massregel allein noch aufgehalten zu werden; um eine Rückkehr zum Staate zu bewirken wären ganz einschneidende Reformen notwendig gewesen, zu denen der Kaiser in seinem hohen Alter sich nicht mehr entschliessen konnte. Abgesehen vom Kaiser aber fürchteten auch viele leitende Politiker eine radikale Operation für den geschwächten Staatskörper; ausserdem stand einer Reform auch die Uneinigkeit der Deutschen über den einzuschlagenden Weg entgegen. Sie waren immer noch in Zentralisten und Föderalisten gespalten und konnten sich nicht darüber einigen, nach welchen Gesichtspunkten eine Neueinteilung Oesterreichs zu erfolgen habe.

Im Gegensatz zu Oesterreich gab es in der östlichen Reichshälfte offiziell keine Staatsprobleme; Ungarn war kein Land, in dem verschiedene Nationen lebten, sondern ein magyarisch-nationaler Einheitsstaat und diese Fiktion wurde in den 50 Jahren des Bestandes der dualistischen Monarchie unerschütterlich festgehalten. Die Magyaren hatten die Bestimmungen des Ausgleichspaktes von 1867 durchgeführt, der die Herrschaft der Deutschen diesseits versprochen und die der Magyaren jenseits der Leitha verwirklicht hatte.

Nach der ungarischen Verfassung von 1867 war die magyarische Gentry mit den Magnaten der alleinige Träger der politischen Macht, denen das städtische Kleinbürgertum willig folgte; die grossen Massen der Bauern waren vollständig rechtlos. Die bürokratische Verwaltung hatte sich im ganzen Lande durchgesetzt und die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Welt, die auch in Ungarn zum Ausgleich der bisherigen Zurückgebliebenheit besonders stürmische Formen annahm, hatte eine langsame aber umso sicherere Auflösung der alten politischen

Kaste, der Gentry mit sich gebracht, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Diese soziale Umschichtung änderte den Charakter des magyarischen Nationalbewusstseins und zwei Jahrzehnte nach dem Ausgleich hätte Franz Deák nicht mehr ein massvolles Gesetz gegen die Nationalitäten durchsetzen können. Dieses Gesetz ist übrigens nie voll durchgeführt und seit 1873 (Ministerium Koloman-Tisza) mehr und mehr durch ihm widersprechende Gesetze und Verordnungen durchlöchert worden. Während früher jeder nationale Konvertit von den Magyaren mit Freude aufgenommen wurde, sahen sie später ein unangenehmes Strebertum darin und fürchteten die Konkurrenz bei der Stellenbesetzung und im wirtschaftlichen Leben, da sie jetzt kaum die Angehörigen ihrer Nation, die vom Lande in die Stadt zogen, unterbringen und versorgen konnten. (1) So wurden die Nationalitäten nicht mehr angezogen, sondern zurückgestossen und <sup>ihre Angehörigen</sup> wurden Gewerbetreibende und Vertreter der intellektuellen Berufe in ihrer Muttersprache, denen das flache Land zufiel. So wurde die aufsteigende Bewegung der Nationalitäten geboren und machte immer weitere Fortschritte, zuerst noch nicht im Sinne der Abwehr des Magyarentums, bis dieses aus Angst vor ihrem Aufblühen sich radikal gegen sie wandte. Durch die folgende furchtbare Unterdrückungspolitik wurden alle Völker zu Hass und Empörung gebracht. Die ungarischen Wahlen (abgestufter Zensus, bestimmte Einteilung der Wahlbezirke), die dem Parlament einen rein national-magyarischen Charakter verleihen sollten, wurden durch den brutalen Zwang, mit dem bei ihnen vorgegangen wurde, in ganz Europa berüchtigt.

Es war nur natürlich, dass Rumänen und Südslawen, die die Reiche ihrer Volksgenossen im Süden und Osten der Monarchie aufblühen sahen, mit Sehnsucht und Neid über die Grenzpfähle blickten,

(1) Springer, "Nation und Staat" II. Teil.  
Friedjung, "Zeitalter des Imperialismus".

welcher Umstand den Magyaren die willkommene Gelegenheit bot, gegen die Hochverräter noch schärfer vorzugehen. Seit Serbien und Rumänien selbständige Staaten geworden waren, begannen sie eine immer wachsende Anziehungskraft auf ihre Volksgenossen, die im Rahmen der Monarchie lebten, auszuüben. Seit der Einigung Deutschlands und Italiens war eine grosserbische Bewegung erwachsen, die immer weitere Kreise zog und durch die Empörung über die Okkupation von Bosnien und der Herzegowina noch mehr Zuzug erhielt.

Einigung aller südslawischen Brüder und Kampf gegen Oesterreich-Ungarn waren die bestimmenden Leitsätze <sup>ihrer</sup> ~~seiner~~ Politik geworden, und seit die Monarchie unter dem Druck der ungarischen Grossagrarien einen Warenboykott und eine förmliche Grenzsperrung gegen das Land aussprach, stieg der Hass und die Erbitterung der Serben ins Ungemessene. Nach einem planmässig durchdachten und vorbereiteten Programm wurde die Agitation gegen Oesterreich-Ungarn unter die Südslawen der Monarchie getragen. Wehrte sie sich dagegen, wurde sie in ganz Europa angeklagt den kleinen Nachbarn zu unterdrücken und im Dienste des vom Drange nach dem Osten beseelten Germanentums zu stehen.

Die Südslawen selbst <sup>Aufteilung</sup> litten schwer unter der ~~Zerrei-~~ <sup>ung</sup> ihres Volkes <sup>auf</sup> ~~in~~ fünf Staatsgebieten (Oesterreich, Ungarn, Bosnien, Serbien und Montenegro) und als sie sich langsam von einem passiven Volkstum, dessen Nationalgefühl sich einzig in Volksliedern und alten Sagen äusserte, unter der Führung von Gaj und anderen zu einer sich auch politisch bewusst-werdenden Nation hinaufentwickelten, wurde der illyrische Traum, von der Vereinigung aller Südslawen wieder lebendig und sie begannen kräftig auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

Dem standen hindernd im Wege einerseits der Gegensatz der

Kroaten und Serben, da die Kroaten sich gegen die Herrschgelüste der Serben wehrten, andererseits die Uneinigkeit der Kroaten, die zum Teil nämlich für ein rein kroatisches Reich kämpften (Bischof Strossmayer war der Führer dieser Richtung, die nicht österreichfeindlich war). Diese Gegensätze schwächten sich <sup>gegen</sup> ~~das~~ Ende des Jahrhunderts immer mehr ab und unter dem Druck der ungarischen Regierung fanden sich die Intelligenzkreise Serbiens und Kroatiens zusammen. Auch hegten die Südslawen noch immer den alten Groll gegen Wien wegen des Undankes für die 1848 geleisteten Dienste und so kam es endlich zu einer Verständigung der Serben und Kroaten mit der magyarischen Unabhängigkeitspartei gegen Oesterreich, die in der Fiumaner Resolution 1905 besiegelt wurde. Von Bedeutung für das Zustandekommen der Resolution war auch folgender Umstand. Als eine kroatische Abordnung, die sich beim Kaiser über die Unterdrückung der Nation beschweren wollte, im Jahre 1903 nicht vorgelassen wurde, richtete sich die Hauptempörung gegen Oesterreich, da alle Kroaten glaubten, es müsse mit den ungarischen Unterdrückungsmethoden einverstanden sein, weil sonst Ungarn sich <sup>das</sup> ~~das~~ nicht erlauben könnte.

Nicht alle Südslawen wollten nun gleich einen Abfall von Oesterreich, manche meinten, dass durch den Schrecken, den sie der Wiener Regierung durch ihre Verbindung mit der Ungarischen Unabhängigkeitspartei einjagen würden, diese einlenken und ihnen Zugeständnisse machen würde. Viele Kroaten legten Wert darauf festzustellen, dass die Fiumaner Resolution ihnen nicht so sehr wegen der österreichfeindlichen Haltung wichtig war, als wegen innerpolitischer Reformen (1). Ausserdem standen den politisch so aktiven nationalisti-

---

(1) Siehe näheres über die Resolution: Seton Watson "Die südslawische Frage" 1913.

schen Kreisen die grossen Massen der kroatischen Bauern entgegen, die noch von einer lebhaften Anhänglichkeit gegen das alte Kaiserhaus erfüllt waren. Besonders nach der Enttäuschung, die die Kroaten durch die Magyaren erleben mussten, denn kaum war das Ministerium der Unabhängigen fest im Sattel, wurden nicht nur die Versprechungen nicht erfüllt, sondern das Land noch härter bedrückt, wandten sich weitere Kreise wieder Oesterreich zu und hofften auf die Versprechungen des Thronfolgers Franz-Ferdinand, der für seine Regierung eine Neuregelung der staatlichen Verhältnisse in trialistischem Sinne, die Bildung eines grossen Südslawenreiches in Aussicht stellte. Er hoffte dadurch die zentrifugalen Strömungen zu bannen und in den Rahmen der Monarchie zurückzulenken. Unter dem alten Kaiser war daran nicht zu denken, da er unerschütterlich am Dualismus festhielt und mit den Magyaren, unter deren Herrschaft der grösste Teil der Südslawen sich befand, über eine Preisgabe ihrer diesbezüglichen Rechte gar nicht zu reden war. Durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina (1908) stieg der serbische Hass gegen Oesterreich, das endlich deren Ansprüchen auf Bosnien durch eine Regelung der ungeklärten staatsrechtlichen Verhältnisse in diesem Gebiete ein Ende setzen wollte, noch mehr und mit der starken Rückendeckung europäischer Grossmächte konnte die Verhetzung der Südslawen noch hemmungsloser fortgesetzt werden, bis durch die Bluttat von Sarajewo alle kleinen Brände und vorbereitenden Geplänkel in einem grossen Weltbrand zusammenschlugen. Besondere Bedeutung gewann der Konflikt zwischen Magyaren und Kroaten dadurch, dass die Kroaten sich im Kampf um ihre Freiheit nicht nur auf das Nationalitätsprinzip beriefen, sondern auch ihr altes Staatsrecht eine wichtige Rolle dabei spielte. Sie besaßen nämlich schon seit jeher einen eigenen Landtag und nationale Selbstverwaltung

und in der Verfassung von 1867 im ungarisch-kroatischen Ausgleich waren ihnen diese Rechte, Autonomie und halbsouveräne Stellung wieder eingeräumt worden. Praktisch aber waren sie ganz von Budapest abhängig, da ihr Statthalter, der Banus, vom ungarischen Ministerpräsidenten dem Kaiser vorgeschlagen wurde und nicht direkt mit Wien verhandeln konnte. Ausserdem stand ihm noch ein ungarischer Minister zur Seite, ohne dessen Gegenzeichnung er nichts unternehmen konnte. Um ihm eine Majorität im Landtag zu sichern, wurden nach den bewährten ungarischen Methoden die Wahlen "gemacht". Und die Situation Kroatiens besserte sich nicht bis zum Ausbruch des Weltkrieges, sondern wurde vom Volke, das sich in seinem Denken immer selbstständiger entwickelte, von Jahr zu Jahr als unerträglicher empfunden (1).

Auch das Verhältnis der Monarchie zu Rumänien wurde immer unfreundlicher, weil die Rumänen sich über die Bedrückung ihrer Volksgenossen in Siebenbürgen empörten.

Wenn wir das Verhältnis des ungarischen zum österreichischen Parlamente und die sich daraus ergebenden Reichsprobleme untersuchen wollen, muss man sich immer vor Augen halten, dass von den ganzen innerungarischen Wirren nichts an die Öffentlichkeit des Abgeordnetenhauses drang, das bis zum Krieg überwiegend aus Magyaren bestand und infolgedessen von einem einheitlichen Willen gegenüber der westlichen Reichshälfte getragen war.

Wie wir gesehen haben, hatte die Entwicklung in beiden Staaten so grundverschiedene Wege eingeschlagen, dass allein schon deswegen an den Schranken des Dualismus gerüttelt werden musste, von dem Staat naturge-

---

(1) Seton Watson, "Die südslawische Frage", 1913.

mäss am meisten, der im Laufe der Zeit stärker und kräftiger geworden war.

Die Grundlagen des Ausgleiches hatten sich verändert. Abgeschlossen zwischen zwei gleichen "paritätischen" Staaten, standen sich später zwei ganz verschiedene Staatsformen, ein einheitlicher Nationalstaat und ein zum Teil föderativer Nationalitätenstaat gegenüber. In Ungarn unterdrückte eine Nation sechs andere und machte sie völlig rechtlos, in Oesterreich standen sich acht fast gleichberechtigte Nationen gegenüber. Diese so verschiedene Behandlung der Nationalitäten war es auch, die die Magyaren die Verbindung mit Oesterreich besonders fürchten liess. Es waren ja im wesentlichen die gleichen Völker, die diesseits der Leitha aufblühten und jenseits niedergehalten wurden. Einigemal hatten die Ungarn versucht das deutsch-zentralistische Regime in Oesterreich zu stützen und als es nicht mehr gelang, trachteten sie mit aller Beharrlichkeit und Zähigkeit wenigstens die Verbindung zum Nachbarstaat zu lockern, um ihren Völkern das lockende Beispiel der Freiheit ferner zu rücken und um jedenfalls jeder Einflussnahme der österreichischen Slawen auf innerungarische Fragen vorzubeugen.

Der naturnotwendig gegebene Ausgangspunkt aller dahin zielenden Bestrebungen musste der Vertrag von 1867 sein und so suchten die Magyaren eine staatsrechtliche Umdeutung und Verfälschung vorzunehmen, indem sie ihn als einseitig gegebenen und infolgedessen auch einseitig zu lösenden hinstellten. Von dem Augenblicke an, in dem die ganze Nation von dieser Einseitigkeit durchdrungen war, -es war nicht schwer, dieses Volk davon zu überzeugen- musste jeder Anspruch auf Lockerung oder teilweise Lösung des Gesamtverbandes als selbstverständliches, heiliges Recht erscheinen und jede Abwehr und Gegenwehr

auf österreichischer Seite als Unterdrückung und Unrecht.

In diesem Geiste und erfüllt von dieser Idee gingen sie zum Sturm gegen die gemeinsamen Angelegenheiten vor. Ihr Parlament war in seiner geschilderten einheitlichen Zusammensetzung imstande, Majoritäten zu liefern und so das geeignete Werkzeug, um im Kampfe gegen das zerrissene und gespaltene Oesterreichische, den Sieg davon zu tragen. (1)

In der Aussenpolitik zeigte sich die Schwäche Oesterreichs hauptsächlich darin, dass es allen Forderungen der Magyaren betreffs der Handelsverträge mit Nachbarstaaten nachgeben musste und sich so die unversöhnliche Feindschaft Serbiens und Rumäniens zuzog.

Die zweite gemeinsame Einrichtung, die Armee, der Grundpfeiler des dualistischen Gebäudes, wurde anfänglich zu Deák's Zeit noch als feststehend und unabänderlich hingenommen, bis die Ungarn schliesslich auch hier zuerst mit kleinen und dann immer steigenden Ansprüchen hervortraten.

Um zwei Armeefragen ging der Kampf am heftigsten : um die Dienst- und Kommandosprache und die Umgestaltung der Honvéd. Durch die Gewährung einiger kleinerer Zugeständnisse in Heeressachen ermutigt, (z.B. Aenderung der Bezeichnung k.k. Armee in k.u.k. Armee), forderte die Partei der Unabhängigen, die im Gegensatz zu den gemässigten Nationalisten nicht nur auf blosse Personalunion mit Oesterreich, sondern auf vollständige Trennung hinarbeitete, Anfang des 20. Jahrhunderts die ungarische Dienst- und Kommandosprache für alle ungarischen Regimenter, nicht für die magyarischen Truppen, sondern auch für die, die sich aus Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten zusammensetzten. Das bedeutete eine neue Gewaltmassnahme gegen sie, da sie, wenn sie schon nicht ihre eigene Sprache im Kommando durchsetzen konn-

---

(1) Steinacker, Aufsatz in der "Oesterreichischen Rundschau".

ten, das Deutsche dem Magyarischen vorzogen. Andererseits kämpften die Magyaren gegen die Vielsprachigkeit des Kommandos in Zisleithanien und wollten dort ausschliessliche Geltung des Deutschen, da sonst ein Präzedenzfall für ihre Nationalitäten gegeben wäre. Deák hatte um allen diesen Schwierigkeiten auszuweichen, bestimmt, der Kaiser solle darüber verfügen. "Der materielle Konflikt mit den eigenen Nationalitäten und mit Zisleithanien wird aufgefasst als Kampf des Parlamentes gegen die absolutistische Neigung der Krone, wobei man alle Ideologen des Konstitutionalismus an seiner Seite hat." (1)

Als die Krone sich diesen Sprachforderungen widersetzte, obstruierten die Magyaren die Wehrvorlagen, als ihnen auch das nichts nützte, wurde die liberale gemässigte Partei von den Unabhängigen bei den Neuwahlen 1905 gestürzt. Diese versteiften sich erst recht auf die ungarische Armeesprache und erklärten offen, diese Forderung bilde nur den ersten Schritt zur Spaltung der gemeinsamen Institutionen.

Das wurde jetzt selbst dem Herrscher zuviel und er, der aus Liebe zum Frieden schon so manches bewilligt hatte, entschloss sich zu einem energischen Schritt. Als das Ministerium der Unabhängigen seine Bedingungen nicht annahm, übertrug er die Regierung Ungarns im Juni 1905 dem ihm treu ergebenen General Fejérváry. Dieser verwaltete das Land ohne Parlament und löste das Abgeordnetenhaus sogar mit militärischer Gewalt auf. Dass der ganze Streit und Kampf zwischen Parlament und Krone bei den breiten Massen des Volkes nicht populär war, zeigte sich bei <sup>dieser</sup> ~~der~~ Gelegenheit; in Budapest rührte sich keine Hand, um gegen den Gewaltakt zu protestieren. Die Krone war ohne Anstrengung Sieger und Herr der Situation.

---

(1) Springer, "Grundlagen und Entwicklungsziele der Oe.-U. Monarchie" S. 145.

Als nun vom Herrscher noch der höchste Trumpf ausgespielt wurde, die Drohung, durch Königliche Verordnung das allgemeine und gleiche Wahlrecht in ganz Ungarn einzuführen, (geistiger Vater dieser Politik war der Innenminister Kristoffy) (1) womit die Adelsoligarchie und der magyarische Nationalstaat ein Ende gefunden hätte, lenkten die Unabhängigen rasch ein und versprachen, die Wahlreform selbst durchzuführen. Natürlich war das nur eine leere Zusage, denn die Reform wurde solange verschleppt, bis sie gar nicht mehr zur Durchführung kam. Der König liess es bei diesem einzigen energischen Schritt den Ungarn gegenüber bewenden, auch als bald darauf wieder die Wehrvorlagen obstruiert wurden.

Ein anderes Kapitel im magyarischen Streben ein eigenes Heer zu haben, waren die immer erneuten Forderungen nach Ausgestaltung der Honvéd. Ursprünglich als Gegenstück zur österreichischen Landwehr, als reine Verteidigungswaffe gedacht, zielte die Absicht der Magyaren dahin sie langsam zu einer modernen Angriffswaffe umzugestalten. So wurde sie, die zuerst nur aus Infanterietruppen bestand, ~~zunächst~~ mit Kavallerie und dann mit Artillerie ausgestattet; dem gegenüber konnte die Landwehr auch nicht zurückbleiben und so hatte die Monarchie drei von einander unabhängige Heer<sup>er</sup>körper: die österr. Landwehr, die nur dem österr. Reichsrat unterstand, mit deutscher Dienst- und Kommandosprache, die Kgl. ungar. Honvéd, die dem ungarischen Parlament unterstand, mit magyarischer Dienst- und Kommandosprache und die gemeinsame K.u.K. Armee, die von einer Unzahl von Organen abhing, (2) mit deutscher Dienst- und Kommandosprache.

Auch die wirtschafts- und handelspolitischen Angelegenheiten, deren Regelung im Ausgleich nicht endgültig festgesetzt worden war, bildeten einen Anlass zu ständigen Reibereien zwischen Ungarn und

(1) Vgl. Jászy, "Magyariens Schuld und Ungarns Sühne".

(2) Siehe oben S. 23 (1).

Oesterreich. Beide Staaten hatten sich so auseinander entwickelt, dass ihre Interessen oft gegeneinander liefen oder wenn sie darin einig waren, stritten sie über ihren Anteil am jeweilig Errungenen oder Verlorenen. Auch forderten die Magyaren eine Zollschranke gegen Oesterreich und eine eigene Zettelbank, was sie aber nicht erreichten (1).

Einen weiteren Anlass zu Konflikten boten die gemeinsamen Ausgaben, für die alle zehn Jahre der Schlüssel (die Quote) neu festgelegt werden sollte. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wurde die Durchführung dieses budgetären Ausgleiches schwieriger; denn da rechtlich und gesetzlich nichts bestimmt war, siegte in allen strittigen Punkten immer nur die tatsächliche Macht.

Der Dualismus war rechtlich völlig ungenügend fundiert und hätte nur unter der Voraussetzung bestehen können, dass sowohl Oesterreich als auch Ungarn, beide völlig einheitlich regiert worden wären und sie beide in ihren Interessen ganz übereingestimmt hätten. Die Krone, von Deák ursprünglich als Schiedsrichter gedacht, konnte in einer konstitutionellen Verfassung dieser Aufgabe nicht genügen. An realer Machtfülle hatte sie in Ungarn fast nichts in die Wagschale zu werfen, sie konnte nur durch Imponderabilien, ihr altes Ansehen und ihre historische Sendung und Stellung, noch einen Einfluss ausüben, - in Oesterreich hatte sie den § 14 (Notverordnungsrecht).

Die fortschreitende Entwicklung der Nationen, die sich durch Paragraphe nicht aufhalten lässt, war über die Lösung von Beust und Deák hinweggeschritten und musste, da man die Ausgleichsgesetze nicht den tatsächlichen Verhältnissen anpasste, zu einer Auflösung des Reiches führen, die durch den Weltkrieg nur beschleunigt wurde. In dieser furchtbaren Anspannung aller Kräfte wurde jede staatsrechtliche Fik-

---

(1) Heiner Friedjung, "Der Ausgleich" (1879); Plener, "Erinnerungen", (1921); Sieghardt, "Memoiren".

tion und Illusion von den realen Mächten unbarmherzig geschieden und so wurden auch die verworrenen Verhältnisse der Donaumonarchie vor den Augen der ganzen Welt blossgelegt.

Oesterreich war von der Geschichte die Aufgabe zugewiesen worden eines der schwierigsten Probleme, das Problem des modernen Nationalitätenstaates zu bewältigen.

Die Entwicklung des nationalen Gedankens aus den Ideen des 19. Jahrhunderts brachte es mit sich, dass der geschlossene Nationalstaat es als seine naturrechtliche Befugnis ansah, die nationalen Interessen von Minderheiten in Nationalitätenstaaten zu wahren. Im zweiten Teil dieser Arbeit wird des näheren erörtert werden, inwieweit Frankreich die Berechtigung für sich in Anspruch nahm, sich der slawischen Minoritäten in Oesterreich-Ungarn in Wort und Schrift anzunehmen. Frankreich fühlte sich seit der Revolution von 1789 berufen als Hüterin der nationalen Selbstbestimmung und der demokratischen Idee überhaupt aufzutreten. Durch die Slawen vollständig unrichtig informiert, stellte es die Monarchie als Unterdrücker der Minderheiten hin und rief das Weltgewissen gegen sie auf.

Der ewige Konflikt zwischen völkerrechtlicher Bindung und souveräner Unabhängigkeit eines Staates weist auf die Problematik und den Widerspruch dieser Fragen hin. Die Entscheidung zwischen diesen beiden entgegengesetzten Prinzipien ist immer davon abhängig, ob positive Rechtssätze oder Naturrecht als oberste Leitlinie des Handelns angesehen werden.

Ueber den Nationalitätenstaat urteilt man von der nationalstaatlichen Idee ausgehend ganz falsch, wenn man ihn als rückständig und überlebt hinstellt und noch aus der Zeit stammend, da man bei

---

Staatsgründungen und Grenzverschiebungen auf die Volkszugehörigkeit der Untertanen keine Rücksicht nahm.

Denn auch der Imperialismus unserer Zeit schafft durch die Einverleibung nationsfremden Gebietes wieder Nationalitätenstaaten mit all ihren inneren Spannungen; diese würden dann unter dem Rufe der Gleichberechtigung der Nationen wieder zerschlagen, wenn sie nicht eine Verfassung finden, die der Einheit des Ganzen, aber auch den nationalen und kulturellen Bedürfnissen der Einzelnen, in gleichem Masse angepasst ist.

Dem nationalen Sonderleben stehen unter gewöhnlichen Umständen ebenso gewichtige andere Rücksichten und Tendenzen entgegen.

Einerseits der Drang jedes Volkes nach Erweiterung seiner Machtsphäre und seines politischen Einflusses, den es im Rahmen eines grossen Verbandes, wenn auch nicht ausschlaggebend, so doch mitbestimmend befriedigen kann.

Vor allem aber wirkt die Geschlossenheit eines Raumes, die geogr. Elemente bei Staatsgründungen mit und bleiben auch für den Weiberbestand entscheidend. Die geographischen Vorbedingungen der österreichisch-ungarischen Monarchie sind schon gleich anfangs dargelegt worden. Mit der geographischen Geschlossenheit hängt auch die Wirtschaftspolitik aufs engste zusammen. Eine grosszügige Wirtschaftspolitik kann sich nur in einem weiten Staatsrahmen entfalten, der wenn möglich dem Ideal der Autarkie nahe kommen soll. Oesterreich-Ungarn war bis auf einige Produkte autark und stellte in seiner Verbindung von Agrar- und Industrieländern ein äusserst günstiges Wirtschaftsgebiet allen Staatsangehörigen zur Verfügung.

Wie stark die nationale Verhetzung der Völker und wie gross die Ungeschicklichkeit der österr. Politiker war, zeigt sich allein schon

daran, dass alle ökonomischen Interessen des Zusammenlebens gering geachtet und übersehen wurden. So mächtig wurde der Drang nach Freiheit und Sonderstellung und so wenig Zugkräftiges wusste die Regierung ihm entgegenzustellen, um ihn für eine Zusammenarbeit innerhalb des grossen Reiches zu gewinnen, dass die relative Sicherheit der Gegenwart nichts mehr galt im Vergleich zu den utopischen Hoffnungen und Zielen der Zukunft.

.....

II. Teil :  
 ++++++

DIE IDEOLOGIE

der französischen Aussenpolitik in ihrer Beziehung zu den innerpolitischen Problemen der Donaumonarchie.

Wenn man die umfangreiche Literatur betrachtet, in der von französischer Seite die österreichisch-ungarischen Probleme in ihrer ganzen Breite und Tiefe aufgerollt werden, fragt man sich unwillkürlich, wieso gerade Frankreich sich mit solcher Intensität und solchem Interesse mit den innerpolitischen Vorgängen in unserem Staate beschäftigte. Wenn ich sage, Frankreich setzte sich für die Nationalitäten ein, so darf man sich darunter nicht offizielle, diplomatische Interventionen von Regierung zu Regierung vorstellen. Seit der Begründung des Dualismus im Habsburgerreich arbeiteten <sup>gewissermaßen</sup> nur die Presse, zahlreiche Vereinigungen und auch politische Parteien mit diesem Argument gegen das Donaureich und erst nach dem Berliner Kongress 1879 und dem deutsch-österreichischen Bündnis wurden diese Bestrebungen von der Regierung wohlwollend unterstützt.

Die slawischen Staaten und Italien natürlich berührte der Kampf ihrer Nationsgenossen in Oesterreich-Ungarn auf das tiefste und sie liessen es an moralischer und finanzieller Unterstützung ihrer "unterdrückten" Brüder und an Provokationen gegen das Deutschtum nicht fehlen.

Frankreich schien wenigstens bis zum Berliner Kongress dagegen kein unmittelbares Interesse an der Befreiung der nationalen

Minderheiten zu haben und doch setzte es sich so dafür ein. Welche Gründe waren hierfür massgebend ?

Zur vollständigen und umfassenden Beantwortung dieser Frage müsste man die französische Geisteshaltung und Einstellung während der ganzen letzten Jahrhunderte verfolgen. Im Rahmen dieser Arbeit ist dies nicht möglich und so sei nur ganz kurz auf einige wichtigste Punkte hingewiesen.

In der geistigen Führung des Abendlandes hat im Laufe der Jahrhunderte ein Kulturvolk das andere abgelöst und auf das Italien der Renaissance, das Deutschland der Reformation, das Spanien des Barock, folgte im 17. Jhd. unter der Regierung Ludwig XIV. das Frankreich des Absolutismus und der Aufklärung. Da diese geistige Hochblüte Frankreichs mit einer politischen Glanzzeit zusammenfiel, übte Frankreich einen in jeder Beziehung ungeheuren und noch nie von einem andern Volk erreichten Einfluss auf ganz Europa aus. Bezeichnend drückt der französische Historiker Albert Sorel diese unbedingte ideelle Vorherrschaft aus : "Il y a une atmosphère européenne. Les mêmes idées sont répandues partout: elles sont toutes françaises, et trouvent naturellement en France leur plus parfaite expression. L'esprit qui anime l'état et celui qui anime la société européenne, la forme du gouvernement comme celle de la pensée, viennent de la Grèce par Rome, et de Rome par la France. C'est l'esprit classique comme on est convenue de l'appeler: la pensée abstraite pour principe, la logique pure pour méthode." (1)

Diese politisch und kulturell dominierende Stellung blieb Frankreich bis ins 18. Jahrhundert, ja bis zur grossen Revolution und in diesen rund 150 Jahren hatten die Franzosen sich vollendet, ihre geistigen Formen und Weltanschauungen bis zu dem für diese Zeit höch-

---

(1) Albert Sorel, "L'Europe et la revolution française im Kapitel : L'influence française " S.147.

sten Punkt entwickelt. In den Ideen und Prinzipien der Revolution gaben sie der Welt noch einmal den Extrakt, das hochwertigste und reifste Produkt der Aufklärung. Den ausschlaggebenden Einfluss, den sie auf die Denkweise, aber zum Unterschied von früher jetzt nur noch auf die politische Denkweise des 19. Jhdts. ausübten, ist auf keine neue Blüte in ihrem geistigen Leben, sondern auf die Errungenschaften des 18. Jhdts. zurückzuführen, die durch Napoleon in ganz Europa verbreitet wurden und in ihrer Auswirkung auf die Völker mithalfen, seinen Sturz herbeizuführen.

Wenn dann auch in der folgenden Zeit die politische Weltgeltung Frankreichs dahinschwand, so blieb dem Volke doch immer noch der Anspruch auf die geistige Führerrolle in Europa und dieser Anspruch präziserte sich dahin, dass Frankreich die Mission zu erfüllen habe, Hüterin der Selbstbestimmung, Einheit und Freiheit der Nationen zu sein. Diese Einstellung überdauerte alle Wechselfälle des 19. Jhdts. und wurde nach dem Berliner Kongress von Publizisten, die die Nationalitätenprobleme Oesterreich-Ungarns behandelten, dazu benützt, die realen und höchst materiellen Beweggründe, die ihrer Tätigkeit meist zu Grunde lagen, zu verschleiern.

Um nun die politischen Hintergründe für das Eintreten Frankreichs für die nationalen Minderheiten gerade im Habsburgerreich kennen zu lernen, ist es notwendig, die französische Aussenpolitik zu verfolgen und zwar nicht erst vom Berliner Kongress an. Es ist wichtig, auch die Einstellung des zweiten Kaiserreiches zu diesen Fragen zu wissen.

Napoleon III. hat die Prinzipien der französischen Revolution bis in die letzten Konsequenzen, bis zur kriegerischen Verwicklung mit Oesterreich-Ungarn durchgeführt, als er, seit 1857 mit Piemont verbündet, 1859 den Lostrennungsbestrebungen Piemonts und der Lombardei

zum Siege verhalf. Seit dem Jahre 1856 hatte dieser Kaiser es sich zum Ziel gesetzt, um sich an Oesterreich zu rächen, die nationalen Bewegungen in Deutschland und Italien zu unterstützen, und er ahnte nicht, dass das Aufkommen dieser beiden Mächte für sein Reich eine ständig wachsende Bedrohung bilden würde.

Charles Seignobos sagt in seinem Werk "Histoire politique de l'Europe contemporaine" Seite 749 u.f. über die Persönlichkeit dieses Kaisers: "Napoleon III. dirige la force prépondérante de la France en Europe suivant ses vues personnelles. Il abandonne la tradition monarchique de la politique de paix et d'intérêts; ancien révolutionnaire italien, partisan de l'unité nationale, il a personnellement une politique révolutionnaire; ennemi déclaré des traités de 1815, adversaire de l'Autriche, partisan du droit des peuples de disposer d'eux-mêmes, il veut détruire l'oeuvre des alliés. Il veut employer la France à l'oeuvre désintéressé d'aider les nations à se constituer et obtenir en récompense quelque accroissement de territoire. C'est la politique des nationalités, combinée avec une politique d'annexions".

Wollte Zar Alexander I. einstens das Gleichgewicht Europas auf den freundschaftlichen Zusammenschluss der Herrscher gründen, so glaubte Napoleon III. das Gleiche durch ein Zusammengehen und die Einigkeit von souveränen Nationalstaaten zu erreichen.

Aber er ging mit seinen Plänen von einer abstrakten Theorie aus und war sich über die Durchführbarkeit und Verwirklichung nicht im klaren. Er wusste nicht genau, wieweit die Ansprüche der Nationen, die er unterstützen wollte, berechtigt waren oder nicht und übersah die Tragweite ihrer Forderungen für die Zukunft. Bei all dem war sein Hauptziel Frankreichs Macht zu erhöhen und die natürlichen Grenzen,

den Rhein und die Alpen zu erobern, obwohl er dabei mit seinem Hauptprinzip, der Selbstbestimmung der Nationen, in Widerspruch geraten wäre. Die Machtausdehnung Frankreichs hatte er auch im Auge, wenn er von einer Vereinigung aller romanischen Völker unter seiner Hegemonie träumte, der dann im Osten Europas ein ähnlicher Block der Slawen und Germanen gegenübergestanden wäre. (1)

Das gute Einverständnis, das seit dem Krimkrieg zwischen Napoleon III. und Zar Alexander II. herrschte, erbitterte ausser England, Oesterreich ganz besonders. Es hatte alle Ursache dazu, denn die Dienste, die sich die beiden Kaiser gegenseitig erwiesen, gingen meist auf seine Kosten. Hatte der Zar bei den Einigungsbestrebungen Napoleons in Italien wohlwollende Neutralität gewahrt, so unterstützte dieser wieder gerne und auch mit Erfolg den politischen Aufschwung der kleinen christlichen Balkanstaaten; er schützte die Obrenowich und minderte den türkischen Einfluss in Serbien. Schliesslich begünstigte er, immer in vollem Einverständnis mit Russland, die griechische Nationalpartei und erhitzte sich für deren überspannte Forderungen. (2)

Bezeichnend für den Geist Napoleons und die Ideologie seiner Aussenpolitik war der Anlass, aus dem die Freundschaft mit Alexander im Jahre 1862 auseinander ging. Wieder wie in Italien waren es Unterdrückte, von Entnationalisierung Bedrohte, für die er sich einsetzte, die Polen. Durch deren Erhebung und verzweifelten Kampf gegen Russland war ihr Schicksal wieder vor dem Forum ganz Europas aufgerollt worden und Napoleon machte sich zum Wortführer der öffentlichen Meinung, die vom Zaren grössere Freiheiten für das unglückliche Volk forderte.

Im November 1862 liess sich der Kaiser noch einmal hinreissen, seine utopischen Weltverbesserungspläne in einer grossen Rede der

(1) Vgl. Oncken, "Die Rheinpolitik Napoleons III." 3 Bde.

(2) Siehe Näheres darüber: Debidour, "Histoire de l'Europe contemporaine", 2. Band.

Kammer zu unterbreiten. Er lud ganz Europa zu einer Konferenz ein, um sich in Frieden über die verschiedenen Streitfragen zu einigen, und setzte auseinander, wie er sich die Lösung aller schwebenden Angelegenheiten vorstelle. Er verkündigte "que les traités de 1815 avaient cessé d'exister", und knüpfte die Frage daran, ob die europäischen Grossmächte durch ihre ständigen Konflikte auch weiterhin die Fortschritte der Kultur hemmen wollten, das gegenseitige Misstrauen durch übertriebene Rüstungen auch weiterhin schüren und sich "par détroits calculs aux légitimes aspirations des peuples" widersetzen wollten.

Obwohl dieser Appell an das Weltgewissen zweifellos von einer grossen Idee getragen war, dachten doch die verschiedenen Staatsmänner und Herrscher, die die Verträge von 1815 unterzeichnet hatten, gar nicht daran ihre realen Vorteile einer Utopie zuliebe aufzuopfern und die Zustimmung zu einer vollständigen Aenderung der Karte Europas zu geben. So musste Ende Dezember Napoleon den grossen Plan fallen lassen. Kurze Zeit später empfing der Kaiser den tschechischen Abgeordneten Bieger und versicherte ihm, dass Frankreich am Kampf der Tschechen grossen Anteil nehme, *diese Unterredung hatte aber keine* ~~ohne~~ praktischen Folgen. (Denis, II. Bd. S. 509).

Nach dem österreichisch-preussischen Krieg von 1866 war Oesterreich aus seiner dominierenden Stellung verdrängt. Und Frankreich fühlte, dass sich die Ausdehnungsgelüste Preussens und seine Kraft und Aktivität, die durch die Besiegung Oesterreichs frei geworden waren, jetzt gegen Westen wenden würden. Kaiser Napoleon wieder musste sich sagen, dass die einzige Möglichkeit seine im ganzen Land vollständig geschwundene Popularität wieder zu erobern, in einem glücklichen Krieg gegen Preussen liege.

Die Partei der Republikaner in Frankreich gewann immer mehr an

Boden, stark revolutionär gefärbte Strömungen machten sich bemerkbar, und um mit einem Schlage alle Gefahren, die seiner Dynastie drohten, zu bannen, entschloss sich der Kaiser, in völliger Verkennung der mangelhaften militärischen Ausrüstung und Vorbereitung seines Heeres, den Krieg mit Preussen vom Zaun zu brechen.

Oesterreich und Italien hatten sich vollste Neutralität gesichert und der Verlauf des Krieges gab dieser klugen Vorsicht recht.

Napoleon erlebte sein Waterloo bei Sedan am 1. September 1870 und musste sich gefangen nehmen lassen. Auf die Nachricht von dieser Katastrophe und ihren Folgen, brach in Paris die Revolution aus, die Kaiserin musste nach England flüchten; das zweite Kaiserreich, in den Stürmen einer Revolution begründet, fand wieder durch eine Revolution seinen Abschluss.

Nach den unglücklichen Ereignissen des Jahres 1870/71 war den Franzosen auf lange Zeit der Wunsch und die Möglichkeit genommen, sich mit den Problemen und Angelegenheiten fremder Staaten zu befassen und andern Völkern zum Durchbruch und Sieg der nationalen Idee zu verhelfen. Bevor sie an die Aufrichtung und Begründung von fremden nationalen Einheitsstaaten denken konnten, mussten sie für die Wiederaufrichtung des eigenen Landes sorgen. Festigung der inneren Verhältnisse und Konstituierung der Republik richteten alle Gedanken der französischen Regierung auf die Innenpolitik, während die Geschichte Europas in den folgenden Jahren fast allein und ausschlaggebend vom neu gegründeten deutschen Kaiserreich, beziehungsweise vom Reichskanzler Bismarck geleitet wurden.

Frankreich erholte sich aber von den inneren und äusseren Schädigungen des Krieges überraschend schnell und es bildete von da an das Hauptziel seiner Aussenpolitik, aus der drückenden Isoliertheit,

in die Bismarck es verbannt hatte, herauszukommen und wieder Beziehungen zu andern europäischen Mächten anzuknüpfen. Nach dem Berliner Kongress, stiegen die Aussichten Frankreichs, Russland von den Mittelmächten ab- und zu sich herüberzuziehen, ganz bedeutend und bewogen Bismarck das lose Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn zu einem festen Bündnis auszugestalten. Gleichzeitig gelang es ihm auch Italien unter seinem neuen König Humbert I. an dem Zweibund der Mittelmächte zu interessieren.

Vom Berliner Kongress ab wandelte sich das Verhältnis Frankreichs zu Oesterreich grundlegend. War doch jetzt Oesterreich ein Bundesgenosse Deutschlands geworden, des Deutschland, das Frankreich so tief gedemütigt hatte und von dessen Vernichtung in einem Rachezug alle französischen Nationalisten träumten. Aber noch lange nach 1879, ja bis nach dem Sturz Bismarcks konnte Frankreich in Europa keine aktive Aussenpolitik treiben, da es trotz aller Anstrengung der überlegenen Diplomatie des deutschen Reichskanzlers nicht gewachsen war und daher überall, wo immer es auch um Anschluss anklopfte, abgewiesen wurde. So warf es seinen Tatendrang auf die Erwerbung von Kolonien und verschärfte dadurch die Gegensätze mit Italien und England.

Bismarck verstand es, diese Rivalität (Tunis) auszunützen und Italien immer mehr den beiden Mittelmächten anzunähern, bis schliesslich im Jahre 1883 der Dreibundvertrag zustande kam.

Der Abschluss dieses Vertrages fand in ganz Europa starken Widerhall, am meisten naturgemäss in Frankreich, gegen das er sich unmittelbar richtete. Unter dem Ministerium Ferry begann, wie schon erwähnt, die Republik ihr Hauptaugenmerk auf die Erwerbung von überseeischen Besitzungen zu richten und wurde dadurch zu einem gefähr-

lichen Konkurrenten Englands, das ihr in Indochina, Madagaskar und im Innern Afrikas eine wirksame Opposition entgegenstellte. Bei dem Wettbewerb um Zentral- und Westafrika kam Frankreich eine Macht zuhulfe, von deren Unterstützung es sich einige Jahre zuvor nichts hätte träumen lassen. Bismarck verfolgte die kolonialpolitischen Bestrebungen der Franzosen mit Wohlwollen, weil er hoffte, dass sie dadurch von Elsass-Lothringen und dem Revanchegedanken gegen Deutschland abgelenkt würden. Ja, er liess der Pariser Regierung sogar durch ihren Berliner Gesandten, Herbette, sagen, "es müsse doch bedacht werden, dass die Engländer ganze Erdteile hätten unterwerfen können, weil Deutschland und Frankreich sich durch Jahrhunderte wegen eines kleinen Grenzstreifens bekämpften."(1)

So bot sich im Jahre 1884/85 bei der Berliner Kolonialkonferenz das seltene Bild, dass alle Nationen des Festlandes in einem Block vereinigt dem völlig isolierten England gegenüberstanden.(2) Aber diese für England so ungünstige Konstellation verschob sich sehr bald, da das Ministerium Jules Ferry, das in einer Ausbreitung der Weltmachtstellung Frankreichs in friedlichem Nebeneinander mit Deutschland sein Hauptziel erblickt hatte, durch das Parlament 1885 gestürzt wurde. Massgebend dafür waren vorübergehende Misserfolge der Kolonialtruppen Frankreichs in Indochina. Jetzt wurde in der Kolonialpolitik ein langsamerer Weg eingeschlagen und der Gedanke eines friedlichen Zusammenlebens zwischen Deutschland und Frankreich verschwand wieder etwas vom Horizont.

In den ersten Jahren traten die Folgen dieser Neuorientierung der französischen Aussenpolitik noch nicht in Erscheinung, sie konn-

---

(1) Friedjung, "Das Zeitalter des Imperialismus", 1. Bd. S. 41.

(2) " " a.a.O. S. 136.

ten sich nicht auswirken, da zu einem Bündnis gegen die Mittelmächte kein Partner zur Verfügung stand. England kam vorläufig wegen der Interessenkonflikte in Uebersee nicht in Frage und Russland war durch einen Rückversicherungsvertrag, den Bismarck 1887 abgeschlossen hatte, auf drei Jahre an Deutschland gebunden.

Am 20. März 1890 kam es wegen verschiedener persönlicher und sachlicher Differenzen zwischen Wilhelm II. und seinem Kanzler zur Entlassung des Letzteren und von diesem Zeitpunkt ab begann sich die Stellung Frankreichs in Europa und der Welt zu seinen Gunsten zu verschieben. Der Rückversicherungsvertrag mit Russland wurde von Deutschland nicht erneuert und dadurch stand jetzt einer grösseren Annäherung Russlands an Frankreich kein reales Hindernis mehr im Wege. Dem Zaren als absolutem Herrscher kostete es allerdings noch eine ziemliche Ueberwindung seine Vorurteile gegen die durch eine Revolution ans Ruder gelangte Regierung, gegen eine Republik, zu besiegen. Im August 1891 wurde ein Verteidigungsbündnis zwischen den beiden Staaten abgeschlossen und im Jahre 1892 eine Militärkonvention. Allerdings gelang es Frankreich für das erste noch nicht, Russland von seiner friedlichen Einstellung gegenüber den andern Grossmächten, besonders Deutschland abzubringen und sowohl Alexander III. wie auch sein im Jahre 1894 auf den Thron gekommener Nachfolger Nikolaus II. gaben unzweideutig zu verstehen, dass sie sich dem Pariser Kabinett zuliebe nicht in Konflikte mit Deutschland betreffs Elsass-Lothringen einlassen würden.

Überhaupt spielte das Bündnis mit Russland <sup>politisch vorerst</sup> ~~praktisch~~ eigentlich keine Rolle - auf dem französischen Geldmarkt spielte das russische Bündnis eine grosse Rolle, denn, da Russland ungeheure Anleihen aufnahm, hatten die französischen Kapitalisten einen günstigen Absatzmarkt gefunden - nur moralisch bedeutete es einen grossen Erfolg. Es war

damit Frankreich endlich gelungen, aus der jahrzehntelangen Isolierung herauszukommen. Endlich hatten sie dem mitteleuropäischen Block, der während der letzten Zeit die Geschicke zu bestimmen hatte, eine Gegenallianz gegenüberzustellen.

Indessen verschärfte sich der englisch-französische Gegensatz immer mehr. Seit Deutschland freiwillig bei der Erwerbung von Kolonialbesitz an die zweite Stelle gerückt war, trat jetzt nur noch Frankreich als gefährlicher Nebenbuhler Englands auf, denn die französische öffentliche Meinung war sich inzwischen darüber klar geworden, wie unklug es gewesen war, die weitschauende Kolonialpolitik Ferry's nicht verfolgt zu haben und die Regierung wurde jetzt vom Parlament tatkräftig unterstützt, alles Versäumte, soweit es möglich war, wieder einzuholen. Der Einfluss Clemenceaus und der Radikalen, die sich gegen Neuerwerbungen von Kolonien ausgesprochen hatten, trat gegenüber den offensichtlichen Erfolgen und Vorteilen, die sich für Frankreich daraus ergaben, stark zurück. Dadurch entstand sowohl in Afrika, wie auch im östlichen Asien und auf der Insel Madagaskar eine sich immer mehr zuspitzende englisch-französische Rivalität. "Ueberhaupt erhielt das letzte Jahrzehnt des 19. Jhdts. sein Gepräge durch die englisch-russische Rivalität in Asien, die englisch-französische in Afrika. Nur bei oberflächlicher Betrachtung erscheint der gleichzeitige deutsch-französische Gegensatz als Hauptfaktor." (1)

Die wütende Gegnerschaft Frankreichs und Englands führte, verbunden mit einem Ministerwechsel in Paris und Berlin, zu besseren

(1) Friedjung, a.a.O. S.189.

Fr. führt auch aus der Zeit bis <sup>zur</sup> endgültigen englisch-französi-  
schen Ausgleich eine umfangreiche französische politische und  
historische Literatur an, die z.T. in äusserst scharfer Form Stel-  
lung zu den kolonialen Streitigkeiten nimmt. Die Minister des  
Aeusseren: Freycinet "la question d'Egypte", Hanotaux, "Fachoda",  
Flourens, "la France conquise"; Kolonialminister André Lebou,  
"politique de la France en Afrique". Jean Darcy, "la conquete de  
l'Afrique", "France et Angleterre, 100 années de rivalité coloniale".

Beziehungen der beiden Grossmächte, obwohl Frankreich in seiner Stellung zur elsässisch-lothringischen Frage beharrte. An die Stelle von Léon Bourgeois trat Meline an die Spitze des französischen Kabinettes und mit ihm trat der Aussenminister Hanotaux sein Amt an, der es verstand, die französischen Nationalisten mit dem Hinweis auf die englische Feindschaft etwas zurückzudrängen und mit Deutschland ein besseres Verhältnis anzubahnen.

Eine scharfe Wendung der französischen Politik trat dann mit dem Jahre 1898 ein. Die radikalen Parteien waren von Jahr zu Jahr stärker geworden und im Jahre 1898 gelang es ihnen endlich ein Ministerium nach ihrer Wahl durchzusetzen. Das Ministerium Meline wurde ein Opfer des Dreyfusskandals, da es vor einem Bruch mit dem Generalstab und der kirchlichen Partei zurückschreckte, und musste dem ganz radikalen Ministerium Brisson und dem Aussenminister Delcassé Platz machen. Dieser letztere war von Anfang an ein erbitterter Gegner des deutschen Reiches und ertrug lieber von England die bittere Demütigung von Fachoda, als dass er zu Deutschland in ein näheres Verhältnis getreten wäre. (Man denke an die deutsche Denkschrift vom Sommer 1898, in der Frankreich eine Intervention angeboten wurde und die Delcassé der französischen Kammer überhaupt nicht zeigte.)

Der Burenkrieg bot noch einmal die Gelegenheit für Frankreich und Russland mit Deutschland gemeinsame Sache gegen England zu machen, aber Deutschland wollte es sich nicht endgültig mit Grossbritannien verderben, ohne dafür Sicherheiten von seinen beiden Nachbarn zu erhalten. (1) Es verlangte die Garantie des deutschen Territoriums und

---

(1) Siehe Friedjung, "Das Zeitalter des Imperialismus" II. Bd.

auf diesen offiziellen und endgültigen Verzicht auf Elsass-Lothringen konnte und wollte das französische Kabinett niemals eingehen. So zer-  
 schlugen sich die Verhandlungen schon am ersten Punkt, hatten aber  
 den einen Zweck erreicht, England aufmerksam zu machen, ~~das~~ Von die-  
 sem Zeitpunkt ab <sup>hielt es</sup> seine "splendide isolation" nicht mehr für so wün-  
 schenswert ~~hielt~~, nachdem es der Gefahr eines festländischen Bündnis-  
 ses gerade so knapp entronnen war und die blutige und grausame Unter-  
 drückung des Burenaufstandes seinem Ansehen bei allen Grossmächten  
 sehr geschadet hatte.

Eduard VII. unternahm es, die heikle Mission einer Annäherung  
 an Frankreich selbst durchzuführen. Im Juli 1903 begannen dann die  
 förmlichen Unterhandlungen, die aber noch nicht so rasch zu einem Ab-  
 schluss geführt hätten, wenn nicht ein weltpolitisches Ereignis die  
 Franzosen zu einem rascheren Verhandlungstempo gezwungen hätte. Im  
 Februar 1904 brach der russisch-japanische Krieg aus, der zum Schrecken  
 der Franzosen mit der gänzlichen Niederlage der Russen endigte. Jetzt  
 fühlten sie selbst die Notwendigkeit ausser diesem, anscheinend so  
 schwachen Bundesgenossen, noch eine kräftige Stütze in Europa zu haben.

Mit dem am 8. April 1904 <sup>mit England</sup> geschlossenen Ausgleich begann für  
 Frankreich ein völlig neuer Abschnitt; mit diesem Vertrag warf Frank-  
 reich die letzten Spuren der Geringschätzung als nur zweitrangige  
 Grossmacht ab, unter der es seit drei Jahrzehnten gelitten hatte. Von  
 jetzt an stand es Seite an Seite mit allen europäischen Mächten ausser  
 den Mittelmächten, alle alten Gegensätze waren begraben, ein grosses  
 Kolonialreich erworben und alle Tatkraft des Volkes jetzt frei ge-  
 worden um sich die zwei nie verschmerzten, nie vergessenen Gebiete  
 Elsass und Lothringen zurückzuholen. Das war auf friedlichem Wege  
 nicht möglich, und so trieb die ganze Entwicklung von 1904 an natur-

notwendig auf einen Krieg mit Deutschland zu und kein Jahr verging mehr ohne gefährliche und kritische Situationen mit sich zu bringen. Man denke nur an die Marokkokrise von 1911, die Frankreich in eine derartige Erbitterung gegen Deutschland stürzte, dass eine kriegerische Auseinandersetzung fast unvermeidlich schien.

Als der Vater des mächtigen Dreiverbandes Russland-Frankreich-England wird meistens Édouard VII. angesehen und auch mit Recht, nur darf man die französischen Politiker, die ihn dabei sehr kräftig unterstützten, nicht vergessen. Friedjung hebt besonders die Tätigkeit der beiden Brüder Jules und Paul Cambon und Camille Barrère hervor. Paul Cambon als Botschafter in London griff in den Gang der Ereignisse am tatkräftigsten ein. Er hatte grossen Einfluss auf den französisch-englischen Ausgleich, und ruhte nicht, bis er auch Russland, den unversöhnlichsten Feind Englands, an diese Macht soweit angenähert hatte, dass eine tragfähige Grundlage für ein Bündnis gegeben war.

Ueber den Charakter des Dreiverbandes sagt Friedjung (1) abschliessend Folgendes: "So kam das umfassendste Bündnissystem zustande, das je die Geschicke der Menschheit bestimmte. Das von Bismarck geschaffene Netz von Verträgen überspann bloss das europäische Festland, während der Dreiverband die ganze östliche Halbkugel dazu Australien und Kanada in sich schloss. Sowohl das mitteleuropäische, wie das russisch-französische Bündnis hatten bloss dem Zweck der Verteidigung gedient, beide waren auch nur aus europäischen und nicht aus weltpolitischen Gesichtspunkten geschlossen worden. Die Allianz Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn behielt diesen Sinn auch bei, während das Abkommen zwischen Russland und Frankreich durch den Bei-

---

(1) Friedjung, a.a.O. II. Bd. S.160.

tritt Englands seinen Charakter von Grund aus änderte. Seitdem stand Mitteleuropa unter unerträglichem Druck."

Im Jahre 1912 wurde die Militärkonvention zwischen den beiden Westmächten vom Jahr 1906 durch das äusserst wichtige Marineabkommen ergänzt. Diese militärischen Bündnisse fanden dann ihre rechtliche Festlegung in einem politischen Bündnis, das im November 1912 abgeschlossen wurde.

Als im Jahre 1913 Poincaré Ministerpräsident wurde, hofften alle französischen Nationalisten, dass jetzt endlich die Konsequenzen aus der erfolgreichen Einkreisung Deutschlands gezogen würden und die verlorenen Provinzen wieder zum Mutterlande zurückkämen.

Die zunehmenden Verwicklungen am Balkan beschleunigten den Ablauf der Ereignisse und die Ermordung des Thronfolgerpaares bildete nur den äusseren Anlass zum Weltkrieg, der alle in den letzten Jahrzehnten angesammelten Konflikte entscheiden sollte.

-----

Nachdem die französische Aussenpolitik in den letzten 60 Jahren vor dem Ausbruch des Weltkrieges verfolgt worden ist, ist es nicht schwer, die Beweggründe für ihre intensive Beschäftigung mit den <sup>österr.</sup> ~~Balkan~~ Fragen zu erklären.

Von dem Augenblick an, in dem sich das Schicksal Deutschlands, des Erbfeindes der französischen Nation mit dem der Donaumonarchie verknüpft hatte, trug <sup>jene</sup> ~~sie~~ ein lebenswichtiges Interesse daran, alle Bundesgenossen ihres gefährlichen Gegners in einem Zustand der Schwäche und aussenpolitischen Inaktivität zu halten, oder bei einem nach aussen hin noch mächtig erscheinenden Staat die innenpolitischen und

innerstaatlichen Verhältnisse nach Möglichkeit in Unruhe und Verwirrung zu stürzen und auf diese Weise alle staatserhaltenden und aktiven Elemente für aussenpolitisches Eingreifen zu paralysieren.

In Oesterreich-Ungarn fanden die Franzosen für diese Absichten ein durch die mannigfaltige Volkszusammensetzung des Reiches naturgemäss weites Betätigungsfeld. Konnten sie doch hier an schon vorhandene, zentrifugale Strömungen der verschiedenen Nationalitäten anknüpfen. Sie sprachen von der Erlösung der durch die pangermanistische Zentralisierung in ihrem Volkstum bedrohten und unterdrückten Slawen, weckten dadurch <sup>auch</sup> in weiten nicht chauvinistischen Kreisen des französischen Volkes die Erinnerung an die alten Ideen und stellten sie gegen die Monarchie feindlich ein.

Der erste Beweggrund war, wie schon erwähnt, also das Bündnisverhältnis, in dem die beiden Mittelmächte zueinander standen, vom Jahre 1891 kam noch ein gewichtiger, zweiter Grund dazu : das russisch-französische Bündnis.

Jetzt wurden die russischen panslawistischen Interessen auch zu Angelegenheiten der französischen Nation und nicht nur die Interessen am Balkan, sondern auch darüber hinausgehend alle Absichten, die Russland in den slawischen Teilen Oesterreichs und Ungarns verfolgte. Und in Frankreich erschienen von den Jahren nach dem Berliner Kongress angefangen bis zum Ende des Weltkrieges Aufsätze und Broschüren, die grösstenteils in ganz einseitiger Haltung zu den schweren Problemen eines Nationalitätenstaates Stellung nahmen und in denen dem Volke gepredigt wurde, dass der Kampf gegen den Pangermanismus im Osten zur Befreiung der unterdrückten Völker ebenso wichtig und für die Nation bedeutungsvoll sei, wieder um die Zurückgewinnung Elsass-Lothringens und ~~der~~ Rheingrenze.

Denen gegenüber standen aber wieder auch eine Reihe anderer, die die Erhaltung Oesterreichs für eine europäische Notwendigkeit erklärten, Wege zu einer Lösung der verwickelten Verhältnisse suchten und dies alles in der Hoffnung, ein Oesterreich, das nicht mehr unter deutscher Führung stünde, vom Bündnis mit Deutschland abziehen zu können und vielleicht gar für das eigene Lager zu gewinnen.

Dass nur höchst materielle und politische Gründe die meisten französischen Publizisten und Politiker zu diesem Eintreten für das Slawentum bestimmten und alle Vorwände vom Prinzip der Freiheit der Nation nur unecht und erheuchelt waren, geht schlagend daraus hervor, dass eine gleiche und viel härtere Unterdrückung von nationalen Minderheiten im absolutistischen Zarenreich und England von ihnen gar nicht beachtet oder sogar wohlwollend mitangesehen wurde; so sprach ein französischer Politiker den Wunsch aus, das verbündete Russland möge bald ein national geeinter Staat sein. Und niemand regte sich darüber auf, dass er damit den vielen nichtrussischen Völkern im Reiche den nationalen Todesstoss versetzte.

Ebenso stand man dem verzweifelten Widerstand der Iren gegen die englische Herrschaft und ihren Kämpfen um die Freiheit in Frankreich teilnahmslos gegenüber und betrachtete sie seit dem Zusammenschluss mit England ebenso als Rebellen, wie es die Engländer selbst taten.

Ueberhaupt darf man Gefühlen im Leben der Völker keine entscheidende Rolle zubilligen. Sympathien und Antipathien können wohl die Ereignisse beeinflussen, aber doch nie in dem Masse, wie wirtschaftliche und politische Vor- und Nachteile. Das beste Beispiel dafür ist die Wandlung, die man in der allgemeinen Ansicht über England beobach-

ten konnte. England stand um 1900 noch dem Abscheu und der Verachtung der ganzen übrigen Welt gegenüber wegen seines unmenschlichen Verhaltens gegen die Buren. Besonders in Frankreich war die allgemeine Empörung gross.

Von dem Augenblick an aber, in dem Frankreich die grossen Vorteile einsehen lernte, die es aus einer Verbindung mit England ziehen könnte, hatte die öffentliche Meinung alle moralische Entrüstung vergessen.

Aus den dargelegten Erwägungen heraus muss man der französischen Literatur, die sich mit den Problemen der Donaumonarchie befasst, ganz besonders kritisch begegnen und sie Punkt für Punkt mit den historischen Darstellungen von Oesterreichern vergleichen und überprüfen.

-----

## III. T e i l :

+++++

## Die französische Auffassung.

Trotz vieler allgemeiner Linien, die der Betrachtungsweise der französischen Autoren gemeinsam sind und ihre Stellungnahme zu den Problemen der Monarchie bestimmten, kann man doch eine gewisse Einteilung in Gruppen vornehmen, die sich Einem meistens schon beim Lesen der Einleitungen ihrer verschiedenen Werke aufdrängt.

Da sind an erster Stelle die Wissenschaftler zu nennen (Eisenmann, Denis, Auerbach), die nach eingehendem Quellenstudium sich bemühen, die Leser durch erwiesene Tatsachen und Berichte für ihre Schlussfolgerungen und Ansichten zu gewinnen.

An zweiter Stelle stehen die halbwissenschaftlichen Schriftsteller, die durch Quellenbenützung, aber nur der einseitigsten Art, sich einen Anstrich von Wissenschaftlichkeit geben möchten, aber doch die Tatsachen ganz unobjektiv darstellen und ziemlich klar zu verstehen geben, dass sie Tendenzgeschichte schreiben und politische Absichten damit erreichen möchten. Zu dieser Gruppe sind Louis Leger mit seinen beiden Werken "Le monde slave", "L'histoire de l'Autriche-Hongrie" und Preux, zu zählen.

Zwischen der zweiten und der dritten, der letzten Gruppe, ist eigentlich kein scharfer Trennungsstrich zu ziehen, sondern nur ein gradueller Unterschied zu machen. Die Vertreter der letzten Gruppe (Hennebert, Cheradame und Leger mit seinem Kriegswerk) schreiben ohne jede Quellenangabe und zu rein politischen Zwecken. Sie sind Agitatoren, die Frankreichs Interessen bedroht sehen und auf ihre

Weise dazu mithelfen möchten, drohende Gefahren aufzuzeigen und Mittel zu ihrer Abwehr zu propagieren.

Man hätte statt dieser Einteilung auch eine andere, nach den Erscheinungsjahren Geordnete treffen können, aber ich glaube, dass das Typische der französischen Anschauungen hierbei besser zum Ausdruck kommt und klarer zu übersehen ist.

Wenn man die französischen Autoren nach den Erscheinungsjahren ihrer Werke gegliedert hätte, wäre es auch unumgänglich notwendig gewesen, einen grösseren Kreis zum Studium heranzuziehen. Dass das nicht möglich war, liegt leider in den österreichischen Bibliotheksverhältnissen begründet (1). Aber auch trotz der notwendigerweise beschränkten Auswahl aus der reichen Literatur geben die Werke der besprochenen Autoren doch wohl ein ziemlich anschauliches Bild der Typen der französischen Betrachtungsweise wieder.

Den ersten Platz in der gesamten französischen Literatur, die sich mit den Problemen im Donaureich beschäftigt, nimmt unstreitig das Werk von Louis Eisenmann: Le compromis austro-hongrois de 1867. Etude sur le dualisme, Paris 1904, ein. Man muss dieser Arbeit nicht

---

(1) Eine Reise nach Frankreich, die gleich nach der Uebernahme der Arbeit angetreten wurde, brachte leider keinen vollen Erfolg, da ich mich noch nicht lange genug mit dem Thema beschäftigt hatte, um eine richtige Beurteilung der französisch. Werke durchführen zu können. Von einem zweiten Aufenthalt in Frankreich an einem späteren geeigneten Zeitpunkt musste aus verschiedenen Gründen abgesehen werden. Am Schluss der Arbeit liegt aber ein, wie ich glaube, fast vollständiges Verzeichnis der franz. Literatur über Oestr.-Ungarn bei, das ich z.T. aus den Katalogen französ. Bibliotheken u. z. andern Teil aus den Literaturverzeichnissen der benützten Werke zusammengestellt haben.

nur vom streng wissenschaftlichen Standpunkt aus höchste Anerkennung zollen, (Eisenmann hat alle nur irgendwie in das Gebiet einschlägigen Quellen von deutscher, slawischer und magyarischer Seite benützt) sondern vielleicht noch mehr sein Einfühlungsvermögen in die so komplizierten Verhältnisse, seinen scharfen Blick und seine Voraussicht bewundern.

In der Einleitung sagt er, dass er "sans préjugé et sans passion" die Wahrheit gesucht hat, und fährt dann fort, dass die Monarchie geographisch eine Einheit bilde und dem Streben aller kleineren Völker nach Erweiterung ihres Machtbereiches Genüge leiste, sonst hätte sie sich nicht solange halten können. Nach einem historischen Rückblick kommt Eisenmann auf die Verhandlungen zwischen Ungarn und dem Kaiser, die den Ausgleich einleiteten, und auf das Septemberpatent zu sprechen. (1) Die Ansicht der deutschen Zentralisten, die das Patent rechtlich als Verfassungsbruch ansehen, weist er mit Recht zurück, denn das ihnen günstige Februarpatent vom Jahre 1861 war ja auch nur ein Oktroy gegenüber dem Oktoberdiplom. Dann wendet er sich gegen diejenigen, die in der Ausschaltung des Konstitutionalismus die Ursache für den schlechten Ausgleich mit Ungarn erblicken und stellt fest, dass dessen Schicksal ausschliesslich vom Ausgang des Konfliktes mit Preussen abhing.

Damit befindet sich Eisenmann im Irrtum, denn die verzehrende Ungeduld des Kaisers, der persönlich in die Besprechungen eingriff, trug wohl nicht zum geringsten Teil die Schuld, dass die einzelnen Punkte so schnell und widerstandslos erledigt wurden.

Vom rein real-politischen Standpunkt aus meint Eisenmann sehr

---

(1) Diese lange unbekannt gebliebenen, frühen Verhandlungen wurden durch Josef Redlich im I. Bd. seines Werkes: Die Reichs- und Staatsprobleme der Oestrr.-Ungar. Monarchie, S. 569, endgültig geklärt.

richtig, dass es ganz in der Hand Oesterreichs gelegen wäre, den Ausgang dieses Konfliktes günstig zu gestalten, indem man Italien durch freiwillige Rückgabe Venetiens ausgeschaltet hätte und <sup>so</sup> alle Kräfte gegen Preussen zur Verfügung gestanden wären. Aber mit der Rückgabe Venetiens hätte Oesterreich die Berechtigung der nationalen Einigung Italiens anerkannt und das wollte es wegen der Konsequenzen für den Kirchenstaat nicht. So gab es die grosse Chance auf.

S.425 " Elle (L'Autriche) préféra continuer à être le défenseur de "prinsipes" et y sacrifier ses intérêts. La politique autrichienne même dans une crise si grave, ne pouvait pas s'affranchir de ses illusions : la Monarchie restait le Don Quichotte de la légitimité".

Nach der Schlacht von Sadowa ändert sich das Verhältnis Ungarns zur Monarchie grundlegend. Ungarn vermittelt die Schlüsselstellung zum Osten, auf dem einzig noch nach dem Sturz in Deutschland und Italien die Hoffnung des Reiches auf Weltstellung und Weltpolitik beruht.

S.429 " La dynastie restait fidèle à elle-même, à sa politique constante, uniquement inspirée par des considérations dynastiques et extérieures. Elle demandait à la Hongrie de lui rendre désormais les services que lui avait rendus jusque-là ses pays occidentaux, et elle la traita en conséquence. Telle est l'idée politique lointaine du Compromis - et elle en a dirigé et inspiré tout le développement."

Bei Besprechung des Ausgleiches steht Eisermann ganz auf der Seite Cisleithaniens. Er macht den Tschechen Vorwürfe, dass sie keine Einsicht für die Lage gehabt hätten, denn wären sie mit den Deutschen zusammengegangen, hätten sie das Aergste abwenden und für sich selbst günstigere Bedingungen erlangen können. Mit dieser Ansicht widerspricht er allerdings seiner früher (1) aufgestellten Behauptung

---

(1) S.389.

tung, dass die Ausschaltung des Reichstages für den Abschluss des Ausgleiches ohne Bedeutung war und dass nur die Niederlage von Sadowa dafür verantwortlich zu machen sei.

Die Annahme Eisenmanns, dass Deutsche und Tschechen, wenn sie einig gewesen wären, auf den Abschluss des Ausgleiches bestimmenden Einfluss hätten nehmen können, ist nicht richtig. Denn die Vertreter Cisleithaniens erhielten die Zusicherung, dass vor dem Abschluss die einzelnen Bedingungen ihnen noch vorgelegt würden und sie wurden alle durch die plötzliche Krönung des Kaisers in Budapest und seinen Schwur auf die neue Verfassung überrumpelt; und von dem Augenblick an, wo die Einhaltung der neuen Verpflichtungen durch den Kaiser beschworen war, konnten sie nichts mehr dagegen unternehmen. Der grosse Fehler der Tschechen bestand nach Eisenmann darin, dass sie nach dem Ausgleich mit Ungarn ganz falsche Vorstellungen von der weiteren Politik der Regierung hegten und glaubten, der Herrscher werde sich jetzt ganz besonders auf die Slawen stützen, um ein Gegengewicht gegen die Anziehung, die Preussen auf die österr. Deutschen ausübte, zu haben. Dieser machte aber erst recht deutsche Politik um die Deutschen an sein Reich zu ketten. Ich glaube, dass Eisenmann den wichtigsten Grund für den deutschen Kurs übersieht, der darin lag, dass die Magyaren eine deutsch geleitete westliche Reichshälfte wollten.

Bei der für Oesterreich so ungünstigen Regelung der finanziellen Angelegenheiten schiebt Eisenmann die Hauptschuld mit Recht dem Minister Beust zu, der die Wichtigkeit dieser Fragen für die Zukunft vollständig verkannte. (1) Dass die Oesterreicher selbst mit der

---

(1) Siehe Friedjung, "Der Ausgleich" v. 1867, Pr. Jahrbücher, Bd. 169  
1917.

Quotenverteilung 70% zu 30% einverstanden waren, erklärt er sehr richtig aus ihrer Einstellung zur Monarchie, die ganz verschieden von der der Magyaren war. Die Magyaren dachten im Jahre 1867 wie in all den früheren Jahrhunderten nur an Ungarn und hatten immer und in jeder Angelegenheit nur das Interesse und die Machterweiterung ihres Landes im Auge. Die Oesterreicher dagegen, konnten sich von einer Art von Verantwortungsgefühl für das Gedeihen der ganzen Monarchie nicht frei machen und bewahrten immer noch eine sentimentale Anhänglichkeit an das alte Habsburgerreich; sie fassten den Begriff Vaterland in einem viel weiteren Sinn auf. (1)

Dann geht <sup>Wissmann</sup> auf die Konstitution von 1867 in Oesterreich ein und zeichnet ihre ~~aus~~ Auswirkungen und die durch den immer stärker ausbrechenden Nationalitätenhader so verwickelten Verhältnisse sehr klar und objektiv und in vielen Punkten in völliger Uebereinstimmung mit österreichischen Historikern. (2) Auch nach der Ansicht Eisen-

---

(1) S.483: "Les Hongrois n'avaient jamais songé qu'à la Hongrie; ils ne considéraient la Monarchie que du point de vu de la Hongrie; elle assurait, et elle seule pouvait assurer à la Hongrie le moyen de jouer un rôle dont la politique européenne, d'être un grand état; c'est pour celà qu'ils voulaient qu'elle vecût: mais les sacrifices qu'ils lui consentaient trouvaient le limite rigoureuse dans l'intérêt hongrois. En Autriche au contraire, - non pas seulement chez les Allemands, mais aussi chez les Slaves - il substistait comme une sorte d'attachement sentimentale à l'ancienne Monarchie. - - - Les Autrichiens, devenus par force des Cisleithans, restent par la puissance de la tradition historique, des Autrichiens de la Monarchie entière. Les Hongrois ne sont que des Hongrois."

(2) S.491, u. ff.

mann wäre im Entwurf von Kremsier die grosse Möglichkeit zu einer Versöhnung der widerstreitenden Interessen gegeben gewesen. Die folgenden immer wechselnden Regierungssysteme haben das öffentliche Leben vergiftet und eine Verständigung sehr erschwert.

Es berührt wohlthuend, dass Eisenmann so gerecht ist, den Forderungen der deutschen Liberalen nach Vorherrschaft der Deutschen und der deutschen Sprache nicht germanisierende Absichten unterzuschreiben, sondern ihre Sorge um das Staatswohl darin zu erkennen. Dann charakterisiert er die gänzlich verschiedene Auffassung der Deutschen und der Slawen in der Nationalitätenfrage. Die Deutschen würden den Begriff Staat dem der Nation voranstellen und erst, im Rahmen des Staates den Angehörigen einer Nation die Rechte einräumen, die mit seiner Organisation und seiner Aufgabe vereinbar wären. Die Slawen dagegen ständen auf einem vollständig anderen Standpunkt. Für sie wäre der Staat nur die äussere Form einer Nation, die als lebendiges Ganzes ihm erst Sinn und Inhalt gäbe. (1)

Dabei übersieht Eisenmann vollkommen die Rolle, die das "Böhmische Staatsrecht" seit jeher in der Argumentation der Tschechen spielte und die Politik der Polen, die sich in ihrem Kampf um Durchsetzung ihrer Forderungen hauptsächlich auf ihre alte Landesautonomie und ihre historische Vormachtstellung in Galizien stützten.

Wären diese beiden slawischen Völker wirklich so durchdrungen von dem Prinzip Mazzini's "Jeder Staat eine Nation, jede Nation ein Staat" gewesen, hätten sie wohl kaum auf Grund alter Rechte den Anspruch auf die Einverleibung und Unterdrückung nationsfremder Elemente in ihrem historischen Gebiet erheben können. Denn wenn z.B. die Tschechen ihre Forderungen durchgesetzt hätten und das histo-

---

(1) Eisenmann, S. 514.

rische Königreich Böhmen wiederhergestellt worden wäre, hätten die Deutschen in Böhmen mindestens das gleiche Schicksal zu erwarten gehabt, das die Tschechen in Cisleithanien traf. Im besten Fall hätte sich das Verhältnis umgekehrt, aber von einem Nationalstaat hätte nie die Rede sein können.

Ebenso bildete die wenigstens teilweise Verweigerung der polnischen Ansprüche den letzten Schutz der Ruthenen gegen völlige Entnationalisierung.

Die Hauptschuld an den ewigen Kämpfen zwischen den Nationen schreibt Eisenmann den unklaren und widerspruchsvollen Bestimmungen des Ges. Art. 19, der die Gleichberechtigung der Nationen ausspricht (1) zu, und setzt dann sehr richtig die Verhältnisse im österreichischen Parlament auseinander und die Ursachen für sein vollständiges Versagen gegenüber dem ungarischen Reichstag. (2)

Was nun die Lage in Ungarn betrifft, so erklärt Eisenmann gleich einleitend, dass er ~~keine~~<sup>wicht</sup> Partei nehmen wolle und könne, da er sich mit diesen Fragen viel zu wenig beschäftigt habe. Auf diesen Umstand ist es wohl zurückzuführen, dass er ohne ein Wort des Tadels oder der Missbilligung die ungarischen Wahlmethoden und die grausame Entnationalisierung der übrigen Völker durch die Magyaren beschreibt und auch über die Missachtung des kroatisch-magyarischen Ausgleiches vom Jahre 1868 durch die Magyaren nur sagt, dass in einigen Jahrzehnten die Geschichte entschieden haben werde, wer in diesem Streite Recht hätte, nämlich der Stärkere.

Von der unerbittlichen Magyarisierung sagt Eisenmann, dass sie wohl Erfolg haben werde und dass die Magyaren ja auch ein le-

---

(1) Ueber die Natur dieses Ges. Art. siehe S. 91.

(2) Siehe 1. Teil S. 32 u. ff.

benswichtiges Interesse daran trügen, das ganze Herrschaftsgebiet national zu vereinheitlichen, um selbst wenn sie einmal von Oesterreich getrennt sein würden, dem Balkan standhalten zu können.

Im Gegensatz zum magyarischen Standpunkt, den er sehr begreiflich findet, verurteilt er das Verhalten des Herrschers ihren Forderungen gegenüber unbedingt. Solchen Forderungen gegenüber, die die Reichseinheit auch nur irgendwie gefährden oder bedrohen (1), müsste der Kaiser ein ganz entschiedenes Nein entgegensetzen, andere weniger bedeutsame Zugeständnisse jedoch sofort bewilligen, sodass sie noch als Gnadenbeweise gewürdigt würden und ihm neue Anhänger sichern würden. Es ist erstaunlich, mit welchem scharfem Blick Eisenmann die grossen Gefahren dieser Politik schon damals erkannt hat. Abschliessend schreibt er darüber S. 589 " Les concessions dont elle aurait doublé le prix si elle les avait accordées spontanément, la cour les

---

(1) Um diese gefährliche Politik näher zu veranschaulichen, sei nur ein charakteristisches Beispiel dafür angeführt. Dem immer wiederholten Ansturm der Magyaren gegen die Einheit der Armee hatte der Kaiser im Herbst 1903 anlässlich der Manöver <sup>Galizien</sup> ~~in Galizien~~ den berühmten gewordenen Armeebefehl von Chlopky entgegengestellt, in dem er seinem festen und unabänderlichen Entschluss Ausdruck verlieh, die Einheit der Armee gegenüber allen Angriffen zu verteidigen und zu bewahren. "Gemeinsam und einheitlich, wie es ist, soll mein Heer bleiben, die starke Macht zur Verteidigung der Oestrr.-Ungar. Monarchie gegen jeden Feind." Infolge der Erregung, die dieser Armeebefehl in Ungarn auslöste, gewährte aber der Kaiser auf Antrag der Liberalen ungarischen Partei weitere Konzessionen zugunsten des magyarischen Charakters in den ungar. Regimentern.

fit arracher lambeau par lambeau. Elle résista avec obstination, pour capituler toujours au dernier moment. Il ne peut pas avoir <sup>politique</sup> plus désastreuse pour l'autorité de la Couronne et du gouvernement, plus propre à grandir les exigences de l'opposition."

Nach vollkommen sachlicher Behandlung der einzelnen Institutionen des Ausgleiches an Hand der Gesetzesabschnitte kommt Eisenmann zu folgendem Urteil, das in seiner Auffassung und Formulierung sehr an die betreffenden Stellen im Werk Karl Renners : Grundlagen und Entwicklungsziele der Oesterr.-Ung. Monarchie, erinnert, obwohl es unter den Quellen nicht angeführt ist. Er schreibt, dass der Ausgleich weder die Einheit der Monarchie, noch den Konstitutionalismus verbürge, sondern im Gegenteil schwere Gefahren für beides berge, denn er könne nur bestehen durch den Einklang zwischen dem Kaiser und Ungarn und der Kaiser müsste also notwendig in Cisleithanien absolut regieren. Und was die Einheit betreffe, so müssten alle Ausgleichsgesetze von ihr durchdrungen sein und die dualistischen, trennenden Bestimmungen der Idee der Gemeinsamkeit untergeordnet sein. (1)

---

(1) S. 618: "Le Compromis ne donne de garanties sérieuses et efficaces ni à l'unité de la monarchie, ni au constitutionalisme, car l'arrangement compliqué de 1867 n'aurait jamais pu fonctionner autrement que par l'accord du souverain, resté pratiquement absolu en Cisleithanie, et <sup>de</sup> la Hongrie, -- accord qui, dans les conditions données ou il se produit, ne peut qu'être en faveur de la Hongrie. Pour que le compromis pût garantir efficacement l'unité de la monarchie, il faudrait d'abord qu'il en admît l'existence. Il faudrait que l'idée de l'unité le dominât et inspirât logiquement toutes ses dispositions essentielles, et que l'idée de diversité, de dualisme, fût subordonnée à cette conception

Auch die Ideen Eisenmanns über die Delegationen, über die Wirkungskreise der Minister u.s.w. decken sich fast vollständig mit den Gedankengängen Renners in : "Nation und Staat".(1)

Aus der Entwicklung in den letzten Jahren vor Erscheinen seines Buches zieht Eisenmann Schlüsse für die Zukunft. Wenn das österreichische Parlament arbeitsunfähig bleibt wie seit dem Jahre 1899, wird in Zukunft Ungarn zusammen mit dem über Cisleithanien absolut herrschenden Kaiser die Monarchie regieren. S.639: "Ce serait une nouvelle forme de l'unité et du constitutionalisme, non pas celle que le compromis avait cherché à établir, mais celle, après tout, qui répondrait le mieux à la logique des conceptions dont il s'inspirait, à tout son esprit."

Obwohl in dem ganzen Werk von Eisenmann seine Sympathie mit der österreichischen Reichshälfte durchklingt, fällt er doch über ihr Verhalten im entscheidenden Jahr 1867 ein vernichtendes Urteil.<sup>2)</sup> Der Ausgleich sei das Ergebnis eines politischen langen Kampfes, in dem die Ungarn nicht gerechterweise, aber ganz naturnotwendig siegen

---

maîtresse. Or, c'est le contraire, qui est la réalité."

(1) Siehe I. Teil S.22 u. ff.

(2) S.652 : "Le Compromis en-réglait le résultat d'une lutte politique: s'il avait plu aux Autrichiens de se battre entre eux, de diviser et d'annihiler leurs forces, pendant que la cour faisait la paix avec la Hongrie sur leurs dos, à leurs frais, n'était-il pas, non pas juste sans doute, mais naturel qu'ils subissent les conséquences de leurs fautes ? ----L'aveuglement des Autrichiens, Allemands et Slaves, rejeta la dynastie du seul côté où se trouvait une vraie force politique, du côté de la Hongrie : c'est par leur concours que la Hongrie put

mussten, da die Oesterreicher in dieser entscheidenden Stunde sich untereinander befehdet und so ihre Position geschwächt hätten, anstatt vereint den Gefahren, die von ungarischer Seite der Monarchie drohten, entgegentreten. Zu dieser Auffassung Eisenmanns ist nur wieder zu bemerken, dass er die Möglichkeit einer Einflussnahme der österreichischen Vertreter überschätzt und nicht berücksichtigt, dass sie vom Kaiser vor ein fait accompli gestellt wurden.

Ueberhaupt, sagt Eisenmann, darf man den Ausgleich nicht vom Standpunkt der Monarchie oder Cisleithaniens beurteilen, sondern nur vom Standpunkt der Magyaren aus, nach deren Willen er geformt wurde. Denn er begrenzt nicht streng die Rechte Ungarns, er sichert ihnen nur ein Minimum und es liegt ganz bei ihrer Energie und Kraft, ihre Einflussphäre weiter auszudehnen. S. 657 : "Si le Compromis n'a réussi à donner à la Cisleithanie une vie constitutionnelle normale, ni à la monarchie la stabilité et la sécurité du lendemain, on ne peut cependant point prétendre qu'il ait échoué, puisqu'il a rempli--- encore que peut-être sous des formes autres que celles qu'ils avaient conçues----- la seule fin qu'ils lui eussent vraiment assignée, puisqu'il a fondé dans la monarchie la suprématie de la Hongrie." Dazu kann man nur sagen, dass eine solche Auffassung wohl für den ungarischen Verhandlungspartner, den Grafen Andrassy gilt, aber für den Kaiser trifft sie jedenfalls nicht zu. <sup>Er</sup> ~~Der~~ ahnte diese Entwicklung damals noch nicht voraus.

In den Schlussworten setzt Eisenmann den Zweck auseinander, <sup>en</sup> er mit seiner Arbeit verfolgt : er will den Irrtum derjenigen, die in der Monarchie nur das künstliche Produkt dynastischer Machtgelüste vaincre, et sceller l'entente avec la dynastie, qui achève de donner au compromis son plein sens."

sehen wollen und ihren baldigen Untergang voraussagen, aufklären und beseitigen. Den ganz falsch orientierten Vertretern dieser öffentlichen Meinung, die besonders in Frankreich sehr stark verbreitet ist, will er entgegentreten und die Haltlosigkeit der Befürchtungen für den Weiterbestand des Donaureiches auseinandersetzen. Nach Ansicht der meisten französischen Beobachter bedrängen 3 Gefahren Oesterreich mit dem Zerfall : die Lostrennungsbestrebungen Ungarns, der Panslawismus und der Pangermanismus.

Dem gegenüber stellt Eisenmann folgende Erwägungen : Ungarn wolle sich sicher nicht ernstlich von Oesterreich trennen, weil es zu viele Vorteile aus dem Zusammenschluss ziehe und es auch nach der Pragmatischen Sanktion eine völlige Trennung gar nicht durchführen könne, solange die Monarchie noch einen Schatten von Ansehen besäße. Der Panslawismus wäre für Oesterreich nur in seiner politischen Form gefährlich, aber die österreichischen Tschechen wollten von einer Einverleibung in Russland nichts wissen, sondern vor allem Tschechen sein. Sie würden mit Petersburg kokettieren mehr um die österreichische Regierung zu warnen und ihr Zugeständnisse abzupressen, als aus dem Glauben, dass die russische Sympathie ihnen reelle, politische Vorteile bringen würde. Und ganz ähnlich stünde es um den Pangermanismus.

Nach Ansicht Eisenmanns wird das Problem Oesterreich noch lange weiterbestehen, weil an einen Zerfall gar nicht zu denken ist. Für eine Neuordnung Voraussagen zu machen, erscheint ihm dagegen fast unmöglich, da Oesterreich das Land der Unwahrscheinlichkeiten ist. Immerhin meint er sagen zu können, dass in weiterer Verfolgung der Orientpolitik noch der Trialismus (Südslawenstaat) zustandekommen könnte. Daraus entstünde dann auch eine föderative Neuordnung der

Innenpolitik. Aber die Schwierigkeit des österreichisch-ungarischen Problems erkennt er sehr richtig darin, die Ansprüche der historischen Länder mit den nationalen Rechten der geschichtslosen Völker zu vereinigen. Weiters meint er, dass in dem Entwurf von Krenzier auch jetzt vielleicht noch die Zukunft der Monarchie liege, wenn kein gewaltsamer Umsturz in Europa komme. Die Monarchie würde sich dann nach Schweizer Muster organisieren. S. 680: "Peut-être ce régime n'a-t-il aucune chance de pouvoir jamais être appliqué. Ce serait dommage pour la monarchie et pour l'Europe".

Man kann nur bedauern, dass die wirklich tiefgründige und objektive Arbeit Eisemanns, die sich von politischer Voreingenommenheit und Leidenschaft unbedingt fernhält, die öffentliche Meinung in Frankreich nicht so geändert und beeinflusst hat, wie er es selbst wünschte und auch für die massgebenden Stellen in Oesterreich wäre ein Studium seiner Gedankengänge nur von Nutzen gewesen.

Ein Jahr vor dem "Compromis austro-hongrois" von Eisenmann gab Ernest Denis sein grosses Werk über Böhmen in Paris heraus :  
 " La Bohême depuis la Montagne blanche " Paris 1903. Die beiden Verfasser gehen von ganz verschiedenen Gesichtspunkten aus; während Eisenmann sich eine streng objektive, wissenschaftliche Arbeit zum Ziel setzt, will Denis, auch auf Grund zahlreicher Quellenstudien, eine Verherrlichung des tschechischen Volkes schreiben und widmet die beiden dicken Bände, deren erster sich "le triomphe de l'église, le centralisme" betitelt, während der zweite "La renaissance tchèque, vers le fédéralisme" heisst, dem tschechischen Abgeordneten Pinkas, seinem Freunde. Er will damit nicht nur ihn, sondern alle tschechi-

schen Patrioten ehren und hofft mit diesem Werk, das die ganze Geschichte Böhmens behandelt, Interesse für den Freiheitskampf dieses Volkes zu wecken und Nachahmer zu finden.. Er lehnt die Objektivität, die die meisten Historiker als Hauptprinzip anerkennen, für sich bewusst ab und sagt darüber S.2 : "Entre les Bourreaux et les martyrs, entre les tyrans et les victimes, il ne m'est pas possible de rester neutre; je hais l'oppression sous toutes ses formes, je crois au triomphe de la justice, et c'est pour cela que la cause de la Bohême m'est chère. Si elle succombait, ce qui me paraît impossible, la part d'iniquité, déjà si grande dans le monde, serait accrue. Je n'ai dissimulé aucune des erreurs des patriotes tchèques; je crois malgré tout qu'ils ont écrit une des plus belles pages de l'histoire de l'humanité. Quand le jour sera venu où les nations, désabusées des rêves d'une fausse gloire, comprendront que l'intérêt commun exige le respect de toutes les libertés, quand les consciences éclairées auront brisé les autels des faux Dieux, on placera au premier rang des évocateurs du monde nouveau les Dobrovsky, les Havlíček et les Palacky. ----- Pour moi j'ai la conviction qu'en répandant leurs noms et leurs doctrines, j'aurai contribué à élever les âmes de tout ceux qui me liront et à les affranchir des préjugés de haine et d'orgueil."

Der erste Band seines Werkes behandelt die Geschichte Böhmens von der Schlacht am weissen Berge bis zum Tode Leopold II. Wie es in der Einleitung schon deutlich genug zum Ausdruck kommt, behandelt Denis diesen ganzen Zeitabschnitt nur vom Standpunkt der Tschechen aus und betet ihre Schlagworte von germanisierender Zentralisation, Entnationalisierung durch die Habsburger u.s.w. getreulich nach.

Aber entgegen dieser offiziellen und für Frankreich beispiel-

gebenden Einstellung zu den Problemen entschlüpfen ihm, ungewollt augenscheinlich, von Zeit zu Zeit ganz bedeutende Zugeständnisse an den tatsächlichen Sachverhalt, in denen er alle prinzipiellen Äusserungen über Martyrer und Henker, Unterdrückte und Bedrucker selbst schlagend wiederlegt.

Einige dieser charakteristischen Stellen seien angeführt. Vor allem ist vorher noch zu bemerken, dass er im 1. Kapitel "La persécution" betitelt, wohl den starken ständischen und religiösen Widerstand, der sich einerseits gegen die einheitliche Verwaltung, und andererseits gegen die katholische Gegenbewegung richtet, richtig hervorhebt, aber ihn in gänzlich unhistorischer Weise zu einem nationalen stempelt; davon kann aber in der damaligen Zeit noch gar nicht die Rede sein. Er stellt es merkwürdigerweise später auch selbst fest, wenn er über die Politik der Habsburger im 17. Jahrhdt. schreibt S. 117: "Non pas qu'il faille accuser les Habsbourgs de fanatisme pangermaniste, comme en général les haines de race sont à cette époque assez atténuées; ils jugeaient simplement plus commode et plus convenable que leur propre langue fût celle de leurs sujets."

Diesem absolut richtigen Standpunkt widerspricht er allerdings schon wieder auf der folgenden Seite, wo er nicht im Einklang mit den Tatsachen Folgendes feststellt: "Les Allemands ne se contentèrent pas longtemps de l'égalité --- et l'allemand devint bientôt la seule langue administrative." Im Anschluss daran aber fällt er wieder über die Regierung Ferdinands II. ein abschliessendes Urteil, das dem wenige Zeilen höher geäusserten entgegensteht. S. 118: "On a résumé l'oeuvre de Ferdinand en disant, qu'il avait fait d'un pays utraquiste un pays catholique, d'un royaume constitutionnel une monarchie absolue, d'un état indépendant une province de

l'empire autrichien, d'une région slave une région bilingue en droit et allemande en fait. C'est de beaucoup dépasser la mesure mais il est vrai, qu'il avait eu le désir de ces changements.-----"

Nach Schilderung des Niederganges Böhmens durch den 30jährigen Krieg sagt Denis, dass die Habsburger dem tschechischen Volke die so notwendige Erholungspause gewährten, indem sie es vor jedem germanischen Einfall bewahrten und das in einem sehr entscheidenden Zeitpunkt, denn die Tschechen wären damals jedem moralischen Einfluss von deutscher Seite ausgeliefert gewesen und ihm unterlegen, da damals ihr National- und Selbstständigkeitsbewusstsein an seinem tiefsten Punkt angelangt war.

Wären die Habsburger die Vorkämpfer des Deutschtums und die Unterdrücker aller ihrer anderen Völker gewesen, wie Denis es sonst behauptet, hätten sie sich doch diese glänzende Gelegenheit das Tschechentum vollständig niederzuwerfen, nicht entgehen lassen; aber (1) so gibt Denis selbst zu, dass sie es vor fremden Einflüssen schützten.

---

(1) S.180: " Les Habsbourgs, pendant les années nécessaires, pour que le peuple retrouvât la joie et la force de vivre, lui rendirent le service de le mettre à l'abri de l'invasion germanique--- L'Autriche, qui n'a pas pu soumettre l'Allemagne, s'organise en dehors d'elle et dans une certaine mesure, contre elle; ses souverains se défient des influences étrangères et, à un moment où les Tchèques, pendant l'éclipse des sentiments nationaux, subiraient aisément la domination morale de leur voisine, ils les protègent contre leurs entraînements."

Im Kapitel : "Etat politique et sociale sous Léopold I."

fällt Denis im Widerspruch zu seinen sonstigen Ansichten das sehr richtige Urteil S.285: "On ne saurait parler ainsi de ~~centralisation~~ et d'absolutisme avant le milieu du XVIII<sup>e</sup> siècle que par abus de langage." Und weiter S.286 : "S'ils favorisèrent l'élément germanique, dont le développement était lié avec celui-même des administrations centrales, ils n'y apportèrent aucune passion et presque aucun calcul----"

Wieder im Gegensatz dazu aber schiebt er im Abschnitt über die böhmischen Städte den Massnahmen der Regierung nationale Motive unter. In der 2.Hälfte des 17.Jhdts. nämlich ging der Einfluss der böhmischen Städte, die durch den 30jährigen Krieg zahlenmässig und wirtschaftlich schwer geschädigt waren, stark zurück. Sie verloren fast alle Rechte in den Landtagen und es bereitete sich eine vollständige politische Entmündigung des Bürgertums vor. Gegen diese von nationalen Motiven vollständig unabhängige Entwicklung wendet sich Denis im Namen des tschechischen Volkes. Er übersieht dabei anscheinend, dass der Grossteil der Städte deutsch und nicht tschechisch war und unter diesem Verfall der städtischen Rechte also am meisten die ~~deutschen~~ Bürger zu leiden hatten.

Gegenüber sehr vielen tschechischen Historikern, die von einer bedeutenden Einwanderung der Deutschen in die vom 30jährigen Krieg entvölkerten Gebiete Böhmens sprechen und darin eine planmässige Zurückdrängung des tschechischen Elementes sehen wollen, stellt Denis mit Befriedigung fest (S.363 u.ff.), dass die Habsburger garnicht daran dachten, Kolonisten ins Land zu ziehen, sodass das Tschechentum eigentlich nicht an Boden verlor. Zum Beweis führt er folgende statistische Zahlen für das Verhältnis der Slawen zu den Deut-

schen an: Im Jahre 1650 64% zu 36%, im Jahre 1890 68% zu 32%. Allerdings gelten diese Zahlen nur für Mähren, aber in Böhmen liegen die Dinge nur unwesentlich günstiger für die Deutschen.

Dann erwähnt Denis S. 365 auch das Sprachengesetz des böhmischen Landtages vom Jahre 1615, das die Kenntnis der tschechischen Sprache als Bedingung zur Erlangung der öffentlichen und politischen Rechte vorschrieb.

Und trotzdem ihm diese Tatsachen bekannt sind, - später erwähnt er noch, dass katholische Erbauungsbücher in tschechischer Sprache im Volk verbreitet wurden, - bringt er es fertig von einer gewaltsamen Germanisierung Böhmens zu sprechen.

Ueber Maria-Theresia und Josef II. schreibt er, dass man ihre Verdienste um das Tschechentum nicht verkennen darf. Sie haben eine neue Epoche eingeleitet und die Nation aus ihrer Lethargie und Passivität aufgerüttelt. Und es sei leicht möglich, dass ohne ihr Eingreifen der tiefe Schlaf, in dem das tschechische Nationalbewusstsein gefangen lag, zum Todesschlaf geworden wäre.(1)

Und über die Reformpolitik Maria-Theresias sagt er, dass sie sich jedes gewaltsamen Eingriffes enthielt und eigentlich nur die Veränderungen in der Verwaltung vornahm, die durch die historische

---

(1) S.495: " Il est injuste de ne pas tenir compte des services, que Marie-Thérèse et Joseph II ont rendus au peuple (tchèque); ils ont inauguré une ère nouvelle, commencé l'émancipation des serfs et tiré la nation de ce sommeil menaçant qui risquait de tourner en paralysie ----- Est-il sûr que sans eux l'invisible travail, qui dissolvait lentement la race n'eût pas continué dans le silence jusqu'au jour où toute réaction eût été impossible ? "

Entwicklung schon längst gegeben waren.(1)

Auch Josef II. spricht Denis ganz richtig jedes nationale Gefühl bei seiner Germanisierungspolitik ab und bemerkt, dass er in der Unterdrückung der verschiedenen Volkssprachen nur das Mittel sah, seine Ideen rascher zu verbreiten und die Staatsgewalt zu stärken.(2)

Den schärfsten Widerspruch aber gegen die in Frankreich von den Tschechen verbreitete Behauptung, dass ihr blühendes Volkstum gewaltsam entnationalisiert und unterdrückt wurde, liefert Denis im folgenden Satz S.598: "Ce que cette décadance du peuple tchèque avait de plus grave, c'est qu'elle n'était la suite d'aucun plan longuement médité, d'aucune pression étrangère. C'était comme une anémie progressive, une impuissance d'être, l'évanouissement d'un organisme usé. Peut-être eût-il suffi pour amener la catastrophe finale qu'aucune secousse ne réveillât le malade, ne l'avertit du danger qu'il courait, ou encore qu'une attraction puissante achevât de détourner le peuple des souvenirs ~~admis~~ à demi effacés et emportât dans un large courant d'aspirations ~~communes~~ les dissidences qui s'enfonçaient dans une vague pénombre."

---

(1) S.521: "Marie-Thérèse ne violentait pas l'opinion et elle s'était contentée en générale d'abolir des institutions qui ne répondaient plus à rien et d'enregistrer ~~les~~ des changements depuis longtemps indiqués par l'évolution historique."

(2) S.598: "Pas plus que chez Frédéric II, on ne trouverait chez lui ombre de chauvinisme allemand, et il était si complètement détaché des passions nationales, qu'il ne les soupçonnait pas chez les autres. Il ne vit dans la suppression des idiomes particuliers qu'un moyen de hâter la propagation des idées, qui lui étaient chères et de fortifier son autorité."

Im 2. Band ("La renaissance tchèque, vers le fédéralisme") sind die einleitenden Kapitel sehr interessant, in denen das Erwachen des tschechischen Nationalbewusstseins geschildert wird. Die geistigen Grundlagen, die das 17. und 18. Jhd. dafür liefern, werden sehr genau dargestellt und Denis kommt dabei zu ungefähr gleichen Ergebnissen wie österreichische Historiker. Er gliedert die tschechische Wiedergeburt in 3 Abschnitte : 1780-1815 dominieren die Rationalistischen, französischen Ideen; Dobrovsky und Jungmann, die literarischen und philosophischen Wegbereiter glauben fast noch, auf einem verlorenen Posten zu stehen. S. 52 : "Ils ont l'esprit très libre et très précis ----- ils demeurent étrangers à tout mysticisme, et, s'ils cherchent un réconfort dans la pensée de la grandeur moscovite, ils sont Tchèques plus que Slaves."

Unter dem Einfluss der Romantik, speziell Herders steht der 2. Abschnitt von 1815-1840. Kollar und Schafarijk begeistern sich, hegen die kühnsten Träume und bereiten literarisch den Panslawismus vor.

Denis verkennt nicht die Bedeutung, die auch Deutsche für die Ausbreitung und die Wiedererweckung der tschechischen Sprache damals hatten. So erwähnt er z.B. S. 121 die Begeisterung, die der junge Leopold v. Hasner der tschechischen Sprache und den Werken von Kollar entgegenbrachte und zitiert aus dessen Denkwürdigkeiten, dass die Wiener Regierung (Metternich) gewaltsam jedes deutsche Empfinden tötete und erstickte und dass nicht nur jede politische Betätigung, sondern auch jede wissenschaftliche schon als verdächtig galt.

Weiter betont er die Teilnahme und Förderung, die Kaspar Sternberg der Gründung des böhmischen Museums in Prag im Jahre 1821 ange-

deihen liess und hebt sein grosses Interesse für die tschechische Sprache und Literatur, für die er sogar das Interesse Goethes gewann, hervor. Wie sehr aber bei Sternberg nur ein wissenschaftliches Interesse dafür massgebend war, gibt Denis selbst zu, war dieser böhmische Aristokrat doch auch einer der hervorragendsten Gründer der deutschen Naturforscher-Kongresse.

Nach 1840 wird die bisher fast rein literarische Bewegung von Havlíček und Palacky auf politischen Boden gestellt und ein konkretes Programm entworfen. S.53 : "Après 1860 les Tchèques ont refait leur langue et rassemblé leur peuple: Il est désormais évident que la germanisation est impossible et les fougueux centralisateurs renoncent à l'espoir de supprimer les Slaves. Il ne s'agit plus de fonder la nationalité, mais d'en obtenir la reconnaissance officielle et de lui conquérir dans la monarchie la situation qui lui appartient."

Im Gegensatz zu der allgemeinen Tendenz seines Werkes, in dem Denis die Tschechen immer als Benachteiligte und Unterdrückte darstellt, anerkennt er S.420 die Zugeständnisse, die der Kaiser ihnen nach 1866 gewährte : " Du moment où il fut évident que le rôle de l'Autriche en Allemagne était terminé, les raisons capitales de favoriser la germanisation s'évanouirent et depuis lors les Slaves ont obtenu des satisfactions qui, pour être incomplètes, ne sont pas négligeables."

Dann macht Denis den Tschechen Vorwürfe wegen ihrer unklugen politischen Taktik im Jahre 1866/67, wegen der diplomatisch ungeschickten Pilgerfahrt ihrer Führer nach Moskau u.s.w. Alle Missbilligung richtet sich aber nur gegen Aeusserlichkeiten und gegen übereiltes Vorgehen in einzelnen Fällen, im Grunde steht Denis ganz auf ihrer Seite und sein Tadel klingt wie <sup>die</sup> liebevolle Ermahnung eines

besorgten Vaters, der für sein Kind nur und immer das Beste will und traurig ist, wenn es selbst seinen raschen Aufstieg verzögert.

In einem ganz andern Ton wendet er sich scharf gegen den Ausgleich, der die Slawen in beiden Reichshälften entrechte und unterdrücke; auch unter der so ungerecht verteilten finanziellen Belastung hätten die Tschechen, als das reichste <sup>Volk</sup> ~~Land~~ der westlichen Hälfte, am meisten zu leiden. Anschliessend daran stellt Denis die völlig unwahre Behauptung auf, das Ziel der deutschen Zentralisten sei nach dem Jahre 1867 nicht nur die völlige politische Unterdrückung der Slawen gewesen, sondern die völlige Aufsaugung der slawischen Völker. Es ist unverständlich, wieso Denis von einer grossen Partei annehmen konnte, dass sie sich ein so einleuchtend unmögliches Ziel gesetzt haben sollte. (S.506).

Weiters erzählt Denis voll Empörung eine ganze Reihe von Greuelgeschichten über die Unterdrückung der tschechischen Patrioten in den nächsten Jahren nach dem Ausgleich, aber ohne jede Quellenangabe, sodass eine Nachprüfung unmöglich ist. Es wird damit wohl so bestellt sein wie mit allen derartigen Erzählungen, die aus geringfügigen Vorkommnissen im täglichen Kleinkrieg zweier Völker geboren, masslos übertrieben und entstellt, sofort grosse Verbreitung erlangen und willig angehört und geglaubt werden. Denis wurde da eben nur von einer der beiden Parteien unterrichtet, was aber für einen Wissenschaftler bestimmt keine Entschuldigung bedeutet.

Denis betont, dass die Tschechen nach der Ministerkrise von 1870 in den gleichen Fehler zurückfallen, den sie schon 1866 begangen haben. Sie stellen zu hohe Forderungen und sehen im Sturz der deutsch-österreichischen Zentralisten schon ihren endgültigen Sieg.

Das ganze Volk wurde von einer Welle des überhitzten und unüberlegten Nationalismus emporgetragen und wiegte sich in falschen Hoffnungen. Warme Worte der Anerkennung und des Dankes findet er für das Verhalten der Tschechen gegenüber Frankreich nach seiner Niederlage gegen Preussen. S. 524 : " Ce fut un noble et haut spectacle que celui de ce petit peuple de quelques millions d'hommes qui exprimait hautement ses sympathies," pour cette illustre et noble nation de France qui a rendu de si précieux services au monde, si bien servi la cause de la civilisation et fait plus qu'aucune autre pour le progrès des idées d'humanité et de liberté." (18. Dezember 1870).

Von dem Vorschlag zur Reichsreform auf föderalistischer Grundlage, die eine Abordnung der Tschechen dem Kaiser 1871 unterbreitete, meinte Denis selbst, dass sie wohl prinzipiell mit ihren Ansprüchen im Recht waren, aber dass die praktische Durchführbarkeit wohl sehr zu bezweifeln wäre. Nach Besprechung der verschiedenen Ministerien bis zum Ministerium Tsaffe 1879 sagt er, dass in Oesterreich nur 2 Lösungen möglich seien: Entweder eine Zerstückelung des Reiches, die Cisleithanien an Deutschland ausliefere, oder eine gemässigte gerechte Politik, die die verschiedenen Völker friedlich um den Thron vereinigt. Die Tschechen begingen den schweren Fehler die Auflösung der liberalen deutschen Partei mit einem allgemeinen Niedergang der Deutschen zu verwechseln (1).

---

(1) S. 551-552 : " En réalité, en Autriche, il n'y a que deux solutions possibles, - ou bien une dislocation de l'Empire qui livre à l'Allemagne la Cisleithanie, seuf peut-être la Galicie, - ou bien une politique de modération et de loyauté qui groupe autour des

Denis tadelt ganz offen die Tschechen, die glaubten sich die Deutschen in ihrem Gebiet unterordnen zu können; dass hiesse nur die alten Fehler wiederholen. In der immer weiter steigenden Erbitterung der Völker gegen einander gibt Denis die Hauptschuld der Regierung und er übt scharfe Kritik am System des "Fortwurstelns", das von Taaffe geübt würde und versteht wenigstens einigermaßen die Unruhe und Empörung der Deutschen darüber.

Ein eigenes Kapitel widmet Denis den Sprachenverordnungen, die seit dem Bestand des Dualismus herausgekommen waren, und da ist eine kurze Darstellung der Verhältnisse seinen unrichtigen und verdrehten Angaben gegenüber notwendig.

Die Verfassung vom Jahre 1867 setzte die schon früher angebahnte Politik der Gleichberechtigung der landesüblichen Sprachen fort und verlieh diesem Prinzip im Art. 19 des Staats-Grundgesetzes gesetzlichen Ausdruck. Alle Staatsbürger sind danach gleichberechtigt und haben ein gleiches Recht auf Wahrung und Pflege ihrer Nationalität und Sprache. Dieses Gesetz erweiterte die Rechte des Staatsbürgers in Bezug auf den Gebrauch seiner Sprache, traf aber keine Bestimmung für die innere Amtssprache und den Verkehr der Behörden untereinander. Dazu hätte diesem Grundgesetz erst noch ein Ausführungsgesetz folgen müssen, darüber waren sich damals auch die Tschechen und Polen einig und sahen in ihm nichts anderes, als die

---

Habsbourgs les nationalités rivales, en les garantissant contre l'oppression étrangère .---- La débaudade des constitutionnels allemands supprimait pas naturellement les Allemands, et les Tchèques commirent une erreure grave en confondant la dérçoute d'un parti avec l'abdication d'une nationalité."

gesetzliche Festlegung der Freiheit der Muttersprache. Fischel sagt darüber S.LXIX (1) : "Die Ansicht, dass die Verfassung Oesterreichs in dem Art.19 des Staatsgrundgesetzes ~~den~~ nationalen Sprachen sämtlicher Volksstämme die gleiche Berechtigung eingeräumt hat, auf allen Zweigen des Staatslebens in autoritativer Eigenschaft der Staatssprachen zu konkurrieren, ist daher im höchsten Grade unhistorisch und unrichtig, da sie zur Annahme einer Vielheit von Staatssprachen führt, während selbst die Verfechter der fortgeschrittenen ~~Nationalen~~ Theorie eine Geltung der Landessprache über die Grenzen des Landes nicht behaupten."

Allerdings wurde aus politischen Gründen dieser Rechtszustand zum Teil tatsächlich abgeändert, z.B. in <sup>Galizien</sup> ~~Polen~~. Minister Taaffe hat durch die Verordnung vom Jahre 1880 für Böhmen und Mähren Bestimmungen erlassen, die dem Gesetz über die Gerichtssprache widersprechen, <sup>nach dem</sup> ~~den~~ ausser im tschechischen Sprachgebiet ~~selte~~ <sup>sollte</sup> überall die deutsche Gerichtssprache herrschen. Der Taaffe- Stremayr'sche Erlass regelte aber, von der Annahme ausgehend, dass die Tschechische Sprache in ganz Böhmen landesüblich sei, die Verhältnisse so, dass die dem Ministerium des Inneren und der Justiz unterstehenden Behörden gezwungen waren auch in geschlossenen deutschen Sprachgebieten auf Verlangen in tschechischer Sprache amtszuhandeln. In Widerspruch zum Gesetz, welches der deutschen Sprache im vollen Umfang den Charakter als allgemeine Geschäftssprache sichert, neben welcher im Verkehr mit den Parteien die, den letzteren geläufige Sprache Anwendung findet, führte die Sprachenverordnung Baden's im Jahre 1897 die Tschechische Amtssprache für ganz Böhmen ein.

Die Sprachenverordnung von Gautsch teilte Böhmen in 3 Sprach-

(1) Alfred Fischel : "Das österreichische Sprachenrecht," Brünn 1901.

zonen und schränkte die tschechische Amtssprache auf die tschechischen und gemischten Gebiete (hier neben der deutschen) ein.

Alle diese Erlässe zogen auch in rein deutschen Gebieten die doppelsprachige Amtsführung nach sich und bedeuteten deshalb für deutsche Beamte eine schwere Benachteiligung. Denn die Tschechen konnten sowieso Deutsch, während für die Deutschen die Erlernung des Tschechischen mit grossen Schwierigkeiten verbunden ist. Man sieht also wohl, dass die Klagen von Denis über Ungerechtigkeit gegenüber den Tschechen in der Sprachenfrage absolut unberechtigt und grundlos und nur aus seiner übertrieben einseitigen Stellungnahme zu erklären sind.

Denn er schreibt, dass die Tschechen mit dem Sprachengesetz von 1880 auch wieder nicht zufrieden sein konnten, da es nicht alle Bereiche des öffentlichen Lebens umfasste und das Deutsche offiziell als Staatssprache für den inneren Dienst festsetzte. S. 568: "Il y avait là une inégalité déplorable qu'il était impossible à une nation parvenue au degré de développement intellectuel des Tchèques d'accepter sans colère."

In einem längeren Abschnitt behandelt Denis mit sichtbarer Genugtuung die Fortschritte der Tschechen in den letzten 2 Jahrzehnten des 19. Jhdts., vom Bevölkerungszuwachs angefangen bis zu der literarischen und allgemein künstlerischen Produktion und bedauert, das Unverständnis der Deutschen dafür, die sich in einem unfruchtbaren Rassenstolz verzehren und die Tschechen von vorneherein für minderwertig halten.

Die Einteilung in nationale Kurien, mit der in Mähren begonnen wurde, hält Denis für einen vielversprechenden Anfang. S. 600: "L'idée même de la formation de groupes administratifs et judiciaires qui

ne comprendraient autant que possible que des habitants de même race, était facile à réaliser et excellente; elle a été reprise depuis par le parti réaliste et elle est acceptée en générale par l'opinion publique; elle est la première et indispensable condition d'une reconciliation sincère. ----- "

Der Hauptfehler, das sieht Denis sehr richtig, liegt in der Beibehaltung des Schmerlingschen Wahlsystems. S.616: "Le malheur de l'Autriche constitutionnelle a son origine dans le mensonge de la loi électorale de Schmerling, qui fausse et voile la réalité; dès qu'elle sera écartée, la nécessité du fédéralisme apparaîtra inéluctable."

Im Anschluss daran wendet er sich gegen die Auffassung vieler österreichischer Politiker, die aus der raschen Vermehrung der Tschechen schon auf ein Untergehen der deutschen Gebiete schliessen und die Slawisierung Oesterreichs als düstere Zukunft voraussehen. Er glaubt, dass nur die kleinen Sprachinseln gegenseitig aufgesogen werden. Dass trotz des steigenden Einflusses der Slawen und ihrer zahlenmässigen Ueberlegenheit in Oesterreich noch immer nicht die gesetzlichen Konsequenzen gezogen wurden, führt Denis auf den Umstand zurück, dass die Deutschen sich dieser Einsicht nicht beugen wollen und von Magyaren und Reichsdeutschen darin unterstützt werden. Dem Pangermanismus hält er aber nicht für gefährlich und meint, dass auch die Deutschen in einem endlich befriedeten Oesterreich gerne bleiben werden.

Für die Sprachengesetze Baden's setzt er sich folgerichtig zu seiner gesamten Einstellung energisch ein und verurteilt die Deutschen, die in ihrer Verhetzung und Verblendung die Gerechtigkeit dieser Forderungen nicht einsehen wollten und eine Slawisierung Oester-

reichs fürchteten, obwohl die Tschechen ihnen ja nur gleichgestellt werden sollten. Denis findet es begreiflich und verständlich, dass die Deutschen immer noch davon träumen ihre Herrschaft erhalten zu können, wie zu der Zeit, als die Slawen noch nicht erwacht waren; aber wenn sie allen Rassen Gleichberechtigung zugestehen würden und einen Föderativstaat organisierten, würden die gemeinsamen Interessen die Oberhand gewinnen und alle Völker gerne im gemeinsamen Verband bleiben. Diese positive Einstellung bezüglich der Zukunft Oesterreichs betont Denis auch im Schlusswort, wo er den Ansichten entgegentritt, die nach den jahrzehntelangen innerpolitischen Schwierigkeiten den baldigen Zerfall der Monarchie prophezeihen.

S. 663 : "Les nécessités qui ont amené la formation de l'Autriche au XVI siècle n'ont pas disparu et, quelque légitimes que soient les griefs des Polonais, des Tchèques et des Slovènes, ils n'en ont pas moins un intérêt manifeste au maintien de la monarchie, sans même parler des Magyars qui n'ont certes plus aucun motif de plainte contre Vienne. Le vieux loyalisme dynastique n'est pas aussi éteint que le supposent volontiers des observateurs superficiels et il opposerait une résistance imprévue aux téméraires qui essaieraient de sacrifier à une grandiose chimère les intérêts et les souvenirs des peuples."

An unbedingt notwendigen Reformen zur Aussöhnung der Völker und zu einer Neuordnung Oesterreichs nennt Denis an erster Stelle das allgemeine Wahlrecht und die Gleichberechtigung aller Rassen und Sprachen. Deutsche und Tschechen werden gleicher Weise Opfer bringen müssen und die Tschechen werden manche Forderungen, die ihnen jetzt noch sehr wichtig erscheinen, dem allgemeinen Wohl opfern müssen; das können sie aber auch, weil sie die Rechte ihrer Nation

dann gesichert haben werden. Aber selbst wenn die Deutschen zu ihrem eigenen Schaden auf keine Verständigung eingehen sollten, gibt Denis den Tschechen die Versicherung, dass sie keine Sorge zu haben bräuchten, denn sie verteidigten nicht nur ihre Sache, sondern die der Menschheit und Menschlichkeit. Sie sollten sich nicht zu Gewaltmassnahmen hinreissen lassen, die Führer der tschechischen Renaissance hätten immer Mässigung gepredigt und seien mit Geduld soweit gekommen, dass ihre Nachfolger getrost auf diesem Wege weitergehen könnten. S.669: " "Qu'ils évitent tout ce qui pourrait avoir le caractère de répréssailles qu'ils prouvent à leurs adversaires qu'ils combattent pour l'indépendance et non pour la domination."

Wenn man diese Ermahnung zur Mässigung liest, ist es interessant sich zu vergegenwärtigen, wie denn die Tschechen zur Zeit, als sie die Herrschaft in Böhmen hatten, sich gegenüber der deutschen Minorität benommen haben. Aus einer Reihe von böhmischen Landesordnungen und Stadtrechten bis zum 17. Jahrhundert können wir entnehmen, wie streng die ausschliessliche Geltung der tschechischen Amts- und Gerichtssprache durchgeführt wurde und mit wie schweren Strafen alle Widerspenstigen belegt wurden. Und als im Jahre 1848 Havlíček, der tschechische Historiker Tomek und andere offen ihre Wünsche aussprachen, zeigte es sich deutlich, dass es ihnen nicht nur auf die Gleichberechtigung der Tschechen mit den Deutschen ankam, sondern auf die unumschränkte Vorherrschaft der Tschechen und Unterdrückung des deutschen Elementes.

Zum Schluss gibt Denis den Tschechen noch die Versicherung, dass, wenn es zum Kampf zwischen ihnen und den Deutschen kommen sollte, ~~werden~~ alle Anhänger der Menschenrechte und der Volkssouveränität

an ihrer Seite stehen. <sup>werden</sup> S.670: " Vainqueurs ou vaincus, ils auront laissé au monde un grand exemple et ils seront les créanciers de l'humanité."

Trotzdem er scheinbar nur von den edelsten menschlichen Gefühlen dabei bewegt wird, hat er doch im Grunde an der Erhaltung Oesterreichs sehr starke politische Interessen. Denn nicht in Worten ausgedrückt, aber doch deutlich spürbar, begegnet man in seiner Hoffnung auf einen kräftigen Neubau der Monarchie der geheimen grossen Angst, dass nach ihrem Zerfall die deutschen Teile sich an das deutsche Reich anschliessen würden. Und man kommt zur Ueberzeugung, dass alle grossen Worte weniger dem aufrichtigen Mitgefühl mit dem Schicksal der Völker Oesterreichs entspringen, <sup>als</sup> ~~sondern~~ nur der einen, alles übertönenden Sorge vor einer Machterweiterung Deutschlands und deren Folgen für sein eigenes Vaterland, für Frankreich.

Ein weiteres Werk von Ernest Denis ist betitelt: "La question d'Autriche, les Slovaques", Paris 1917. Es beinhaltet eine gross angelegte Geschichte des slovakischen Volkes von den Anfängen bis zur Gegenwart und wendet sich im zweiten Teil sehr entschieden gegen die Unterdrückung durch die Magyaren. Wegen seines Erscheinungsjahres, nach 1914, kommt es für eine eingehende Besprechung nicht in Betracht.

Von einem ganz anderen Gesichtspunkt aus will Bertrand Auerbach die Geschichte Oesterreichs schreiben in seinem Werk "Les races et les nationalités en Autriche-Hongrie", Paris 1898. Er verfolgt jede Nation für sich von ihren Anfängen an und behält nur ihre Einteilung in Länder bei, um dann zum Schluss auf ihre politische Stellung

lung in der Monarchie einzugehen. S.5 : "Si la plupart des études ethnographiques d'origine austro-hongroise ne sont pas désintéressées et sacrifient à la politique, voir à la polémique, l'étranger est tenu à l'impartialité; mais il ne s'interdit pas de porter un Jugement. Pour que le jugement d'un Français soit sincère et objectif, en un pareil sujet, il doit se défier et se défaire de sa propre conception nationale; en appliquant à l'Autriche ou à la Hongrie notre formule d'état, nous serions amenés à prendre parti pour les centralistes et les unitaires à outrance, pour les Allemands et les Magyars contre les nationalités opprimées. Si nous reconnaissons l'oeuvre initiatrice et longt/emps bienfaisante de la civilisation allemande dans les pays autrichiens, nous estimons que le rôle dominateur et exclusif de cette civilisation est désormais fini. Si nous rendons hommage aux Magyars, tant qu'ils furent les soldats de l'indépendance des nationalités et de l'idée libérale dans l'empire des Habsbourgs, nous condamnons, comme un démenti à ce passé, leur politique envers les autres peuples de la couronne de Saint Etienne et nous ne croyons pas nécessaire à l'ordre européen qu'il se fonde un état hongrois, sur le modèle rêvé par les Magyars.----- Ce sont là cependant, conclusions personnelles; nous ne nous flattons pas que le lecteur les adopte; nous serons satisfait s'il trouve dans ce volume les éléments d'une opinion libre et raisonnée."

Bei Besprechung der einzelnen Länder kommt er auf die Stellung Böhmens im Rahmen der alten Monarchie zu sprechen. Der von den verschiedenen Schwierigkeiten und Krisen in Oesterreich am meisten betroffene Teil sei Böhmen, wo die Streitigkeiten zwischen Tschechen und Deutschen zu einem unerträglichen Zustand geführt hätten. Dieser Umstand sei leicht zu erklären, denn die Tschechen kämpften ~~mit der~~

weitest grössten Erbitterung und Verzweiflung von allen slawischen Völkern, weil sie sich nicht nur gegen die Deutschen Oesterreichs, sondern auch gegen die Deutschen des Deutschen Reiches zu behaupten hätten 1).

Im Anschluss an diese Worte tadelt Auerbach die Ausschreitungen der Tschechen, steht aber ihren vernünftigen nationalen Wünschen und Forderungen sympathisch gegenüber. Die Wichtigkeit ihrer geographischen Lage, als trennender Wall zwischen den Deutschen Deutschlands und den Deutschen Oesterreichs, hebt Auerbach besonders hervor. S.157: "La Bohême empêche la consommation de l'unité allemande, elle est le boulevard de l'Europe contre l'hégémonie prussienne. Nous ne devons pas, en France, nous désintéresser du sort de ce pays."

Den jahrhundertelangen Bestrebungen der Magyaren sich vom österreichischen Zentralismus zu befreien bringt er, soweit sie in der Vergangenheit liegen, grosses Verständnis entgegen, aber in ihrem gegenwärtigen Stadium sind sie ihm in jeder Beziehung eine Enttäu-

---

(1) S.107: "L'Autriche est comme un corps dont chaque membre, chaque organe est malade, parcequ'aucun n'a ni la même fonction ni le même mouvement que le membre ou l'organe voisin. Mais la partie la plus atteinte, toujours sujette à une crise aigue, est la Bohême. C'est là surtout que le conflit entre Slaves et Germains est entré dans la période morbide. Cela tient à ce que les Slaves de Bohême n'ont ni la faculté ni le temps de patienter; aventurés au milieu du monde allemand, jetés en avantgarde, il leur faut vaincre ou mourir. Du reste ce n'est contre les seules Allemands d'Autriche qu'ils ont à combattre, c'est encore en vertu de leur position géographique, contre les Allemands d'Allemagne. Aussi ces enfants perdus du Slavisme en sont ses enfants terribles."

schung. Die schonungslose Unterdrückung der Nichtmagyaren ist für ein so edles Volk eine Schmach und Schande. Besonders unberechtigt ist nach Auerbachs Ansicht ihr Hass gegen die in Ungarn wohnenden Deutschen; diese seien immer gute Patrioten gewesen, assimilierten sich am raschesten, vermehrten sich am wenigsten und bildeten mit ihrer Sprache für die Magyaren ein wertvolles Bindeglied zum Westen.

Den Wünschen und Träumen der Kroaten steht Auerbach sehr skeptisch gegenüber, er glaubt, dass die Verschiedenheiten der Südslawen zu gross wären und dass aus ihrer Vereinigung in einem grossen Reiche nur neue Konfliktstoffe erwachsen würden. Wie sehr die Entwicklung seiner Prophezeiung recht gegeben hat, sehen wir heute.

Zum Schluss begrüsst Auerbach das Erwachen auch der kleinsten Nationalitäten als einen Kulturfortschritt und meint, dass es nur zwei Möglichkeiten für ihre Weiterentwicklung gebe. Um allein Nationalstaaten zu bilden seien sie zu klein und so müssten <sup>sie nicht</sup> entweder ihren Volksgenossen ausserhalb der Monarchie anschliessen oder in ihrem Rahmen durch ein Föderativsystem befriedigt zu werden suchen. S. 331 : "C'est donc un système fédératif - pour ne pas s'enquérir d'une autre formule - que l'Autriche élabore, enfante dans les douleurs et les convulsions, dans lequel elle survivra ou plutôt revivra." Die erste Lösung, die Auerbach den kleinen Nationen der Monarchie vorschlägt, sich nämlich ihren Volksgenossen ausserhalb der Grenzen anzuschliessen, erweist sich schon nach einem flüchtigen Blick auf die Karte als eine geographische Unmöglichkeit; Slowacken und Tschechen sind durch die Karpathen getrennt, die Rumänen Ungarns durch einen Gebirgswall vom Königreich Rumänien getrennt, u. s. w.

Auerbach bedauert es sehr, dass die Magyaren noch so weit davon entfernt sind, diese Notwendigkeit <sup>des Föderalismus</sup> einzusehen; sie kämpfen für ein

überlebtes veraltetes Prinzip, für eine Utopie, und wollen ihr die Millionen der nichtmagyarischen Bevölkerung opfern. S.331: "Est-il vraiment nécessaire, pour l'équilibre et le salut de l'Europe, pour la bonne marche de l'humanité, qu'il existe un état hongrois, dans le sens où l'entendent ses apôtres? Ne serait ce pas une contrefaçon artificielle et monstrueuse, taillée - à l'emportepièce- sur le patron des formations politiques vieilles qui n'ont pas eu à compter avec les répugnances ethniques ou le sentiment national de ceux qu'ils enca/draient."

Aukerbach versteht nicht, dass die <sup>Magyaren</sup> die jahrhundertlang um die eigene Freiheit gekämpft haben, jetzt andere unterdrücken und entnationalisieren wollen; sie müssten doch einsehen, dass, wenn die Deutschen trotz jahrhundertelanger Bemühungen an dieser Aufgabe kläglich gescheitert wären, sie jetzt, nachdem alle Völker, auch die kleinsten zu nationaler Selbständigkeit erwacht wären, noch viel weniger zu einem Erfolg gelangen könnten. Für Oesterreich und Ungarn, zwei national so vielfältige Staaten, sei die einzige Möglichkeit für einen Weiterbestand im Föderalismus gegeben. Deutsche und Magyaren sollten auf alle alten Vorurteile und Vorrechte verzichten und den ihnen anvertrauten Völkern eine wirkliche Heimat mit allen Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Das gemeinsame Vaterland könne dabei nur gewinnen. (1)

---

(1) S.332: "Par quelle aberration s'obstinent-ils à un rôle où les Allemands de la monarchie cisleithane ont si piteusement échoué? -- L'heure du fédéralisme a sonné. Et la Hongrie qui est un organisme de même complexion que l'Autriche, minée par le même mal, rongée sur ses bords par des nationalités hostiles, comme par autant de dissolvant, la Hongrie s'evertue à conjurer le sort et

Die Arbeit von Auerbach ist absolut unpolitisch gehalten und, wenn er auch das Interesse Frankreichs am Schicksal Böhmens hervorhebt, ist seine Beurteilung der verschiedenen Probleme doch unbedingt objektiv. Dieser Umstand ist auch schon durch die Art seines Werkes bestimmt, denn er beschäftigt sich darin sehr wenig mit den politischen Schicksalen der Völker, sondern hauptsächlich mit ihrer rassenmässigen Zusammensetzung und ihrem Volkstum und ihrer Kultur. Dabei ergibt es sich von selbst, dass er leichter die Objektivität wahrt, als wenn er aktuelle politische Fragen behandeln würde. Im übrigen führt auch Auerbach fast die gesamte einschlägige Literatur, auch die nichtdeutsche, als Quelle an.

Zur Gruppe der ernstesten französischen Wissenschaftler, die sich mit Problemen Oesterreich-Ungarns abgegeben haben, gehört auch Charles Seignobos, der in seinem grossen Werk: "L'histoire politique de  
à retarder l'agonie. ----- La transformation de l'Autriche et de la Hongrie en états fédéraux serait-elle une déchéance ? Ne paraissent-elles pas destinées à instaurer dans l'Europe orientale le type normal des communautés politiques, associations de groupes ethniques librement unis ? --- Mais il importe que l'Autriche et la Hongrie renoncent à les formules dont elles ont mesuré l'impuissance et la vanité; qu'elles créent à ces sociétés indécises, à ces âmes dont elles ont chargé, des patries où des peuples se développent et fraternisent sans sacrifice de leur originalité ni de leur conscience. La patrie commune tirera de ce concours, de cette variété d'énergie sa force et sa grandeur."

l'Europe contemporaine (1814-1896) ", Paris 1897, der Donaumonarchie einige Kapitel gewidmet hat. Ueber seine Einstellung zu den innerpolitischen Verhältnissen ist nicht viel zu sagen, da er, nachdem er sie nur im Rahmen eines grossen Gesamtwerkes behandelt, keine eigenen Studien darüber gemacht hat und sich bei ihrer Beurteilung fast ausschliesslich auf österreichische Quellen gestützt hat. Allerdings nicht soweit, dass er sich einen deutsch-zentralisierenden Gedanken-gang zu eigen gemacht hätte, sondern er spricht offen von der Ungleichheit in der Stellung der verschiedenen Nationen dem Staat gegenüber, aber ohne ein persönliches Urteil darüber abzugeben und ohne diesbezügliche Wünsche für die Zukunft zu äussern. Nur bei der Behandlung Ungarns, wenn er auf die Unterdrückung der Nichtmagyaren zu reden kommt, klingt seine verhaltene Empörung und sein Unwille darüber durch.

An Louis Leger haben die Slawen wohl einen ihrer besten Kenner und treuesten Freunde und Anwälte in Frankreich gehabt, der sein ganzes Leben dem Studium ihrer Sprachen und Einrichtungen, ihres Wesens und ihrer Kultur gewidmet hat. Er hat auch lange bevor die kleinen slawischen Staaten und ihre Volksgenossen in Oesterreich-Ungarn für Frankreich erhöhte politische Bedeutung gewannen, eine ganze Reihe von Aufsätzen und Broschüren über sie veröffentlicht, die er im Jahre 1873 in einem Sammelwerk : "Le monde slave" herausgab. Im Laufe der nächsten Jahrzehnte liess er diesem Bande eine grosse Zahl von andern folgen und es ist sehr interessant, die Entwicklung seiner Einstellung der Monarchie gegenüber zu verfolgen und daraus einen Rückschluss auf die Wandlung der französischen Gesinnung zu ziehen. Er steht natürlich in allen Werken unbedingt auf Seite der Slawen und empört sich über ihre Unterdrückung. Aber während er zuerst noch

nach der Möglichkeit eines friedlichen Ausgleiches im Rahmen der Monarchie sucht, gibt er in den späteren Jahrzehnten, nachdem Oesterreich ein treuer Bundesgenosse Deutschlands geworden war, diesen Gedanken vollständig auf und arbeitet nur noch von blindem Hass erfüllt, Pläne zu seiner Zerstückelung aus, bei der natürlich Deutschland um keinen Preis eine bedeutende Vergrößerung erfahren darf.

"Le monde slave" ist wie alle Arbeiten Legers kein wissenschaftliches Werk, obwohl er sehr umfangreiche Quellenstudien dazu gemacht hat, denn seine unbedingte Einseitigkeit und der offen ausgesprochene politische Zweck, zu dem es geschrieben wurde, verbieten, es in eine Reihe mit ernstest wissenschaftlichen Arbeiten zu stellen. Es wurde von Leger in enger Zusammenarbeit mit dem vertriebenen Tschechen Fritsch gemacht (Denis, La Bohême depuis la montagne blanche, II. Bd. S. 509.) und dem grossen Slawenfreund Saint-René Taillandier gewidmet. In der Einleitung sagt Leger, dass es immer wichtiger würde sich mit den slawischen Völkern zu beschäftigen, denn sie ständen in immerwährendem Kampf mit Deutschland und sie könnten in einem geeigneten Zeitpunkt die treuesten Verbündeten Frankreichs gegen Deutschland werden. Es sei nur bedauerlich, dass aus Mangel an französischen Grammatiken und Wörterbüchern der slawischen Sprachen es für Franzosen so sehr erschwert sei, sich bei den Slawen selbst über ihre Geschichte und Lage zu informieren. Den deutschen Zeugnissen und Büchern darüber könne man kein Wort glauben.

Wie schon erwähnt bestehen die zwei Bände aus einer Sammlung von Aufsätzen, die früher verstreut in Monats- und Wochenschriften veröffentlicht wurden. Der erste Band enthält nichts, was für meine Arbeit von Belang wäre, es wechseln Reiseschilderungen mit Aufsätzen über serbisches Theater und russische Literatur u. s. f. und im zweiten Band ist nur das letzte Kapitel von Wichtigkeit, "L'Autriche et la

Question d'Orient" betitelt.

Leger verurteilt die österreichische Politik unter Franz II., der den glücklichen Beginn einer Annäherung Serbiens an Oesterreich (unter Josef II.) ganz ausser Acht lässt, obwohl er sich nach Ablegung der deutschen Kaiserwürde diesen Fragen hätte widmen können. Hätte er damals mit der deutschen Tradition gebrochen und einen föderativen Staat gegründet, wäre dieser ein Anziehungspunkt für alle Serben und Rumänen gewesen. S.394 : " Le gouvernement continua de tourner toutes ses aspirations vers l'Occident, vers l'Allemagne, vers l'Italie. Hongrois, Slaves, Latins, tous les peuples de l'Empire durent dépenser le meilleur de leur sang pour maintenir sur les bords du Rhin ou de l'Adige le prestige d'une dynastie aussi aveugle qu'égoïste." Dieser Beurteilung der Sachlage durch Leger ist Folgendes gegenüberzustellen : Er beurteilt die Situation zu Anfang des 19. Jhdts. viel zu sehr von den Anschauungen seiner Zeit aus und kann dadurch den damals herrschenden Ideen nicht gerecht werden. Wenn Kaiser Franz damals mit der deutschen Tradition gebrochen und einen föderativen Staat gegründet hätte, wäre das schon allein dadurch unmöglich geworden, da ja damals die Völker Oesterreichs noch garnicht föderativ organisiert waren und er ihren Ansprüchen und Forderungen damit weit vorausgeeilt wäre. Der einzige grosse föderative Staat war <sup>in jener</sup> ~~zu der Zeit~~ <sup>jener</sup> ~~der~~ deutsche Bund.

Der von Leger so sehr verdamnte moderne Zentralismus nahm von der französischen Revolution aus seinen Anfang, wurde von Napoleon ausgebaut und von Frankreich in ganz Europa als nachahmungswertes Beispiel gepredigt. Wäre Kaiser Franz ein weit voraussehender Staatsmann und Politiker gewesen, hätte er die Gefahren, die einem Nationalitätenstaat aus zu straffer Zentralisierung erwachsen, erkennen können;

dass er das nicht war, ist aber nicht Ursache genug, ihn so unbedingt zu verdammen und keine andere Erklärung für sein Verhalten zu finden, als die des blinden Egoismus.

Nach dem endgültigen Verlust der Stellung in Deutschland und Italien nach dem Jahre 1866, war die Situation viel schwieriger geworden, da die Völker des Balkans inzwischen nationale Selbständigkeit kennen gelernt hatten. Aber wenn Oesterreich seine Nationalitäten gerecht behandelt hätte und sich entschieden zum Schützer der kleinen christlichen Balkanstaaten gegenüber der Türkei aufgeworfen hätte, hätte es doch einen grossen moralischen Einfluss ausüben können. Es hätte die kleinen slawischen Nachbarstaaten in ein enges Bundesverhältnis ziehen können, wie Preussen die kleinen deutschen Staaten, und wäre der Kern- und Mittelpunkt der vereinigten Donaustaaten geworden. Dass jetzt Russland so grossen Einfluss auf die Balkanslawen ausübt, ist nur auf die Fehler Oesterreichs zurückzuführen.

Leider kann man Leger bei diesen Feststellungen nicht ganz Unrecht geben, denn das Schicksal Oesterreichs hätte sich wahrscheinlich anders und günstiger gestaltet, wenn es zur Zeit Metternichs eine aktive Politik nach dem Osten betrieben hätte.

Aber Leger verurteilt die ~~magyarische~~ Unterdrückung der Slawen <sup>durch die Magyaren</sup> noch härter als die ~~der~~ <sup>durch die</sup> österreichischen Deutschen, denn Oesterreich konnte sich wenigstens zur Zeit als es noch mit Deutschland vereinigt war, die Illusion machen, für die deutsche Kultur und Zivilisation zu kämpfen. Die Ungarn dagegen können diese Entschuldigung nicht für sich in Anspruch nehmen, denn für die Serben bedeutet es zum Beispiel viel mehr, russische Literatur und Sprache kennen zu lernen, für die Rumänen ist das Französische viel vorteilhafter und eröffnet ihnen eine ganz andere Erweiterung des Horizontes, als das

## Magyarische.

Die Slawen in Ungarn sind vom Regen in die Traufe geraten nach dem Dualismus, die Zentralisation von Wien aus war für sie viel besser, denn mit der deutschen Sprache bekamen sie wenigstens ein Kulturinstrument vermittelt. S. 399 : " Le liberalisme hongrois a fait regretter plus d'une fois l'absolutisme autrichien." Weiters schreibt er, dass diejenigen, die sich wie die Franzosen über den Triumph der Magyaren im Jahre 1867 gefreut hätten, nun mit tiefstem Bedauern den falschen Weg sehen müssten, den die bewunderten Liberalisten einschlagen würden. Was Oesterreich betreffe, so sehe er seine Zukunft sehr düster; mit seiner in Deutschland und Italien verfolgten Politik habe es Schiffbruch gelitten und die Politik, die es jetzt unter magyarischem Drucke verfolge, werde es ebenso zu einer Katastrophe führen. (1)

Wenn Leger sich auch über die Zukunft Oesterreichs sehr skeptisch äussert, so lehnt er sie in diesem Werk doch nicht geradezu ab.

---

(1) S. 405: "Ceux qui, comme nous, ont applaudi au récent triomphe des Magyars (1867) et à leur renaissance politique, ne sauraient les voir sans tristesses persévérer dans l'exaltation fébrile dont nous signalons ici les symptômes. ----- Quant à l'Autriche, son avenir nous paraît singulièrement compromis: on sait à quelle catastrophe l'a conduite sa politique allemande et italienne; la politique hongroise qu'elle suit aujourd'hui, oblige les Habsbourgs à trahir leur tradition historique et leur interdit de profiter des avantages qu'assurent à la monarchie sa situation et sa constitution ethnographique. L'Etat autrichien créé par François II, en 1804 a manqué sa destinée; pourra-t-il un jour en recommencer une nouvelle?"

Diese Stellungnahme ändert sich aber im Lauf der <sup>Zeit</sup> ~~Jahre~~ und zwanzig Jahre später setzt er im grossen Werk : "L'histoire de l'Autriche-Hongrie depuis les origines jusqu'à l'année 1894", auseinander, dass ein Staat wie Oesterreich in der modernen Zeit keine Daseinsberechtigung besitze.

In der Einleitung sagt er, dass er die bedauerlichen Unkenntnisse und Irrtümer, die noch immer in Frankreich über die Völker in Oesterreich herrschen, aufklären und beseitigen will; denn die meisten französischen Geschichtsschreiber hätten sich mit den Habsburgern als deutsche Kaiser oder mit ihren Bestrebungen und Zielen in den Niederlanden und Spanien abgegeben, Leger will sich dagegen mit ihrem eigentlichen Besitz, mit den österreichischen Erbländern, mit Böhmen und Ungarn beschäftigen.

Dann setzt er zuerst mit einer allgemeinen Belehrung des französischen Lesers ein und sagt : Oesterreich hat keine natürlichen Grenzen, ist eine geographische Unmöglichkeit und wird nicht einmal von einer geschlossenen Volkseinheit bewohnt. S.3 : "On ne trouve donc dans l'histoire de cet état complexe ni le lumineux développement d'une grande race comme en France ou en Allemagne, ni l'unité géographique comme en Italie, ni l'unité constante de volontés et d'aspirations comme dans la Suisse républicaine." (1)

Dann geht Leger auf die ethnographischen Verhältnisse der Monarchie ein und kommt zum Schluss, dass die deutsche Vorherrschaft durch nichts zu rechtfertigen wäre. Die darauf folgende Darstellung der Geschichte der österreichischen Erbländer, Böhmens und Ungarns, ist so einseitig, wie nur möglich gehalten; Oesterreich ist ein zusammengeheirateter Länderhaufe, in dem rücksichtslos zentralisiert

---

(1) Siehe dazu die geographische Geschlossenheit des Donaureiches, wie sie im I. Teil der Arbeit auseinandergesetzt wurde. S.3.

und germanisiert wurde und zwar nicht aus staatlicher Notwendigkeit, sondern nur, um die andern Völker, die rechtmässigen Besitzer des Bodens auszurotten. Diese Behauptung zu widerlegen ist sehr leicht, man kann sich dabei sogar auf das Zeugnis von Franzosen berufen. Eisenmann schreibt z.B. darüber im "Compromis austro-hongrois de 1867" Folgendes. Er spricht in der historischen Einleitung über die Monarchie und ihre Entwicklung in den Jahrhunderten von der Reichsgründung bis zum Zeitalter Franz I. S. 6 : "La germanisation n'a point alors, elle n'aura pas pendant longtemps de sens national. L'idée allemande est étrangère à cette dynastie dont la cour est espagnole, bourguignonne et française, et la politique universelle... L'allemand est la langue des fonctionnaires, des autorités centrales, du roi lui-même; il est la langue du gouvernement de l'Empire, qui ne se sépare pas du gouvernement de la monarchie. Ce sont des principes politiques allemands que l'administration royale s'efforce désormais de faire triompher dans les deux royaumes, en allemands, et par des Allemands." Und von der Politik Josef II. S. 51 : "La germanisation avec lui ne changea pas de but : elle resta autrichienne, non allemande, politique, non nationale. Mais elle changea de méthode. Jusqu'à lui elle était insinuante et tolérante. Marie Thérèse pour les besoins de l'administration comme dans l'intérêt de l'éducation publique, cherche à repandre le plus qu'elle peut la connaissance de l'allemand. Mais elle est hostile à toute contrainte, et elle se refuse à sacrifier les langues nationales à l'allemand: elle les juge au contraire indispensables. L'allemand pour elle est destiné à être la langue auxiliaire, la langue internationale des peuples autrichiens, entre eux et avec l'étranger, mais nullement l'unique langue autrichienne... Joseph toujours absolu, ne tolère plus dans son empire unitaire qu'une langue : la langue d'état, l'allemand." Weiters ver-

gleiche man noch die Zugeständnisse bei Denis, S. 81 u. ff.

Im ungarisch-österreichischen Ausgleich sieht Leger den Sieg einer gerechten Sache; den Sieg des ungarischen Strebens nach Freiheit begrüsst er unbedingt, und bedauert nur, dass <sup>die Magyaren</sup> ~~sie~~ ihn zur Unterdrückung der Nationalitäten verwenden. Im Anschluss daran verteidigt er die russophile Stimmung bei den Tschechen, die durch ihre grosse Benachteiligung beim Ausgleich alle Ursache dazu haben und wendet sich gegen die in Frankreich weit verbreitete Meinung, dass die Tschechen gegen parlamentarisches Leben überhaupt eine Abneigung hätten, weil sie dem Reichsrat ferngeblieben sind. Das Gesetz, das die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und aller Nationen vorschreibt, wird in Frankreich zu Unrecht als Hort der Freiheit angesehen, denn die Praxis spricht diesem Gesetz Hohn, es herrscht die schlimmste Unterdrückung. Aber Leger sieht wenigstens ein, dass die Magyaren gegen ihre Nationalitäten viel härter vorgehen und begreift nur nicht, dass sie trotz aller Gewaltmethoden, mit denen sie die slawischen Völker und die Rumänen quälen, den Deutschen Ungarns so ziemlich freie Hand lassen. Dabei ist gerade dieser Umstand so leicht erklärlich, denn erstens werden ihnen die kleinen deutschen Inseln nicht gefährlich und zweitens müssen sie doch auf ihre Verhandlungspartner von der andern Reichshälfte und den Herrscher Rücksicht nehmen. Uebrigens stimmt die Feststellung Leger's im vollen Ausmasse garnicht, denn nur die Siebenbürger Sachsen genossen politische Rechte und Freiheiten, während die im eigentlichen Ungarn lebenden Deutschen fast ebenso unterdrückt und entnationalisiert wurden wie die anderen Nationalitäten.

Wie oberflächlich Leger urteilt, geht aus der folgenden Behauptung hervor, dass nämlich die Deutschen und die Magyaren sich in

die Früchte des Ausgleiches auf Kosten der anderen Völker teilten; so war der Ausgleich allerdings gedacht, aber zu der Zeit, als Leger seine Geschichte Oesterreich-Ungarns schrieb, waren für jeden aufmerksamen Beobachter der Verhältnisse schon die ganz anderen Folgen, die sich aus seinen Bestimmungen entwickelten, offenbar geworden.

Die Okkupation von Bosnien und der Herzegowina verurteilt Leger im Namen der Selbständigkeit und Selbstbestimmung der Völker und meint, dass sich diese beiden Länder die grossen wirtschaftlichen Vorteile, die sie unter der Herrschaft Oesterreich-Ungarns geniessen, teuer erkauft hätten. Von der deutsch-österreichischen Allianz und dem Dreibund sagt er S. 592 "En somme, l'empereur François-Joseph a dû s'appuyer à l'intérieur sur les Magyars qui se sont révoltés contre lui en 1848, à l'extérieur sur la Prusse et l'Italie qui l'ont combattu en 1866."

Dann warnt Leger Frankreich, in den Ungarn des ausgehenden 19. Jahrhunderts noch immer die liberalen, deutschfeindlichen Ungarn des Jahres 1848 zu sehen; das moderne Ungarn ist Frankreich feindlich und die beste Stütze des deutschen Kurses in der Monarchie. Dass es dabei wegen seiner Nationalitäten nur im eigensten Interesse handelt, sieht Leger sehr gut ein.

Am Schluss seines Werkes sagt er, dass Oesterreich eine schwere Zukunft vor sich habe und dass alle diejenigen, die ein Donaureich für notwendig hielten, - er gibt unzweideutig zu verstehen, dass er nicht zu diesen Leuten gehört, - zu den schwersten Befürchtungen Anlass hätten. Besonders bedenklich scheint ihm der Umstand, dass auch die Armee, seit die Armeesprachenfrage alle Gemüter bewege, nicht mehr ein so sicheres Bollwerk sei.

Ausser der grossen Einseitigkeit muss man Leger vor allem

Oberflächlichkeit vorwerfen. Er schreibt eine Geschichte Oesterreich-Ungarns und erfasst den schwerwiegenden Gegensatz zwischen Magyaren und Deutschen überhaupt nicht und ebensowenig die Gefahr, die der Dualismus durch seine ungenügende Fundierung in den Ausgleichsgesetzen für das Bestehen der Monarchie bedeutet, während Eisenmann und Denis zum Beispiel das sehr richtig erkannt haben.

Leger will ein ernst zu nehmender Historiker sein und berichtet nur einseitig gefärbte Tatsachen ohne irgendwelche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, ausser der einen, dass die Deutschen sich ungerechterweise die Herrschaft über die Slawen angemasst, ihre Kultur und ihr nationales Leben erstickt haben und sich mit allen Mitteln gegen ihr Wiedererwachen und Erstarren wehren. Ausserdem spürt man immer zwischen den Zeilen seine grosse Angst vor dem Pangermanismus und einer etwaigen Vergrösserung Deutschlands heraus. Der Panlawismus ist ihm eine durchaus begreifliche Erscheinung, der Pangermanismus dagegen eine bedrohliche und unbedingt zu bekämpfende.

Ziemliche Beachtung fand in Frankreich eine kurze Abhandlung von Preux, die in einem Sonderdruck aus dem Bulletin de la société de législation comparée im Jahre 1888 erschienen ist; sie ist betitelt "Etude sur la question des langues en Autriche sous le ministère Taaffe 1879-1887."

Von Ungarn sieht er ganz ab, tadelt nur die Unterdrückung der Slowaken, da er natürlich unbedingt slawophil, eingestellt ist, sagt dagegen für Böhmen den vollständigen Sieg der Tschechen voraus und zitiert dazu Eduard Marbeau: "Slaves et Teutons", Paris 1882. (1)

---

(1) Dieses anscheinend sehr bedeutende Werk, das von mehreren franz. Autoren angeführt wird, war mir leider nicht zugänglich.

Das Sprachenrecht unter dem Absolutismus bis zum Jahre 1848 schildert er ganz tendenziös falsch, von Maria-Theresia behauptet er zum Beispiel, dass sie die Volkssprachen in den Volksschulen nur deshalb geduldet habe, damit man nicht sagen könne, dass die Regierung die nichtdeutschen Nationen vernichten wolle ! ! Dieses Urteil über die österreichische Nationalitätenpolitik im 18. Jhd. ist als Symptom für die durch und durch unhistorische Behandlung der Nationalitätenprobleme durch die Franzosen charakteristisch. Denn im ganzen 17. und 18. Jhd. konnte man von Nationalitätenfragen in der Monarchie noch garnicht reden und gerade Kaiserin Maria-Theresia wäre die letzte gewesen, der man Unterdrückung der nichtdeutschen Völker hätte vorwerfen können. Alle ihre zentralisierenden Massnahmen gingen ja nur von dem Gedanken aus, die Monarchie in eine Reihe mit den modernen europäischen Gross-Staaten stellen zu können und zu einem einheitlich verwalteten Staat zu machen. Und diese Verwaltung musste naturgemäss in deutscher Sprache durchgeführt werden, man konnte beim besten Willen nicht in 8 zum Teil noch ganz unentwickelten Volkssprachen amtieren. (1)

Dann tadelt er am Dualismus die Stellung die er den Magyaren zum Schaden der slawischen Völker einräumt. Seine Schilderung des nationalen Programmes der verschiedenen Parteien Gisleithaniens ist ganz schief, aber für seine Einstellung charakteristisch.

Preux schliesst seinen Aufsatz mit einem Lobpreis Taaffes und mit der Hoffnung, dass er mit seiner slawenfreundlichen Politik fortfahren werde.

---

(1) Siehe auch über die diesbezügliche Politik Joseph II., I. Teil,

Mit dem Lieutenant-Colonel Hennebert kommen wir zu einer neuen Gruppe von Franzosen, die sich mit den Problemen Oesterreich-Ungarns eingehend beschäftigt haben, nämlich zu den rein politisch und agitatorisch eingestellten Publizisten. Hennebert ist kein Historiker, sondern in erster Linie Offizier und Politiker - - seine anderen Veröffentlichungen befassen sich fast ausschliesslich mit dem Armeestand in den einzelnen Ländern Europas - - und er führt auch keine einzige Quelle an, nicht einmal für seine historische Einleitung.

Im Jahre 1888 - - sein Werk betitelt sich "L'Autriche en 1888" und kam in Paris im Jahre 1888 heraus - - war Frankreich politisch noch völlig vereinsamt und hatte dem Bismarck-schen Bündnissystem noch keine Gegenallianz gegenüberzustellen. So spricht die Angst vor einer Einkreisung Frankreichs aus jedem Wort seiner Einleitung, in der er zu erklären versucht, warum er sich mit Oesterreich beschäftigt: S.1: Der deutsche Reichskanzler Bismarck habe schon Oesterreich und Italien zu Verbündeten gewonnen und beginne mit der Schweiz und Spanien Verhandlungen zu pflegen, ausserdem versuche er noch Holland und Belgien auf seine Seite zu ziehen. So sei Frankreich von einem drohenden Kreis von Feinden eingeschlossen. Das Schicksal Frankreichs hänge ganz von Oesterreich ab, in dessen Hand es liege die grossangelegten Pläne Bismarck's zu verhindern. Bei Oesterreich liege das künftige Schicksal Europas, an ihm sei es durch einen mannhaften Entschluss den Weltfrieden zu sichern; deshalb sei es für Frankreich ganz besonders wichtig sich eingehend mit den Verhältnissen in diesem Reich vertraut zu machen. (1)

---

(1) S.1 : "Qui n'est pas avec nous, est contre nous ! professe le  
Chancelier de l'Empire de l'Allemagne. Après avoir entraîné

Aus der Einleitung allein ersieht man schon die Tendenz und den Zweck der Schrift ganz genau und alles Weitere ist darauf zugeschnitten.

Ueber die öesterreichischen Verhältnisse zeigt sich Hennebert gut informiert, so sagt er, dass für den Abschluss des Ausgleiches das Bestreben der Wiener Regierung bestimmend war mit Ungarn um jeden Preis Frieden zu schliessen, und dass dieser Umstand von den ungarischen Vertretern als Druckmittel benützt wurde. S.65 : "Les Hongrois n'ont jamais été bien scrupuleux sur le choix des moyens employés à combattre l'Empire d'Autriche. Aujourd'hui ces faux loyalistes exigent une fidélité à toute épreuve des populations qu'ils se sont inféodées en leur faisant violence."

---

dans sa voie l'Autriche et l'Italie, l'audacieux perturbateur de la paix internationale a tâté la Suisse et l'Espagne; il a fait des invites à la Hollande -- dont le Luxembourg est une dépendance -- et pris des engagements vis-à-vis de la Belgique qui est, d'ores et déjà, plus d'à-moitié prussienne.

Notre pays se trouve ainsi menacé d'être pris et enserré dans un cercle de fer.

La Russie et l'Angleterre ne seront peut-être pas d'humeur à laisser se perpétrer contre nous des actes de violence, mais c'est de l'Autriche surtout que dépend le succès ou la ruine de l'oeuvre conçue par M.de Bismarck. Cette puissance est comme la clé de voute de l'édifice pseudo-pacificateur en construction; selon la politique quelle va suivre, nous aurons la paix ou la guerre.

Il était donc intéressant d'étudier en détail la situation de cette Autriche dont l'Europe inquiète attend une résolution virile."

Weiters bedauert Hennebert die Leichtgläubigkeit der Tschechen bei Abschluss des Ausgleiches, sie hofften, dass die Magyaren ihnen dann später auch zur Wiedergewinnung ihrer alten Rechte verhelfen würden. Die Berechtigung dieser Hoffnung erhärtet Hennebert durch die Erzählung von einer Unterredung, die der tschechische Abgeordnete Klauďy mit Deák gehabt habe und wobei ihm Deák ganz bestimmte diesbezügliche Zusicherungen, natürlich unehrlich gemeinte, gegeben habe. Hennebert führt für diese doch sehr wichtige Tatsache, wenn sie wahr wäre, keinen Beleg an und sie wird sonst von Niemandem erwähnt, obwohl doch Denis, um nur ein Beispiel zu nennen, sie in seiner so ausführlichen Geschichte des tschechischen Volkes bestimmt gebracht hätte.

Aber abgesehen davon erscheint eine solche Handlungsweise auch mit dem geraden Charakter Deáks unvereinbar. Er war ja der Vater des Ausgleiches und wünschte ehrlich seine Durchführung und eine darauf beruhende gesicherte Weiterentwicklung der Monarchie unter magyarischer und deutscher Vorherrschaft und das alles wäre ja unvereinbar gewesen mit einer Erfüllung der tschechischen Forderungen.

Hennebert verurteilt aufs schärfste die Magyaren, die sich keine Gelegenheit entgehen lassen, vom Herrscher weitere Vorteile herauszudrücken und nach jedem neuen Zugeständnis nur noch unverschämter werden ohne Rücksicht auf das Gesamtwohl der Monarchie.

Ein eigenes Kapitel widmet Hennebert den Verhältnissen und Parteien in Cisleithanien (1). Er findet es ganz gerecht, dass die Deutschen die Vorherrschaft in Oesterreich hatten, da ja auch Wien der natürliche Kern- und Mittelpunkt der Donauländer ist und die anderen Völker sich's gerne gefallen liessen, solange nicht mit Gewalt zentralisiert wurde. Aber seit Joseph II. wurde ein schablonenhafter Zen-

---

(1) S.124 u. ff.

lismus zum Ziel der Wiener Regierung und da gleichzeitig damit ein allgemeines Erwachen des Nationalbewusstseins begann, häuften sich die Reibereien und Konfliktstoffe. Seit 1870 wurden die Deutschen immer erregter über das Schwinden ihrer Vorherrschaft. Anstatt sich mit dem zu begnügen, was sie immer noch haben, deutsche Amtssprache, deutsche Armee u.s.w. vertreten sie ungerechte und übertriebene Ansichten von der Superiorität der Deutschen überhaupt und wollen unter diesem Titel alle anderen "minderwertigen" Völker beherrschen.

Die beste Partei nach Ansicht Hennebert's ist die klerikal-föderalistische, die sich oft den gerechten Wünschen der Slawen nicht abgeneigt zeigte.

Gegen die irredentistische Politik der Italiener wendet sich Hennebert ganz entschieden, er weist ihre Ansprüche auf die Küstengebiete als ungerechtfertigt zurück, verurteilt ihr Verhalten gegen die Kroaten und meint, Oesterreich sei viel zu milde und steigere durch Konzessionen noch ihre Forderungen. Nur die italienischen Bauern seien noch kaisertreu gesinnt und wüssten die geringen Steuern unter der österreichischen Herrschaft zu schätzen. Darin hat er vollkommen recht.

Dann wendet er sich den Slawen zu. Diese edle, solange unterdrückte Rasse verdient alles Interesse. Er erzählt mit Freude von den nationalen Fortschritten der Tschechen und sagt, dass die Deutschen ihnen mit Unrecht Panslawismus, oder besser gesagt Zugehörigkeitswillen zu Russland vorwerfen; die Tschechen werden immer habsburgtreu bleiben und hegen nur natürliche Sympathien für ihre Rassebrüder.

Aber Hennebert sieht ein, dass die Deutschen und Slawen nicht unversöhnliche Gegner sein und bleiben müssen; die Magyaren sind die ärgsten Feinde der Slawen, denn diese haben grösstes Interesse auch

an der Unterdrückung der Slawen Cisleithaniens, da sie hoffen, dann auch leichter ihre Nationalitäten magyarisieren zu können.

Haben die Tschechen, die Vorkämpfer der nationalen Unabhängigkeit der Völker, nicht alles Anrecht von den Franzosen mit Sympathie bedacht zu werden, fragt Hennebert und fügt vorwurfsvoll hinzu, dass Frankreich leider noch immer viel zu wenig Interesse für sie habe und immer noch nicht wisse, wo seine wahren Verbündeten stünden. Böhmen biete die beste Sicherheit dafür, dass Oesterreich nicht von Deutschland verschluckt werde. S. 145 : " Mais c'est en vain que les journeaux doctrinaires et magyarophiles se coalisent pour dévoyer l'opinion publique et pour tromper la France sur ses véritables amis----L'impulsion est donnée, rien ne l'arrêtera désormais. On peut le déclarer hautement, l'entente entre la France et les Slaves d'Autriche commence à se dessiner ---- le jour où cet accord sera définitivement établi, l'on verra s'effondrer l'échafaudage de fraudes et de violences qui sert de base au dualisme."

Dann folgt eine objektive Darstellung der Stellung der Polen und Slowenen und der schwankenden Haltung des Kaisers.

Im Kapitel Transleithanien wendet Hennebert sich wieder energisch gegen die Irrtümer, die in Frankreich über die Magyaren verbreitet sind und durch festliche Empfänge, die man in Budapest französischen Journalisten und Schriftstellern bereitet und durch ihre chevalereske Art des Benehmens, immer weiter genährt werden. In Wirklichkeit sind die Magyaren halbzivilisierte Tyrannen und Sklavenhalter, die mit furchtbarer Brutalität gegen die nicht-magyarische Majorität des Landes vorgehen und sich in Oesterreich überall zu ungunsten der Slawen einmischen. Sehr klar stellt Hennebert ihre zwei Ziele heraus : entweder Oesterreich ganz unter ihren Einfluss zu bringen oder einen selbständigen Staat zu bilden, deswegen gehen sie im Kampf gegen die

Slawen den Fakt mit Deutschland ein und helfen Bismarck eine bedeutende Rolle in Oesterreich-Ungarn zu spielen. Und von all diesen gefährlichen Anzeichen scheint man in Frankreich nichts zu merken.

Dann folgt einzeln für die Völker Ungarns eine Darstellung der Gewaltmassnahmen, mit denen sie von Budapest aus magyarisiert werden sollen; auch die Kroaten werden trotz des 1868er Ausgleichs gleich schlecht behandelt wie die andern Völker und der von Budapest vorgeschlagene Banus ist dazu das geeignete Mittel. Franzosen können sich so ein Elend gar nicht vorstellen, einzig die Elsass-Lothringer könnten sich in ihre Lage hineinversetzen, da sie ja auch so unterdrückt werden. Das Nationalitätenkapitel schliesst Hennebert mit den Worten :

"Aveugles, doublement aveugles, messieurs les pseudo-libéraux hongrois!!"

Die Sympathien, die Ungarn für Frankreich äussert, sind, da es ein Vasalle Bismarcks ist, nicht ernst zu nehmen. Aussenpolitisch bedeutet der ungarische Einfluss eine schwere Gefahr für die Monarchie, da er die Beziehungen zu Russland und den Balkanstaaten verschlechtert. Leider hat Hennebert mit dieser Feststellung recht.

Immer wieder kommt Hennebert auf den verderblichen deutschen und ungarischen Einfluss für Oesterreich zu sprechen, dessen Innenpolitik stark von Bismarck bestimmt wird. S.199: "L'Empire est livré en pâture à deux minorités constituées outrageusement en castes privilégiées. Les groupes allemands et hongrois -- comprenant: l'un neuf millions, l'autre cinqu millions d'âmes -- ces deux groupes dominant, exploitent les populations vouées à l'flotisme. De ces Slaves et de ces Roumains qu'ils prétendent de race inférieure ils veulent se faire 24 millions de serfs ! Voilà la philosophie du Dualisme !"

In deinem Lager ist Oesterreich, mit diesen Worten beginnt Hennebert eine begeisterte Lobrede auf die österreichische Armee, die aus-

gezeichnete Offiziere hat und eine bewundernswerte Disziplin, Ausdauer und Kaiserstreue bei den Soldaten, die alle zuerst österreichische Soldaten und dann erst Tschechen, Kroaten u.s.w. sind. Da Hennebert Offizier ist, widmet er einen breiten Raum den österreichischen Heereseinrichtungen, findet, dass die oberste Befehlsgewalt des Kaisers in der Praxis leider eingeschränkt ist, hat aber trotzdem einen sehr guten Eindruck von der Schlagkräftigkeit der Armee, weshalb er es begreiflich findet, dass Bismarck einen so grossen Wert auf die Allianz mit Oesterreich legt. Bei diesem Punkt allerdings beurteilt er Bismarck wohl zu sehr von seinem Standpunkt aus, denn dem deutschen Reichskanzler waren in erster Linie politische und nicht militärische Erwägungen massgebend für das Bündnis mit dem Donaureich.

Am Schluss seines Werkes kommt Hennebert auf den eigentlichen Zweck zu sprechen, den er mit seiner Veröffentlichung verfolgt, nämlich den Boden vorzubereiten um Oesterreich vom Dreibund ab - und zu Frankreich hinüberzuziehen.

Um das zu erreichen, beginnt er mit einer geschichtlichen Einleitung und sagt, dass Preussen seit den Zeiten Friedrichs des Grossen immer der Erbfeind der Monarchie war und diese Allianz daher unnatürlich und schädlich für Oesterreich sei. Ebenso ungünstig sei es, dass Oesterreich wegen Preussen mit Italien verbündet sein müsse, das immer gegen das Habsburgerreich eingestellt gewesen sei und auch jetzt nur daran denke ihm Teile wegzunehmen.

Im Gegensatz dazu wäre es für Oesterreich unendlich vorteilhaft mit Russland Freundschaft zu halten, es gewänne dadurch am Balkan Ruhe und Frieden, der ihm für die Ordnung seiner inneren Angelegenheiten so notwendig sei. S.241 : "Qu'elle serait forte, l'Autriche, si elle s'appuyait sur l'amitié de la Russie et de la France ! Unie à ces deux états, elle pourrait modifier l'orientation politique de l'Europe centrale ! En serrée entre la Russie et la France, l'Allemagne ne saurait

songer à recommencer la lutte de 1866. Qu'elle serait puissante, l'Autriche, si seulement elle s'attachait à observer une neutralité sincère ! Oui, sa neutralité hâterait la solution des grands problèmes européens; l'Allemagne cesserait de terroriser le monde ~~et~~ la maison de Habsbourg reprendrait en Europe l'influence qu'elle y a perdue. Encore une fois, la neutralité suffirait. Mais on la dirait aveugle, cette pauvre Autriche! Il semble qu'elle prenne plaisir à courir à l'abîme vers lequel l'entraîne la politique pseudo-pacifiatrice de Monsieur de Bismarck."

Oesterreich hat nach Ansicht Hennebert's im Orient nichts zu suchen ausser Handelsbeziehungen, die es auf friedlichem Wege erreichen kann. Bismarck hat es auf die Linie der Eroberungen im Osten gedrängt um es mit Russland zu verfeinden und auf diese Weise Russlands ganzes Interesse nach dem Balkan zu lenken, während er dadurch in Europa freie Hand behält.

Hennebert's Schlussermahnung an Österreich lautet : sich mit Russland zu vertragen, der Balkanpolitik zu entsagen und das Bündnis mit Deutschland und Italien aufzugeben. Ein Bündnis mit Frankreich wäre für die Monarchie sehr vorteilhaft und wünschenswert aber er will sich nicht näher darüber aussprechen. Vor allem solle <sup>sie</sup> ~~es~~ neutral bleiben und <sup>ihre</sup> ~~seine~~ inneren Verhältnisse im Sinne eines modernen Föderativstaates ordnen. S.250 : "L'Autriche est gouvernée par un prince animé des meilleurs intentions ---- Puisse l'esprit de sagesse prévaloir au coeur du souverain sur le souffle des suggestions perfides! Puisse cet esprit l'arrêter à temps sur une pente qui mène droit à l'abîme !!!"

Wenn man sich die dringenden Mahnungen und Ratschläge, die Hennebert Oesterreich zuteil werden lässt, näher ansieht und auf ihre

Durchführungsmöglichkeit prüft, kommt man zu dem Ergebnis, dass die von ihm gewünschte Aenderung der Aussenpolitik mit der innerpolitischen Lage ganz unvereinbar gewesen wäre. Die beiden Staatsvölker, Deutsche und Magyaren, wären nie dafür zu haben gewesen, dñe Magyaren hätten nie eine Freundschaft mit Russland geduldet und die Deutschen hätten sich nie vom Bündnis mit dem Brudervolk abbringen lassen. Diese aussenpolitische Neuorientierung des Wonaereiches hätte sich nur auf völlig neuen innenpolitischen Grundlagen aufbauen können, nämlich auf ein „streng föderalistisches“ System, das den Slawen in beiden Reichshälften die grosse Mehrheit im Parlament gesichert hätte. Damit wäre auch der sehnlichste Wunsch aller Franzosen erfüllt gewesen.

Die Absichten und Wünsche Henneberts und seine Furcht vor einer Vergrösserung Deutschlands finden wir gesteigert und bis in die letzte Konsequenz verfolgt bei André Chéradame in seinem Werk : "L'Europe et la question d'Autriche, Paris 1901." Chéradame ist nur und ausschliesslich Politiker und "L'Europe et la question d'Autriche" dient einzig politisch agitatorischen Zielen und ist aus seiner Sorge um die Zukunft Frankreichs geboren.

In der Einleitung sagt er, dass sein Zweck erreicht sei, wenn es ihm gelingen sollte, die über die Probleme Mitteleuropas vollständig falsch unterrichtete öffentliche Meinung in Frankreich aufzurütteln und auf die drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. Er will nicht, dass Frankreich den kommenden Verwicklungen und Entwicklungen in Mitteleuropa hilflos und ungerüstet gegenübersteht, weil es sich über deren Ursachen und Ursprünge nicht im Klaren ist.. Dem soll sein Werk abhelfen und er widmet es den Parlamentsmitgliedern, auf denen die Verantwortung für das Schicksal der Nation ruht. Alle Schlussfolgerungen

zieht er nicht leichtsinnig, sagt er weiter, sondern auf Grund jahrelanger Forschungen und Studien. S.XII : " A mesure que mes recherches ont avancé, la conviction s'est faite en moi que, plus que jamais, la cause de la France s'identifie avec celle de la justice, et que pour résoudre la question d'Autriche, la meilleure manière d'être bon Français sera encore d'être bon Européen."

Das grosse Werk "l'Europe et la question d'Autriche" hat Chéradame im nächsten Jahr in einer verkürzten Volksausgabe, nur auf das Verhältnis Frankreich, Deutschland, Oesterreich zugeschnitten, unter dem Titel: "L'Allemagne, la France et la question d'Autriche" herausgegeben, um es durch den verbilligten Anschaffungspreis noch breiteren Volksschichten zugänglich zu machen.

Auch in dieser Einleitung steht ein energischer Apell an das Ministerium des Aeusseren an erster Stelle, die Interessen Frankreichs besser zu wahren, damit solche Demütigungen wie die von Fachoda nicht mehr vorkämen. Dann wendet er sich an die Allgemeinheit : die meisten Franzosen glaubten, dass das einzige Hindernis für eine Annäherung an Deutschland die Frage Elsass-Lothringens bilde, und viele wiegten sich gar in der Hoffnung, dass auch in diesem Punkte eine friedliche Lösung möglich sei. Aber in keiner anderen Frage sei die deutsche öffentliche Meinung so geschlossen und von einer freiwilligen Rückgabe könne garnicht die Rede sein, davon träumten nur ganz hoffnungslose Idealisten.

Aber sehen wir einmal von der brennenden Wunde, sehen wir von Elsass-Lothringen ab, fährt Chéradame fort, und fragen wir uns, ob es ausser diesem Problem noch etwas anderes gibt, das eine Versöhnung unmöglich macht oder erschwert ? Die Antwort lautet, ja, denn Deutschland will das europäische Gleichgewicht stören, Wilhelm II. arbeitet

wie Napoleon daran, eine Hegemonie aufzurichten und deren Folgen wären für Frankreich viel schwerer zu ertragen als selbst der Verlust Elsass-Lothringens. Wenn Frankreich den Frankfurter Frieden anerkennen würde, wäre vielleicht ein Kriegsgrund beseitigt, S. XXXII "mais en domant de la France une impression de faiblesse si grande qu'elle multiplierait dans une proportion extraordinaire toutes les autres causes de conflit."

Dann wendet sich Chéradame den angeblichen Wegbereitern dieser Ziele zu und widmet der pangermanistischen Bewegung ein eigenes grosses Kapitel. Er sagt, dass die Sentimentalität, die dem Pangermanismus zugrunde liegt, (alle Deutschen in einem Reich vereinigt), nur der Deckmantel für die weitreichenden politischen und wirtschaftlichen Pläne Preussens sein soll. Der Pangermanismus hätte ein grosses Ziel im Auge, das er in 2 Etappen erreichen wolle. Das Sofortprogramm umfasse die Einverleibung Oesterreichs und ermögliche dann den 2. Teil des Planes, nach dessen Durchführung Deutschland seine "natürlichen Grenzen" erreicht hätte : Im Westen Luxemburg und Belfort; im (1) Osten eine Linie von Memel bis zum schwarzen Meer und im Süden Triest.

Chéradame verkennt die Ziele der alldeutschen Bewegung vollständig, die nie daran dachte, Oesterreich Deutschland einzuverleiben, allein schon aus dem Grunde, um nicht die katholische Partei um so viele

---

(1) S. 9 : "Dans la conception de ses auteurs, la réalisation du Pangermanisme apparait donc comme une opération à deux temps: la première imminente, vise l'Autriche; son succès rendra possible la seconde, qui donnera enfin à l'Allemagne ses frontières "naturelles": à l'Ouest Luxembourg et Belfort; à l'Est, une ligne allant de Memel à la mer Noire et au Sud Trieste."

Millionen zu verstärken. Die Alldeutschen wollten ohne politische Expansionen und Annexionen Absatzgebiete für deutsche Industrieprodukte erschliessen und auch alle Broschüren und Artikel, die in Deutschland einer wirtschaftlichen Ausdehnung nach dem Osten und Südosten das Wort redeten, streiften politische Pläne überhaupt nicht. Chéradame sieht aber in diesem Umstand, den er nicht zu leugnen vermag, nur kluge Verschleierung der wahren Absichten und um den Franzosen den Beweis zu liefern, dass die Berliner Regierung und der Deutsche Kaiser die kriegerischsten Ausdehnungsgelüste hegen, zitiert er eine Reihe von Aussprüchen und Zeitungsausschnitten, die er ohne Angabe des Datums und des Erscheinungsortes, ganz aus dem Zusammenhang gerissen, wahllos aneinanderreihet, <sup>so</sup> dass man alles, was ~~man~~ <sup>er</sup> will, herauslesen und hineinlegen kann. In dem ganzen Abschnitt, der von unglaublichem Hass gegen Deutschland erfüllt ist, spricht die Empörung mit, dass die Berliner Regierung zuerst in der Burenfrage mit Frankreich gegen England einig war, dann aber von dieser Stellungnahme abrückte, sich nicht gegen England erklärte und den Präsidenten Krüger nicht einmal empfing.

Im zweiten Teil meiner Arbeit S. 59 ist auseinandergesetzt worden, dass Deutschland nicht England vor den Kopf stossen konnte, ohne dafür von Frankreich ausreichende Sicherheiten zu erhalten.

Dann entwirft Chéradame ein Bild der Nationalitäten Cisleithaniens, ---- von Transleithanien zu sprechen erscheint ihm überflüssig, da es Ungarn bis jetzt noch gelungen sei, die inneren Wirren und Schwierigkeiten nicht an die Oeffentlichkeit des Parlamentes gelangen zu lassen ---- und fällt im allgemeinen richtige Urteile, abgesehen davon, dass er bei den slawischen Völkern jeden Willen zu einer Trennung von der Monarchie leugnet. Alle seien sich in ihrer Treue zum

angestammten Herrscherhause einig und wünschten nur eine Neugestaltung Oesterreichs im föderalistischen Sinn. Diese Feststellung, oder besser gesagt Entstellung muss Chéradame machen, um von diesem leuchtenden Hintergrunde desto schwärzer die hochverräterischen Umtriebe der deutschen Liberalen abstechen zu lassen, die lieber als ein den Völkern entsprechendes, befriedetes Oesterreich zu wollen, auf seine Zerstückelung hinarbeiten und sich Deutschland eingliedern wollen.

Das ganze Kapitel bringt er für die Franzosen auf eine einfache Formel. S.139 : "L'Autriche est un état polyglotte, de majorité slave, où les Allemands prédominent encore injustement, dernière conséquence de l'ancien régime absolutiste imposé jadis à leur peuple par les Habsbourgs, dynastie allemande.

Depuis cent ans, cette situation se modifie. L'évolution naturelle de l'Autriche la pousse au "fédéralisme" qui ferait de la Cisleithanie une Suisse monarchique.

L'établissement du fédéralisme, réforme purement intérieur n'implique point la modification des frontières actuelles de la Cisleithanie, elle ne saurait par suite troubler la paix générale. Il est exact cependant qu'un danger menace l'Europe, mais il réside exclusivement dans les convoitises sur l'Autriche de l'Empire allemand dirigé par la Prusse. Telle est la formule de l'Autriche vraie."

Im Anschluss an diese wirklich sehr einfache Formel setzt Chéradame die Gefahren auseinander, von denen Oesterreich seiner Ansicht nach bedroht ist. Von den Pangermanisten ist zweierlei zu erwarten. Entweder warten sie auf den Tod des alten Kaisers um dann beim Thronwechsel, inzwischen sehr verstärkt, eine Zerreißung Oesterreichs herbeizuführen, oder bei ihrer Ungeduld und Angriffslust der wahrscheinlichere Fall, sie hoffen auf eine militärische Intervention von

Berlin. Für diesen Fall müssen die anderen europäischen Staaten gerüstet sein, denn wenn sie nur etwas Zeit verlieren, ist es zu spät und das Schicksal Oesterreichs schon besiegelt.

Wenn ein sicheres, europäisches Gleichgewicht herrschen würde, wäre die Gefahr nicht so gross, aber Chéradane muss mit tiefem Schmerz feststellen, dass der Geist der französischen Armee sehr gelitten hat und von internationalen und pazifistischen Strömungen zersetzt ist. England und Italien würden von Deutschland mit der Aussicht auf französische Kolonien in Neutralität gehalten werden, Russland hätte auch nicht so rasch mobilisiert und würde dann eingeschüchtert werden. Die deutsche Armee dagegen sei die beste und tüchtigste von Europa und von grosser Angriffslust erfüllt.

So droht Frankreich und Europa schwerste Gefahr, da Deutschland, durch Oesterreich vergrössert, allein und diktatorisch die Geschicke bestimmen würde. Man müsse sich nur klar machen, sagt Chéradane, was ein durch Oesterreich vergrössertes Deutschland bedeute. Der Besitz Oesterreichs ist die Schlüsselstellung zum Orient, die kleinen Balkanstaaten könnten sich diesem Block nicht widersetzen, die Bahn zum perischen Golf würde gebaut werden und Berlin wäre mit dem fernen Osten verbunden. (Absatzgebiete) Andererseits würde es durch Triest Eingang zum Mittelmeere finden. Belgien, Holland und die Schweiz könnten sich auf die Dauer dem Einfluss dieses ungeheuren Wirtschaftsgebietes nicht entziehen, würden eine Zollunion eingehen und bald aufgeschluckt werden. So wäre ganz Europa von der preussischen Hegemonie erdrückt. Darum sei für seinen gedeihlichen Weiterbestand am wichtigsten ein starkes Oesterreich. S. 219: "Une Autriche unie et forte est nécessaire pour arrêter l'ambition prussienne."

Dass ein ernster und vernünftig überlegender Mensch alle diese

Pläne wirklich für Absichten der Berliner Regierung hielt, möchte man fast nicht für möglich halten, wenn uns nicht inzwischen die im Krieg geübte Greuelpropaganda, die mit noch ganz anderen Erzählungen willig Glauben fand, eines Besseren belehrt hätte.

Nach Aufdeckung der gefährlichen Ziele der Berliner Regierung wendet sich Chéradame den Abwehrmassnahmen zu und stellt zuerst Erwägungen darüber an, welche von den europäischen Mächten ein Interesse an der Vernichtung Oesterreichs haben. Die Haltung Englands, der Türkei und Serbiens sei zweifelhaft, Italien und Rumänien hätten aus leicht begreiflichen Gründen Interesse an einer Aufteilung des Habsburgererbes, Frankreich dagegen, Russland und Bulgarien haben ein lebenswichtiges Interesse an seiner Erhaltung. Manche Franzosen seien so blind, zu glauben, dass Deutschland ihnen als Entschädigung für seine Vergrösserung Elsass-Lothringen zurückgeben würde. Erstens denke Deutschland gar nicht daran, aber selbst wenn es sich mit diesem Gedanken trüge, dürfte Frankreich nicht seiner ganzen Tradition ins Gesicht schlagen, indem es für Belohnung die Tschechen und übrigen Slawen den Deutschen ausliefere.

Um seinen düsteren Zukunftsprophezeihungen noch mehr Gewicht zu verleihen, zitiert Chéradame die Worte von Alfred Rambaud, dem ehemaligen Unterrichtsminister, der über die von Deutschland drohenden Gefahren folgendermassen schreibt. "L'éventualité du partage de l'Autriche-Hongrie ne tient qu'à un fil, c'est à dire à la vie d'un monarque âgé de soixante-dix ans. Si elle se réalise, il ne s'agira pas de dire que la France est en face du plus grand danger qu'elle ait jamais couru depuis mille ans: non il s'agira pour elle, à une date très rapprochée, d'être ou de ne plus être."

Diesen Worten fügt Chéradame S.224 hinzu : "En définitive, la

France a un intérêt vital à s'opposer à une extension quelconque de l'Allemagne aux dépens de l'Autriche".

So gross die Gefahr aber auch ist, so leicht wäre es den vereinten Kräften von Russland und Frankreich und Bulgarien möglich Gegenmassnahmen zu ergreifen, denn die Einverleibung Oesterreichs in Deutschland sei nicht ein naturnotwendiges, unabänderliches Schicksal.

In Russland ~~ist~~<sup>sei</sup> die öffentliche Meinung wohl vorbereitet und würde in eine Einverleibung und eine Unterdrückung der Slawen nie einwilligen, in Frankreich müsse man noch kräftig an der Aufklärung arbeiten und allen Franzosen immer wieder einhämmern, dass schon allein eine Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich ihrem Handel und ihrer Industrie den schwersten Schaden zufügen würde. Man würde durch eine gute Pressepropaganda die französischen Parteien in diesem Punkt zu einer Einigung bringen können und die öffentliche Meinung in Frankreich und Russland, für den Bestand Oesterreichs unbedingt eingenommen, würde Berlin zwingen, seine Karten aufzudecken und entweder alles Misstrauen in Bezug auf eine Annexion zu zerstreuen, oder das nicht zu tun und dadurch die gegnerischen Generalstäbe auf die Hut zu bringen. Die russische und die französische Regierung sollten sich nur über die Nichtintervention Deutschlands in Oesterreich verständigen. S.261: "La non-intervention générale et absolue: telle doit donc être la formule de l'accord de la France et de la Russie relativement à l'Europe centrale."

Wenn Russland und Frankreich rechtzeitig ihre Vorbereitungen treffen würde, würde Deutschland es nicht auf einen Krieg ankommen lassen, sondern sich mit seiner jetzigen Geltung begnügen und der Friede Europas wäre gesichert.

Mit einem nochmaligen dringenden Aufruf an das französische Parlament, seine Warnungen nicht zu missachten, sondern sofort die

entsprechenden Gegenmassregeln zu ergreifen, schliesst Chéradame.

Vom rein wissenschaftlichen Standpunkt aus ist seine Arbeit ohne Bedeutung und Interesse, aber zur Klärung der französischen Geisteshaltung und Einstellung in den letzten Jahren vor dem Kriege doch sehr aufschlussreich.

Als letztes französisches Werk, das sich mit den österreichischen Fragen beschäftigt, sei noch ein Buch von Louis Leger genannt, das im Krieg erschienen ist und schon in seinem Titel das Interesse Frankreichs an den Slawen und dem Panslawismus betont. Es heisst : "le panslavisme et l'intérêt français, Paris 1917."

Es ist natürlich der Kriegszeit entsprechend, in der es geschrieben wurde, bedeutend schärfer im Ton gehalten als Leger's frühere Arbeiten und er leistet sich ganz gemeine Beschimpfungen des alten, eben verstorbenen Kaisers Franz Joseph. Am Anfang gibt er eine Uebersicht über die Geschichte der slawischen Völker, ihre historischen Beziehungen zueinander, ~~das~~ Erwachen des Zusammengehörigkeitsgefühls, ihre Literatur und Sprache; schliesslich bespricht er ausführlich den Kongress vom Jahre 1848 in Prag, die ethnographische Ausstellung in Moskau im Jahre 1867 und die allslawische Konferenz von 1908 in Prag, wobei er sich aber mehr mit den Beziehungen der Slawen untereinander, als mit ihrem Verhältnis zur österreichischen Regierung befasst. Er weist nur voll Empörung auf Hochverratsprozesse hin, die um lächerlicher Ursachen willen gegen die unterdrückten Slawen abgehalten wurden und wobei junge Mädchen und 14jährige Buben zu schweren Kerkerstrafen verurteilt wurden, weil sie eine russische Bibel besaßen und dergl.

Um den Franzosen noch eindringlicher das Ungeheuerliche und Un-

menschliche solcher Prozesse vor Augen zu führen, stellt Leger den Vergleich, wie sie es empfinden würden, wenn Nordfranzosen, die sich einer in Belgien gekauften Bibel bedienten und manche Einrichtungen des Nachbarstaates besser fänden als die entsprechenden in Frankreich, der Prozess wegen Hochverrates gemacht würde mit der Begründung, die hätten sich vom Vaterlande abkehren und Belgien einverleiben wollen. Als Quelle für diese Angaben gibt Leger eine vom jugoslawischen Komitee in Paris herausgegebene Schrift an mit dem Titel: "Les persécutions des Jougo-Slaves, procès politiques (1908-1916).

Da Leger nur diese naturgemäss sehr einseitige Quelle besitzt, hat, sind seine Erzählungen mit sehr grosser Vorsicht aufzunehmen und es ist ihnen in den meisten Fällen wohl kein Glauben zu schenken, besonders wenn man die von vielen Schriftstellern anerkannte, ja gerügte Langmut der österreichischen Regierung in solchen Fällen kennt. Die Unrichtigkeit des Vergleiches mit den Nordfranzosen leuchtet wohl jedem auch nur halbwegs unbefangenen Beobachter ein. Diesen den Gedanken des Vaterlandsverrates unterzuschreiben wäre unsinnig gewesen, aber für weite Kreise der Slawen Oesterreichs war diese Annahme leider in den letzten Jahren vor dem Kriege nur zu berechtigt.

Nach Ansicht Leger's gingen alle Verwicklungen, die schliesslich zum Weltkrieg führten, vom Berliner Kongress aus und er erwähnt das Wort Andrassy's, der dem Kaiser mit der Erlaubnis zur Okkupation den Schlüssel zum Orient brachte S. 286: "Le mot résume toute une politique. Mais si François-Joseph avait reçu la clef, c'était pour être le portier et non le vrai propriétaire." Dazu ist das Eine zu bemerken, dass sich Bismarck nie in eine aktive Orientpolitik einlassen wollte und sogar in Bezug auf Bulgarien äusserte, dass dieses Land nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert sei.

Im Anschluss an die Okkupation macht sich Leger lustig über eine Studienreise französischer Intellektueller, die von Kallay, dem gemeinsamen Finanzminister <sup>der Monarchie</sup> dem die Verwaltung der beiden Provinzen unterstand, eingeladen wurden zu einer Besichtigung des Gebietes und die nur Potemkin'sche Dörfer zu sehen bekamen. Und auf so plumpe Weise liess sich die französische Oeffentlichkeit hinters Licht führen. (Es handelt sich speziell um die Artikel, die von Leroy-Beaulieu und Olivier, zwei Teilnehmern an der Reise, verfasst wurden und in der *Révue générale des Sciences pures et appliquées* erschienen).

Es ist bemerkenswert die Wandlung in der Einstellung Leger's zu verfolgen. Während er in seinen früheren Arbeiten die grosse wirtschaftliche Förderung und den Aufschwung von Bosnien und der Herzogovina unter österreichischer Herrschaft betont, trotzdem er nie mit der Okkupation einverstanden war, stellt er sogar diese Vorteile in seinem Kriegswerk in Abrede, weil ihm in die Entwicklung seiner Pläne nur ein Oesterreich passte, das von Anfang bis zum Ende nur zum grössten Schaden der verschiedenen Völker (ausgenommen der Deutschen natürlich) existiert hat.

Die ganze zweite Hälfte seines Buches ist mit Zukunftsplänen, die nach der Zerstörung Oesterreichs verwirklicht werden sollen, ausgefüllt.

Oesterreich hat sich als gänzlich unfähig erwiesen die Slawen gerecht zu beherrschen, sagt er, alle Völker streben aus dem engen Verband der Monarchie heraus (man beachte den Widerspruch zu seiner Ansicht über die Hochverratsprozesse), Oesterreich muss zerstört werden, erst dann wird Friede eintreten. Das Slawentum steht am Scheidewege, will es sich wieder vom germanischen Strom überfluten und niederreißen lassen oder will es die deutsche Vorherrschaft für immer

abschütteln und sich dabei auf die Hilfe Frankreichs und Italiens stützen. Man muss Deutschland unbedingt den Weg zum Mittelmeer versperren, der ihm den Zugang zum ganzen Osten bis China öffnen würde. Die englischen, französischen und italienischen Besitzungen wären dadurch auf das schwerste bedroht. Die einzig wirksame Schranke, die man dem alles überflutenden Eroberungsdrange der Deutschen entgegenstellen könne, sei das Slawentum, *ské* der Panslawismus. Aber in welcher Form sollten die Slawen sich organisieren ? (1)

Auf diese Frage gibt Leger umfassende Antwort. Dem deutschen Mitteleuropa muss ein slawischer Bund gegenüberstehen, der sich von der Adria bis zum Pazifik und von der Ostsee bis zum Mittelmeer ausdehnen wird.

Zuerst müssen alle Südslawen ein Reich bilden mit einer serbischen Stadt als Hauptstadt und er wendet sich gegen die Ausdehnungs-

---

(1) S. 317 : " Il faut fermer à l'Allemagne l'accès de la Méditerranée qui lui ouvrirait celle de l'Asie Mineure, de l'Asie Centrale et -- l'appétit vient en mangeant -- des Indes et de la Chine. Tout le monde est, je crois, d'accord là-dessus. Le jour où l'Allemagne serait maîtresse de Salonique et de Constantinople, la France et l'Italie ne seraient plus chez elles dans la Méditerranée. Notre empire africain, celui de l'Italie, le domaine coloniale de l'Angleterre seraient également menacés. Quel est l'organisme assez puissant pour nous permettre de conjurer ces catastrophes ?

C'est précisément ce monde slave si longtemps méconnu, et si injustement dédaigné. C'est précisément ce panslavisme dont l'idée seule nous a si longtemps éffarés. Comment et sous quelle forme peut-il s'organiser ? "

gelüste der italienischen Imperialisten, die alle Küsten der Adria für Italien haben wollen, womit den Slawen Unrecht geschähe. Italien wieder grosse slawische Minderheiten zuzuerkennen, bedeute nur Unruhe und Konfliktstoff für die Zukunft und hiesse die Fehler von Schleswig, Elsass-Lothringen und Bosnien und der Herzegowina wiederholen.

Ausserdem brauche der südslawische Staatenbund Häfen an der Adria.

Leger wendet sich energisch gegen die Auffassung mancher Franzosen, die glauben, dass Oesterreich notwendig sei als katholisches Gegengewicht gegen Preussen. S. 327: "Cette Autriche catholique, elle a été absolument tuée par l'imbecillité criminelle de François-Joseph. Elle ne renaitra point. Il faut qu'elle disparaisse de l'Europe. Il n'y a point de peuple autrichien. Il n'y a qu'un ensemble de nationalités, qui doit être disloqué".

Bei dieser Neuordnung aller Grenzen bedeutet es seiner Ansicht nach ein Unglück für die Tschechen, dass sie ungefähr zwei Millionen Deutsche in Kauf nehmen müssen. Aber ohne ihre Stützpunkte Wien und Berlin werden sie sich fügen müssen, und die, die nicht tschechisiert werden wollen, müssen auswandern. Die Tschechen brüchten sich nur das Verhalten der Magyaren gegenüber ihren Nationalitäten zum Beispiel zu nehmen.

Die Slawen in der Lausitz könnte man durch einen Gebietsstreifen, den man Deutschland wegnimmt, mit Böhmen verbinden und dieses wiederum durch einen Korridor, den man vom ungarischen Gebiet wegschneidet, mit den Südslawen.

Mit dem Plan dieses Korridors beruft sich Leger auf ein Buch Cheroin's (l'Autriche et la Hongrie de demain, Paris 1915), der darin die grossen Vorteile dieses Projektes hervorhebt: 1. würde Ungarn dadurch von Oesterreich getrennt, 2. wäre eine direkte Verbindung

zwischen den Slawen geschaffen, 3. hätten auch die Nordslawen für ihre Produkte den direkten Zugang zum Meere.

Diesen Argumenten fügt Leger noch das eine hinzu, dass ein direkter Warenaustausch mit den Nordslawen und Polen auch für Frankreich von grösster Bedeutung wäre; alle slawischen Staaten müssten natürlich durch Zollunion verbunden werden.

Auch Polen müsste wieder aufgebaut werden, nicht nur vom Gerechtigkeitsstandpunkt aus, sondern als Schutzwall gegen Deutschland, sie müssten für ihr Reich den ganzen Weichselllauf bekommen mit Ostpreussen um die wichtigen Häfen an der Ostsee zu besitzen. S.332 : "Quant aux Allemands de la province --- ils auront à ce poloniser où à s'exiler." Alle Deutschen in Ostpreussen müssten ausgerottet werden, eventuell könnten sich Russen und Polen in diese Aufgabe teilen. Zwischen Russland und Polen will Leger noch keine Grenze ziehen, da diese Sache sehr schwierig wäre, aber Polen müsste jedenfalls alle ehemals slawischen Teile von Schlesien erhalten. Es ist wiederum sehr bezeichnend, dass Leger zwischen Russland, dem Bundesgenossen Frankreichs und Polen, dem zukünftigen Bundesgenossen, keine Grenzziehung vornehmen will, aus Furcht, einem von Beiden nicht gerecht zu werden. Nur wo es sich um die Wegnahme deutscher Gebiete handelt, drückt er seine Wünsche sehr klar aus und fürchtet nicht den Vorwurf ungerechter Parteinahme.

In dem so gegründeten slawischen Staatenbund würde Russland die grösste Marine- und Militärmacht bilden, dürfte aber diese Stellung nicht zur Unterdrückung der kleineren Partner benützen, sondern müsste sich mit der Rolle eines "primus inter pares" zufrieden geben.

Für den ganzen slawischen Bund schlägt Leger zwei offizielle Sprachen vor, die russische und die französische und die jeweilige

Landessprache.

Alle diese Zukunftspläne schliesst Leger mit den Worten, S. 356: "En somme, les peuples slaves sont encore beaucoup plus jeunes que nous. Leur croissance normale a été retardée par leurs voisins les Allemands, les Turcs, les Grecs, les Tartares. Puissent-ils aboutir à la pleine possession de l'équilibre moral, de la maturité intellectuelle. Puissent les historiens de l'avenir n'avoir point à répéter la sévère formule de l'empereur byzantin : "Ils étaient anarchiques et se détestaient les uns les autres.""

Es ist wohl nur aus der Kriegsstimmung, in der das Buch verfasst wurde, zu verstehen, dass Leger den grossen Fehler begeht, seine wahren Ansichten so offen zu enthüllen. Denn die Ausrottung der Deutschen, die er so eifrig fordert, schlägt allen seinen in früheren Werken geäusserten Ideen über Menschlichkeit und Menschenrechte ins Gesicht. In allen seinen Arbeiten über die Slawen betonte er immer wieder, dass sein Interesse an ihrer Befreiung nur von dem Wunsch diktiert sei, die Selbstbestimmung der Nationen verwirklicht zu sehen. Sein letztes Werk "le panslavisme et l'intérêt français" aber liefert den unwiderleglichen Beweis, dass hinter all diesen schönen Worten nur rein politische Ziele und Absichten steckten.

Denn Selbstbestimmung der Nationen zu verlangen und zu propagieren und ein grosses Kulturvolk davon ausschliessen zu wollen und nach dem Muster der magyarischen Methoden, die er immer so verdammt hatte, unterdrücken zu lassen, das spricht deutlich genug für seine wirkliche Einstellung zu diesen Fragen. Wären nicht die Slawen als Gegengewicht gegen Deutschland für Frankreich so unendlich wichtig gewesen, hätte es Leger und die meisten Franzosen sicher wenig bewührt, sie noch jahrhundertlang in ihrer untergeordneten Stellung zu

sehen.

Es war deshalb sehr interessant und aufschlussreich für meine Arbeit auch ein Buch, das nach 1914 geschrieben wurde, zu prüfen, weil in der damaligen erregten Atmosphäre alle vorsichtigen Hemmungen wegfielen und die egoistischen Triebfedern des Wirkens von Leger unverhüllt zum Vorschein kommen. Allerdings muss man berücksichtigen, dass in den Kriegsjahren jede Objektivität, selbst unter den Wissenschaftlern (auch den deutschen) verloren ging und die Hetze gegen Deutschland wohl auch bei ihm dazu beitrug, seine immer schon deutschfeindliche Stellung zu übersteigern und ins Masslose zu treiben.

Wenn man zum Schluss die Stellungnahme der verschiedenen französischen Autoren zu den Problemen der Donaumonarchie im Zusammenhang noch einmal überblickt, kann man einige ihnen allen gemeinsame Gesichtspunkte herauschälen. Dazu ist es vielleicht am besten, wenn man sich noch einmal ihre Auffassung der einzelnen Fragen im Gegensatz zu der Auffassung, die im ersten Teil der Arbeit vertreten ist, vergegenwärtigt.

Da ist vor allem zu bemerken, dass ihnen das Verständnis für die Grösse der Idee, die das Habsburgerreich begründet und in den vier Jahrhunderten seines Bestandes weitergewirkt hat, vollständig mangelt. Wenn Einige auch die kulturellen und zivilisatorischen Vorteile, die durch die Vorherrschaft der Deutschen für die anderen Völker gegeben waren, anerkennen, so würdigen sie damit nur einen gewiss sehr wichtigen Begleitumstand, aber erkennen noch nicht die wahre Reichsidee: Oesterreich der Damm und das Bollwerk gegen den Osten, der vorgeschobene Posten des Abendlandes, der abendländischen Kultur gegenüber den vielfältigen Einflüssen des Orientes.

Ausserdem anerkennt keiner der französischen Autoren, ausser vielleicht Eisenmann, den grossen Einfluss der geographischen Verhältnisse auf die Bildung und Erhaltung des Donaureiches. Robert Sieger setzt diese geographischen Bedingtheiten (1) sehr klar auseinander und verweist dabei besonders auf die gemeinsame Donaulinie und die die ganze Monarchie umrandenden und begrenzenden Gebirgswälle. Auch die geradezu ideale wirtschaftliche gegenseitige Ergänzung der verschiedenen Länder im Rahmen des Reiches findet keinerlei Würdigung, wie man sie doch eigentlich gerade in unserer Zeit mit der Tendenz zu grossräumigen Wirtschaftsgebieten erwarten sollte. Dass die Zerschlagung Oesterreichs und Ungarns, wie sie besonders Leger so stürmisch fordert und wie sie dann im Vertrag von St. Germain durchgeführt wurde, die Hoffnung auf Lösung aller Spannungen und Konflikte nicht gerechtfertigt hat, sehen wir heute klar. Heute sind es Franzosen, die sich angelegentlich mit der Wiederaufrichtung eines grossen Donaugebietes beschäftigen.

Was die Nationalitätenprobleme betrifft, so ist die französische Betrachtung vor allem als gänzlich unhistorisch zu bezeichnen.

*bei Besprechung des*  
 Wie ~~an~~ Buches von Denis näher ausgeführt ist, legen alle, auch die *Franzosen* objektivsten, die Anschauungen und die Entwicklungsstufe des 19. Jhdts. ihren Urteilen über die Politik der Habsburger im 16., 17. und 18. Jhdts. zugrunde. Sie sehen die Kämpfe, die sich im Donaureich, ebenso wie in allen andern Staaten zwischen Ständen und Krone, Sonderinteressen der Länder und Gesamtinteressen, *abgespielt haben*, ja sogar die Religionskämpfe des 17. Jahrhunderts, immer nur im Lichte des modernen Nationalismus. Sie schieben allen verwaltungstechnischen Massnahmen, allen Reformen, die zum Ausbau des Staates im Zuge der Zeit lagen, und sich als not-

(1) Siehe I. Teil, S. 3.

wendig erwiesen, allen gewiss harten Eingriffen, die die Gegenreformation mit sich brachte, entnationalisierende, germanisierende Motive unter. Es gab damals überhaupt noch kein ausgeprägtes Nationalbewusstsein bei den Völkern, bei den Deutschen so wenig, wie bei den andern und die Probleme eines Nationalitätenstaates existierten nur insoferne, als sich die Verwaltung durch die Vielsprachigkeit der Untertanen schwieriger gestaltete. Die innerpolitischen Probleme der Donaumonarchie unterschieden sich in den ersten Jahrhunderten ihres Bestandes in nicht höherem Masse von denen irgend eines anderen europäischen Staates, als sie immer schon durch die Bedingtheiten der Lage und dem verschiedenen Zeitpunkt ihres Eintretens verschieden sein müssen.

Weiters ist zu sagen, dass allen Franzosen das Eine gemeinsam ist, dass sie die Nationalitätenprobleme nie vom Standpunkt der Reichsgründer, der Deutschen, aus betrachten, sondern immer vom slawischen Standpunkt aus; dass sie deswegen von vorneherein jeden Zentralismus ablehnen und ausgesprochenen Föderalismus als erstes Haupterfordernis für Oesterreich hinstellen, ohne zu überlegen, welche Auswirkungen er für das Bestehen des Reiches und seine Einheit haben könnte. Das erste ist für sie die Befriedigung der slawischen Wünsche und nur, wenn nach deren Erfüllung noch die Möglichkeit eines einigen Reiches gegeben ist, ist dieses wünschenswert. Eine grosse Rolle spielt bei ihnen auch die Hoffnung, die Slawen als Bundesgenossen gegen das deutsche Mitteleuropa zu gewinnen.

Sehr bemerkenswert ist ferner, dass alle französischen Autoren, bis auf ganz vereinzelte Stimmen, Eisenmann in erster Linie, die Bedeutung des österreichisch-ungarischen Ausgleiches vom Jahre 1867 in seiner Tragweite gar nicht erfassen. Sie sehen darin nur die Unge-

rechtigkeit gegenüber den Slawen, ohne sich irgendwie über seine Bedeutung für den Weiterbestand der Monarchie Rechenschaft zu geben. Das Zwiespältige seiner Bestimmungen und die sich aus der verschiedenen Entwicklung, die Magyaren in der einen und Deutsche in der andern Reichshälfte durchmachten, ergebenden Gefahren für die Monarchie machten sich die meisten nicht klar und gingen bei ihrer Kritik an den bestehenden Zuständen und ihren Verbesserungsvorschlägen für die Zukunft vollständig darüber hinweg.

Vor allem würdigten sie nie den ungeheuren Unterschied zwischen der österreichischen und der ungarischen Nationalitätenpolitik, der sich infolge der Trennung des Reiches in zwei Teile so stark entwickelte. Noch unter dem Bach'schen Regiment führten die nicht-magyarschen Völker Ungarns ein gesichertes Dasein, es wurden rumänische und verschiedene slawische Schulen errichtet und von irgendeiner Bedrückung, geschweige denn Entnationalisierung war überhaupt nicht die Rede. Alle Völker wurden gleichmässig unter dem schweren Joch des Absolutismus gehalten. Und nach dem Jahre 1867 genossen die Slawen in Oesterreich ziemlich bedeutende, im Vergleich zu Ungarn wenigstens, Freiheiten und Rechte.

Ueber alle diese Tatsachen sahen die Franzosen hinweg und beachteten sie nicht, obwohl sie doch zum Verständnis der ganzen dualistischen Epoche so wichtig gewesen wären.

Diejenigen der französischen Autoren schliesslich, die die Lebensfähigkeit der Monarchie in Zweifel zogen oder sie rundweg verneinten, fragten sich nicht, ob an den fortwährenden Krisen, die sie in den letzten Jahrzehnten ihres Bestandes durchmachte, vielleicht noch etwas anderes schuld sein könne, als die Vielfalt der ethnographischen Zusammensetzung; nämlich der Mechanismus der Regierungsmaschine. Dieser

